Von Kurkölns Beziehungen zu Frankreich und seiner wirtschaftlichen Lage im Siebenjährigen Kriege (1757—1761).

Von

Constantin Becker.

I. Der Subsidienvvertrag Kurkölns mit Frankreich. — Der Vormarsch der Franzosen. — Kurkölns Neutralität.

Der Kölner Kurfürst, Herzog Clemens August von Bayern, stand wie die meisten Fürsten der westdeutschen Kleinstaaten im siebenjährigen Kriege auf Seiten des mit Österreich verbündeten Frankreich. Man kann nicht sagen, dass er aus Überzeugung oder Begeisterung diese Stellung eingenommen hat ¹⁾. Die Politik seiner langjährigen Freunde, der Franzosen, zwang ihn einfach dazu. Nicht umsonst war seit langem auf Grund von Verträgen französisches Gold in die Kassen des vergnügungsfrohen Fürsten geflossen.

Anscheinend will Huppertz ²⁾ an der bisher allgemein geltenden Annahme, es habe zwischen Kurköln und Frankreich ein Subsidienvvertrag bestanden ³⁾, rütteln. Genauere Mitteilungen über derartige

1) Becker, Constantin, Die Politik Kurkölns zu Beginn des 7jähr. Krieges. Diss. Bonn 1910.

2) Huppertz, Aeg. (Münster im 7jähr. Kriege; Münster 1908, S. 63 Anm. 5) nimmt an, Clemens August habe Subsidien bezogen, ohne Truppen stellen zu müssen -- auf Grund welcher Akten sagt er nicht -- bezweifelt aber, dass ein Vertrag geschlossen war.

3) Ranke, L. v., Zur Gesch. von Österr. und Preussen. Leipz. 1875. Sämtl. Werke Bd. XXX, S. 293, 307. — Erhard, H. A., Geschichte Münsters. Münster 1837, S. 585. — Stuhr, P. F., Forschungen und Erläuterungen über Hauptpunkte des 7jähr. Krieges. Hamburg 1842. Teil I, S. 104. — Schäfer, Geschichte des 7jähr. Krieges. Berlin 1870. Bd. I, S. 269. —

Verträge macht nur Ennen¹⁾. Demnach verpflichtete sich der Kurfürst am 1. März 1751 gegen jährlich 270 000 Florin (Flor.) im Falle eines Krieges 6000 Mann für Frankreich zu stellen. Dieser Vertrag, der am 26. Dezember 1753 erneuert worden war, galt beim Einmarsch der Franzosen in Deutschland nicht mehr. Es zeigt dies ein Brief des kurkölnischen Gesandten am Pariser Hofe, Adam Theodor von Rheen²⁾, nach Bonn vom 7. Dezember 1758³⁾. Demzufolge war ein Abkommen getroffen, das vom 1. März 1757 bis Ende Februar 1763 dauern sollte und dem Kurfürsten in den beiden ersten Jahren je 300 000 Flor., in den vier folgenden je 240 000 Flor. zusicherte. Unter welchem Datum der Vertrag getätigt wurde, ob man in Paris — Rheen war 1757 noch nicht Gesandter — oder in Bonn einig wurde, und was für eine Gegenleistung festgelegt war, darüber erfährt man aus dem Schreiben nichts. Im Verlaufe des Krieges wurde der Vertrag, wie wir noch sehen werden, geändert. Wenn weitere Einzelheiten bisher nicht bekannt geworden sind⁴⁾, so darf man einen Grund dafür in ihrer wohl gelungenen absichtlichen Geheimhaltung sehen. Dass damit zu rechnen ist, zeigt ein Schreiben der Kaiserin Maria Theresia vom 26. Juli 1756 an ihren Vertreter Starhemberg zu Paris: er solle Genaueres über den Inhalt der von Frankreich geschlossenen Subsidienvträge mitteilen⁵⁾. Ob es ihm gelungen ist, dem Wunsche seiner Herrin nachzukommen, ist nicht ersichtlich.

Ein andere Frage ist es nun, ob Clemens August im 7jährigen

Hassell Ed. v., Die schlesischen Kriege und das Kurfürstentum Hannover. Hannover 1879, S. 301. — Bitterauf Th., Die Kurbayrische Politik im 7jähr. Kriege. München 1901, S. 131. — Grosser Generalstab, Die Kriege Friedrichs d. Gr. Teil 3, Bd. V, S. 12 f. — Brabant A., Das hl. röm. Reich deutsch. Nation im Kampfe mit Friedrich d. Gr. Berlin 1904. Bd I, S. 134.

1) Ennen, L., Frankreich und der Niederrhein. Köln 1855—56. Bd. II, S. 299.

2) Der kurkölnische Hofkalender vom Jahre 1760, S. 51 schreibt so und setzt hinzu: „Churf. Hof-Rath, und Chargé d’Affaire“.

3) Königl. Staatsarchiv, Düsseldorf, Kurkölnische Kriegsakten: Fascikel 222²; zitiert von jetzt ab mit Fasc.

4) In der *Recueil des traités de la France* von de Clereq sowie der *Histoire abrégée des Traités de Paix* von Koch-Schoell, Paris 1817, Bd. II, III finden sich keine auf Kurköln bezüglichen Verträge.

5) Publikationen aus den königl. preuss. Staatsarchiven, Bd. 74, S. 486.

Kriege wirklich Truppen an Frankreich gestellt hat. Darin kann ja die Gegenleistung an Frankreich für die gezahlten Geldsummen bestanden haben.

Es hiesse die französische Diplomatie gering einschätzen, wollte man annehmen, sie sei überzeugt gewesen, Clemens August habe die ihm gezahlten Subsidienbeträge zum Unterhalt von Truppen verwandt. Der Vertraute des bayerischen Ministers Graf Hasslang, von Wrede, erklärte am 13. August 1750 in Hannover dem französischen Gesandten Valori bei einem Gespräch über die Subsidienverträge der deutschen Kleinfürsten: Bayern und Köln würden von dem Gelde Feste und Opern veranstalten, aber keine Soldaten unterhalten¹⁾.

Wie es 1750 war, so war es auch noch zur Zeit des 7jährigen Krieges. Frankreich, das davon wusste, zahlte dennoch, nur um die Fürsten an sich zu fesseln. Auf ihre Truppen kam es ihm weniger an; dafür schätzte es deren Leistungsfähigkeit zu gering ein²⁾. Zwar erging einer Mitteilung des österreichischen Gesandten Starhemberg aus Paris nach Wien zufolge bei Beginn des Krieges die Aufforderung an Kurköln, die Frankreich unter den obwaltenden Umständen vertraglich zustehenden 6000 Soldaten bereit zu halten³⁾, doch ist die Nachricht mit Vorsicht aufzunehmen. Entsprach die Forderung dem Abkommen und hatte man sie in Bonn erhoben, so ist damit über die Stellung der Truppen noch gar nichts gesagt. Ebenso bedenklich wäre es, aus der Tatsache, dass in Paris Neigung vorhanden war, bayerische und kurkölnische Truppen, zu denen man noch das meiste Vertrauen hegte, in französischen Dienst und Sold zu nehmen⁴⁾, schliessen zu wollen, dies sei wie mit den bayerischen auch mit den kurkölnischen tatsächlich geschehen.

Woher hätte denn Clemens August diese Truppen nehmen sollen? Die Krieksakten und Landtagsprotokolle des Erzstiftes wie des Bistums Münster⁵⁾ wissen nur von dem Reichskontingent, dessen Aufstellung und Unterhaltung den Ständen zur Last fiel⁶⁾.

1) Mémoires des negociations du Marquis de Valori. Paris 1820, Bd. I, S. 442.

2) Stühr a. a. O. Teil I, S. 333.

3) Publikationen a. a. O. Bd. 74, S. 578.

4) Stühr a. a. O. I, S. 333.

5) Huppertz a. a. O. S. 63, Anm. 5.

6) Es ist durchaus abzulehnen, wenn Huppertz (S. 63, Anm. 5)

Wäre es die Absicht des Kurfürsten gewesen, diese Truppen Frankreich zur Verfügung zu stellen, dann hätte er sich zunächst mit den Ständen einigen müssen. Daran war aber bei deren Abneigung gegen den Krieg nicht zu denken. Erhoben sie ja doch sogar gegen eine Überlassung kurkölnischer Truppen an Frankreich förmlich Einspruch¹⁾. Sie wussten eben von einem Vertrage und wollten, um allen Möglichkeiten vorzubeugen, ihr Mitverfügungsrecht über ihre Landeskinder ganz entschieden betonen. Wenn somit keine Truppen in Frage kommen können, die die Landstände zu unterhalten hatten, so kann es sich nur um solche handeln, die Clemens August auf eigene Kosten unterhielt, also um sogenannte Haustruppen. Deren besass er aber keine. Nirgendwo wird auch nur im geringsten eine Andeutung darüber gemacht.

Aus alledem ergibt sich, dass man bisher irrtümlich annahm²⁾, Kurköln habe im 7jährigen Kriege Truppen an Frankreich gestellt. Zudem wissen Werke, die auf den Akten des französischen Kriegsarchivs aufgebaut sind, wie die von Pajol und Waddington, nichts von solchen Truppen. Das Generalstabswerk nimmt allerdings an, die Leute — es kann sich dabei nur um kurkölnische Truppen handeln, nicht um solche Männer, die die Franzosen später selbst vielleicht aushoben — seien in französische Regimenter eingereiht worden³⁾. Es ist indes schon sehr fraglich, ob Clemens August, der auf seinen Namen, seine Würden und Titel, seine vermeintlich machtvolle Stellung sowie deren Attribute sehr eitel war, nicht entschieden dagegen Verwahrung eingelegt haben würde und damit auch gewiss ganz im Sinne seiner Untertanen, zumal der betreffenden Mannschaften gehandelt hätte. Nein! Kein einziger Kurkölnner ist offiziell vom Kurfürsten dem französischen Kommando unterstellt worden. Unbedingt kann man den klaren und deutlichen Worten des kurbraunschweigisch-hannoverschen Gesandten, Frhr.

schon daraus schliesst, die Subsidien seien deshalb Unterhaltungsgelder der Truppen nicht gewesen. Rechtlich war der Kurfürst doch nicht verpflichtet, das Geld, das ihm als Souverain durch Verträge zufluss, für die Unterhaltung der von Reichswegen zu stellenden Truppen herzugeben, die verfassungsgemäss von den Ständen zu unterhalten waren.

1) Becker, Diss. a. a. O. S. 24, Anm. 5.

2) Ennen a. a. O. Bd. II, 334. — Oncken W., Zeitalter Friedrichs d. Gr. Berlin 1880—82, Bd. II, S. 141.

3) Gross. Generalst. a. a. O. Bd. V, S. 13: Anlage 10.

von Gemmingen, Glauben schenken, als er am 30. Oktober 1758 zu Regensburg von den Verwüstungen der Franzosen im Jahre 1757 in den Landen seiner Gebieter sprach: „Des Churfürsten zu Köln und des Bischofs zu Lüttich ¹⁾ Durchl. Durchl. hatten keine Truppen, deren man bey der Französischen Armee bedurfte. Für die geniessenden Subsidien öffneten sie ihr aber in ihren Landen Thür und Thor, und thaten derselben allen möglichen Vorschub“ ²⁾).

Schon im Herbst des Jahres 1755 waren von Paris aus mit den Kurfürsten von Köln und der Pfalz Verhandlungen wegen der Anlage von Magazinen im Westfälischen und der Aufnahme französischer Truppen im Herzogtum Jülich angeknüpft worden³⁾. Nachdem sich dann die Verhältnisse geklärt hatten, die Frankreich zuletzt an die Seite Österreichs fesselten, trat man diesem in Versailles trotz des eignen sehnlichen Wunsches, den englischen König in seinen Stammlanden anzugreifen⁴⁾, zurückhaltend gegenüber. Österreich erhielt auf seine Frage, ob ein französisches Heer in Westfalen einrücken werde, um Hannover zu bedrohen, den Kurfürsten von Köln sowie Gleichgesinnte zu beruhigen und andere Fürsten an der Unterstützung Friedrichs d. Gr. zu hindern, die Antwort: es sei nötig, dass Ludwig XV. von Reichsfürsten, etwa dem Kurfürsten von Köln oder von der Pfalz „pour leur sûreté et defense“ um Hülfe angegangen werde⁵⁾. Dass man auf sie in Bonn baute, das zeigen die Erklärungen⁶⁾, mit denen man die starke Aufregung hier zu beschwichtigen versuchte, als der preussische König in Sachsen einmarschierte. Zudem war jetzt Ludwig XV. durch dieses Vorgehen eine Handhabe geboten, als Garant des Westfälischen Friedens aufzutreten. Der Einmarsch der Franzosen war nur noch eine Frage der Zeit.

Anfang 1757 reisten zur Überwachung der militärischen Interessen Frankreichs in Deutschland als Abgesandte Oberst

1) Johann Theodor, Fürstbischof von Lüttich und Bischof von Freisingen und Regensburg, war ein jüngerer Bruder von Clemens August. Ennen a. a. O. Bd. II, S. 383 f.

2) Deutsche Kriegskanzley. Frankfurt und Leipzig 1758, Bd. III, S. 643. 3) Stühr a. a. O. I, S. 23.

4) Am Niederrhein gingen zu Beginn des Jahres 1756 lebhafte Gerüchte, Frankreich rüste zum Kriege. Stühr a. a. O. I, S. 31.

5) Publikationen a. a. O. Bd. 74, S. 400, 524, 542.

6) Becker, Diss. a. a. O. S. 22.

Ryhiner nach Münster und Ficker nach Paderborn¹⁾. Clemens August war diese Betriebsamkeit der Franzosen wenig angenehm. Er gab sich der Selbsttäuschung hin, für sich und sein Land trotz der Annahme der Subsidiengelder nicht nur die aktive, nein auch die passive Teilnahme am Kriege wenn nicht ganz ablehnen, so doch auf das Mindestmass beschränken zu können²⁾. Indes nahmen seine Freunde, für die das kurkölnische Gebiet bei dem beabsichtigten Feldzuge das war, was Sachsen für Friedrich bedeutete, bei ihrem entschiedenen Auftreten keine Rücksicht auf seinen kaum nennenswerten Widerstand. Wo sollte er auch die Kraft dazu hernehmen? Kennzeichnend für seine Lage — mögen die Worte gefallen sein oder nicht — ist die Antwort des Kurfürsten, die er Mitte März 1757 dem englischen Gesandten Walmoden gegeben haben soll. „Sr. Kurf. Durchl.“ — so lautet sie — „würden eine genaue Neutralität beobachten, und den fremden Truppen weder die Quartiere noch den Durchzug bewilligen; allein dero Macht wäre nicht hinreichend das eine oder andere zu verhindern, wenn die Französischen Truppen, unangesehen der Verweigerung des Durchzuges, dero Gebiet betreten sollten.“ Als Walmoden daraufhin vorschlug, der Kurfürst möge seine Truppen zur Observationsarmee stossen lassen, erhielt er eine ablehnende Antwort³⁾. Die Äusserung ist für den Kurfürsten bezeichnend, selbst in ihrer Zweideutigkeit, ihrem Gemisch von Wahrheit und verschleieter Hinneigung zu Frankreich. Eine Verweigerung des Durchzuges französischer Truppen war nicht erfolgt. Am 2. März 1757 bat ein nach Bonn geschicktes Schreiben Ludwigs XV. in sehr höflichen, aber bestimmten Wendungen um freien Durchmarsch für die Truppen und die Gewährung von Lebensmitteln gegen pünktliche Bezahlung⁴⁾. Am 20. März schloss der Kurfürst einen Vertrag mit der französischen Intendantur auf Lieferungen von Lebensmitteln durch das Erzstift⁵⁾. Bereits 7 Tage später betraten die Spitzen der französischen Armee kurkölnischen Boden.

1) Stühr a. a. O. I, S. 103; Huppertz a. a. O. S. 82.

2) Ennen a. a. O. Bd. II, S. 316 f.

3) Berlinische Nachrichten von Staats- und Gelehrten Sachen (Speyersche Zeitung) vom 22. III. 1757; Hildesheim, 15. III.

4) Faber, Anton, Europäische Staatskanzley. 115. Teil, S. 139—142. Beyträge zur neueren Staats- und Kriegsgeschichte (Danziger-Beitr.). Bd. II, S. 547. — Huppertz, a. a. O. S. 547.

5) Gazette de Cologne vom 22. III. 1757; Düsseldorf, 21. III.

Als bald machten sich die unangenehmen Wirkungen des dem Kurfürsten zugesagten „Schutzes“ bemerkbar. Fast ironisch mutet einen der Erlass des Kurfürsten vom 6. April 1757 an, der für die Verpflegungsführen der französischen Armee Wegegeldfreiheit an allen erzstiftischen Barrieren verkündete¹⁾. Als ob es ohne diese Verfügung anders gewesen wäre! Die erzstiftische und westfälische Bevölkerung sah dem Anmarsch der Franzosen mit sehr geteilten Gefühlen, ja man kann wohl sagen mit Unmut und Angst entgegen; und die französische Intendantur traf, obwohl sie, von der herrschenden Stimmung durch ihre Abgesandten unterrichtet, teilweise vorbereitet sein konnte, bei der Verpflegung der Armee auf ungeahnte Schwierigkeiten²⁾. Zu deren Regelung berief der Kurfürst nach Köln — in Münster geschah dasselbe — Ende April 1757 Vertreter der vier Stände.

Mit regem Eifer nahmen sich diese der Sache des Erzstifts an. Den am 20. März 1757 mit dem französischen Kommissar Fum. de la Berlière geschlossenen Traktat erklärten sie nur für verbindlich, wenn er die Kräfte des Landes nicht übersteige. Dies sei aber unbedingt der Fall, wie sich aus den Tabellen über den Fruchtvorrat des Erzstifts ersehen lasse³⁾. Ein solches Auftreten war naturgemäss dem mit dem französischen Hofe in engem Einvernehmen stehenden Kurfürsten höchst unangenehm. Kategorisch erklärte er am 21. April, wenn nicht innerhalb 14 Tagen betreffs der Lieferungen an die französische Armee ein entsprechender Entschluss gefasst sei, „werde er gemüssigt sein, das Erforderliche nach einem von ihm dazu erwählenden modo selbst auszusprechen“⁴⁾. Trotzdem erhielt er als Antwort, dass bei „Fortwähnung der Lieferungen die Untertanen den Abgrund vor Augen sähen“. Die Landeskasse sei „fast völlig erschöpft“; noch letzthin habe man beim Durchmarsch des Feldmarschalls Graf von Maillebois — er führte die Vortruppen der französischen Armee — 40 000 Reichstaler vorgeschossen⁵⁾. Hofrat Joh. Bertram Frhr. von

1) Scotti J. J., Sammlung der Gesetze und Verordnungen für das vormalige Churfürstentum Cöln, Düsseldorf 1830 f. Bd. II, S. 779, Nr. 553.

2) Waddington, R., La guerre de sept ans. Paris 1899 ff. Bd. I, S. 386 f. — Stuhr a. a. O. I, S. 105. — Huppertz a. a. O. S. 84 f.

3) Fasc. 198.

4) Fasc. 198.

5) „Die Einwohner im Cöllnischen, Jülischen und Bergischen fangen wegen der starken Lieferungen bereits sehr über den Mangel an Lebensmittel zu klagen an“. Danz.-Beitr. Bd. II, S. 558.

Francken, der als Vertreter des Kurfürsten an den Sitzungen teilnahm, begab sich am 24. April im Auftrage der Versammlung zum Kurfürsten und trug deren Wünsche vor: es möchten die Lieferungen für den Monat Mai abgelehnt werden, da sonst der arme Landmann durch Fouragierungen „ganz und gar verdorben werde“. Es sei unbedingt nötig, dass die Franzosen eigne Magazine anlegten, und es werde vorteilhaft sein, den König von Frankreich und die kommandierenden Generale darum zu bitten¹⁾. So gut die Ratschläge gemeint waren, dem Hauptübel wurde damit kaum begegnet. Mit der stärkeren Nachfrage nach Lebensmitteln trat fast unvermeidlich eine von den Franzosen ebenso wie von Ständen gefürchtete Preissteigerung ein²⁾. Sie wurde leider durch Selbstsüchtige noch künstlich vergrößert, indem diese alle in ihrem Besitz befindlichen Lebensmittel vom Markte ohne Not zurückhielten. Einem solchen verwerflichen Gebahren suchten die Stände zu begegnen, indem sie am 25. April den Kurfürsten um Erlass einer Frucht- und Fourage-Taxe baten, die zugleich mit der in der Stadt Köln von den Franzosen beabsichtigten „concertiere“; ferner um eine Untersuchung des Fruchtsvorrats in Gemeinschaft mit der französischen Generalität, die „der deutschen Sprach in etwa kündige Commissarii“ bestimmen möge³⁾. Dem letzten Wunsche entsprach der Kurfürst. Am 27. April wies er die erstiftischen rheinischen Lokalbehörden an, mit den französischen Kommissaren Visitationen zur Ermittlung des Vorrats aller Arten von Früchten abzuhalten⁴⁾. Dabei kam trotzdem längst nicht alles ans Tageslicht. So verkaufte die Abtei Deutz, die bei der Untersuchung durch die Behörde erklärt hatte, „nur zur Befriedigung der Notdurft Korn zu besitzen“, im folgenden Monat Korn das Malter für 20 Gulden⁵⁾. Das war das Dreifache des üblichen Preises⁵⁾. Ohne schwere Schädigung des wirtschaftlichen Lebens konnte dies nicht so weitergehen. Eindringlich legten die Ständevertreter Clemens August auseinander: der Landmann habe

1) Fasc. 198.

2) Waddington a. a. O. Bd. I, S. 388.

3) Scotti a. a. O. Bd. II, S. 779, Nr. 554.

4) 1½ Gulden entsprachen 1 Reichstaler (Rthr.). Vgl. Becker, Const., Über die finanziellen Aufwendungen Kurkölns im 7jähr. Kriege usw. in Annalen des hist. Ver. für den Niederrh. Heft 92, S. 72, Anm. 2.

5) Sitzung der Ständevertreter vom 2. Juni 1757. Fasc. 198.

mit Not nur noch für den Lebensunterhalt und die Aussaat¹⁾; auch fordere der Anmarsch der kaiserlichen Hilfsvölker²⁾ Einstellung der französischen Fouragierungen, da sonst eine für das Stift wie für die kaiserliche Armee verhängnisvolle Unordnung einreissen könne³⁾. Dabei drängte man unablässig auf eine behördliche Preisregulierung. Am 8. Mai baten die Ständevertreter Clemens August, die Preise

für das Malter Korn	(kölnisches Mass)	auf 4	Rthr. 26	Albus
" " " Weizen	" " "	5	" — "	
" " " Gerste	" " "	2 ¹ / ₂	" — "	
" " " Hafer	" " "	2	" — "	

festzusetzen und sich dafür zu verwenden, dass in der Stadt ein Gleiches geschehe⁴⁾.

Diese Besorgnis um die Preise in Köln lässt auf ihre grössere Bedeutung für das rheinische Erzstift schliessen, als man auf den ersten Blick vermuten möchte. Verständlich wird sie, insofern niedrigere Preise in Köln für das Stift preisdrückend wirken konnten, während umgekehrt sich ein unliebsames, den Franzosen vielleicht angenehmes Zusammenfliessen der Lebensmittel nach dorthin bemerkbar machen konnte. Wie dem im einzelnen nun auch sei, die Bedenken der Stände gegenüber Schädigungen seitens der Stadt und der in ihr herrschenden Franzosen war so stark, dass der kurkölnische Grosskanzler Frhr. von Raesfeld, dem ebenso wie seinem Herrn eine Fruchtsteuer nicht zu behagen schien, sich veranlasst sah, jenen zu erlauben, „dass an die stadtkölnischen nach Mülheim hinleitende Pforten und die dazwischen befindliche Schlupfwinkel zu Verhütung deren in Verbringung der Frucht zu besorgender Unterschleifen durch die französischen Truppen Schildwachen gestellt werden“⁵⁾. Die Fruchtsteuer, die ja vielleicht nach dem Ermessen der Regierung auch schädigend wirken konnte, liess noch auf sich warten, als sich das Erzstift Ende Mai 1757 von den Franzosen allmählich „evakuierte“. Die Preise für das Malter Korn waren um diese Zeit auf 7,8 und

1) Sitzung der Ständevertreter vom 26. April 1757. Fasc. 198.

2) Es waren dies die österreichisch-niederländischen Regimenter, die nach Böhmen ziehen sollten. Vgl. Becker, Diss. a. a. O. S. 46 f.

3) u. 4) Sitzung der Ständevertreter vom 27., 28. April, 8. Mai 1757; Fasc. 198.

5) Raesfeld am 24. Mai an die Stände. Fasc. 198.

9 Rtlr. gestiegen. Nochmals wiesen die Stände in einer erneuten Eingabe vom 2. Juni darauf hin und betonten, in den jülichischen und bergischen Gebieten sei am 31. Mai folgende Fruchtsteuer veröffentlicht worden ¹⁾:

Das Malter	Roggen	4 Rtlr.	41 Alb.	8 Heller
"	"	Weizen	5 " 61	" — "
"	"	Gerste	3 " 20	" — "
"	"	Hafer	2 " 35	" — "
"	"	Malz	3 " 40	" — "
"	"	Erbsen	4 " 60	" — "
"	"	Buchweizen	2 " 40	" — "

Die kurfürstliche Regierung blieb unerbittlich.

Der Durchzug der Franzosen war, wie vorhin erwähnt, seinem Ende nahe. Die in der Stadt Köln tagenden Ständevertreter des Erzstifts empfahlen schon dem Kurfürsten, den Brückenmeister Mehlem aus Bonn mit seiner Brücke von Köln wegzurufen, da die Kölner Brücke für die übrigen wenigen Regimenter genüge, und beantragten am 25. Mai und 2. Juni die Auflösung der Versammlung. Darüber vergingen indes fast noch 2 Monate. Nicht nur war noch „hießiges Ertz-Stiftisches Creiß-Kontingent in marchfertigen stand“ zu setzen ²⁾, sondern auch eine Regelung der noch immer zahlreich einlaufenden Forderungen von Fuhrwerksstellungen für die französische Armee nötig. So sollte Ende Juni ein französischer Artilleriepark von Köln über Wipperfürth nach Arnsberg geschafft werden. Vom Erzstift verlangte man 200 Wagen ³⁾. Trotz des Einspruchs mit der Begründung, es seien bereits 1800 zweispännige Karren gestellt worden, war man schliesslich genötigt, den Franzosen zu Willen zu sein. Einige Wochen später, etwa Mitte August, wurden vom Kurfürsten aufs neue zu einem Mehtransport von 10 000 Sack von Wesel nach Dülmen 400 Fuhrren gefordert ⁴⁾. Diese Dienstleistungen, die sehr oft den Verlust von Fuhrwerk und Pferden bedeuteten, wurden der Bevölkerung sehr

1) Sitzung der Ständevertr. vom 2. Juni. Fasc. 198.

2) Sitzungen vom 26. Mai und 2. Juni. Fasc. 189. — Becker, Diss. a. a. O. S. 48.

3) Der frz. Intendant Fum. de la Berlière am 17. Juni nach Köln. Fasc. 198.

4) Sitzungen vom 18., 24., 28. Juni; 17., 18. Aug. Fasc. 198.

schwer und vom Landmann zur Zeit der Ernte doppelt bitter empfunden.

Der Kurfürst stand diesem Auftreten der Franzosen in seinen Gebieten machtlos gegenüber. Ganz sicher hat er auf Grund seiner Erfahrungen in früheren Jahren die Folgen eines Durchzuges der französischen Armee vorausgesehen. Doch was nützte ihm, der in dem beginnenden Kriege mehr als je auf französisches Wohlwollen und Gold angewiesen war, die Erkenntnis, dass es „Grundsatz der französischen Verwaltung war, die Truppen so lange sie wenigstens in den Staaten der deutschen Bundesgenossen lagen, möglichst gut, aber auch möglichst billig leben zu lassen“, und dass „man zu diesem Zwecke möglichst viele Dienstleistungen unentgeltlich beanspruchte“¹⁾. In Paris beschwerte er sich zwar über das rücksichtslose Vorgehen der zügellosen Soldateska, vergass auch nicht, um Schonung seiner ausgedehnten Jagden durch die französischen Offiziere zu bitten, doch kümmerte er sich nach einer vorübergehenden Besserung vorläufig nicht mehr darum²⁾. Seine leichtlebige, Eindrücke des Elends verabscheuende Natur konnte bei dem spärlichsten Lichtblick alles Unglück vergessen.

Langsam, aber unaufhaltsam waren seine Beschützer über Köln, Jülich, Düsseldorf, Wesel und von dort zu beiden Seiten der Lippe ostwärts vorgedrungen³⁾. Das nördlich gelegene Münster, dessen Regierung mit der französischen Intendantur ebenfalls einen Verpflegungstraktat geschlossen hatte, wurde ein Hauptstützpunkt für die kriegserischen Unternehmungen⁴⁾. Wie im Erzstift benahmen sich die Franzosen auch hier nicht wie geduldete Gäste, sondern wie unumschränkte Herren. Lebensmittel aller Art sowie Fuhrn und Karren mussten in grosser Zahl beschafft werden. Jetzt erst, als die französische Armee hart an den Grenzen Hannovers stand, dachte der Führer der Observationsarmee, Herzog von Cumberland, unter dem Eindrucke von Friedrichs II. Sieg bei Prag an Gegenmassregeln⁵⁾. Der Mitteilung an die Regierungen zu Münster,

1) Eicken, H. v., Die Reichsarmee im 7jähr. Kriege in Preussische Jahrbücher Bd. 41, S. 123. — Spen. Zeitg. vom 31. Mai 1757; Köln, 24. Mai.

2) Ennen a. a. O. Bd. II, S. 321 f. — Spen. Zeitg. 14. Juni 1757; Köln, 2. Juni.

3) Gross. Gstb. a. a. O. Bd. V, S. 75 f. — Schäfer a. a. O. Bd. I, S. 356 f.

4) Huppertz a. a. O. S. 85.

5) Koser, R., Friedrich der Grosse. Stuttgart 1893 und 1903 Bd. II¹, S. 88.

Paderborn, Osnabrück und Arnsberg: die in kurkölnischem Gebiet vorrückende französische Armee könne nur eine Bedrohung Hannovers bedeuten¹⁾, folgte erst am 20. Mai der seit dem 21. April angekündigte Einmarsch des Generals Zastrow in Paderborn. Das Bistum war von den oben genannten Gebieten das einzige den Alliierten noch offen stehende Land. Die Aufregung der kurfürstlichen Regierung beruhigte man mit dem Hinweis, man werde Stadt und Bistum nicht feindlich behandeln, strenge Mannszucht halten, alles bar bezahlen und die Truppen des Bistums — hier war man ja wie in Münster und Bonn mit der Aufstellung des Reichskontingents beschäftigt — unbehelligt lassen²⁾.

An dieser Stelle sei auf etwas hingewiesen, was für die Haltung des Kurfürsten gegenüber den spätern Feldzügen Ferdinands von Braunschweig ausserordentlich wichtig ist. Es muss auffallen, dass Cumberland die zum Kampfe gegen Friedrich II., den Bundesgenossen seines Vaters, bestimmten Truppen in Paderborn nicht entwaffnet hat. Es war dies ja ein lebhaft geäußelter Wunsch des preussischen Königs³⁾. Unzweifelhaft liegt hier ein Einfluss des hannoverschen Ministeriums vor, das ebenso wie Clemens August in der Neutralität die vorteilhafteste Stellung sah. Darin liegt auch die Erklärung für die Stoffers⁴⁾ merkwürdig erscheinende Tatsache, dass die Hannoveraner die Kurkölnier Truppen und diese jene ruhig gewähren liessen. Immer noch versuchten beide Regierungen ihre Stellung zu wahren, die jetzt fast widersinnig geworden war. So waren doch die Hannoveraner trotz der beabsichtigten neutralen Defensivstellung⁵⁾ tatsächlich in Feindesland, sie enthielten sich aber möglichst jeder Gewalttat gegenüber den Reichsfürsten und nahmen durchweg nur gegen Bezahlung die Naturalien der berührten Landstriche weg. Änderte

1) Cumberland forderte zugleich die Zurücknahme der vom Kurfürsten erlassenen Getreideausfuhrverbote. Hassell a. a. O. S. 301.

2) Cumberland gestattete den Aufenthalt von 100 Mann in der Stadt, die übrigen konnten „aller Orten frey und ohngehindert“ ziehen, mussten sich aber „zuvorderist anheischig machen, nicht wider die Observationsarmee, solange die jetzigen Umstände währen, zu dienen“. Faber a. a. O. 115. Teil, S. 172 f. — Stoffers, Alb., Das Hochstift Paderborn zur Zeit des 7jährigen Krieges. Diss. Münster 1910, S. 31 ff.

3) Becker, Diss. a. a. O. S. 29. 4) Stoffers, Diss. a. a. O. S. 34.

5) Gross, Gstb. a. a. O. Bd. V, S. 78 f. — Hassell a. a. O. S. 302.

sich diese Haltung Hannovers zumal nach der Übernahme des Oberbefehls über die Observationsarmee durch Herzog Ferdinand von Braunschweig, so bleibt die des Kölner Kurfürsten während der ganzen Zeit des 7jährigen Krieges fast dieselbe. Immer und immer betonte er bei jeder sich bietenden Gelegenheit, seine Lande seien neutrales Gebiet und beklagte sich bitter „sur la manière dure, dont on traite des gens Nentres“. Er war offenbar der Ansicht oder stellte sich wenigstens so, als ob die Teilnahme seines Kontingents¹⁾ am Reichskriege ihn nicht zum Feinde Preussens und Englands mache, und glaubte, man dürfe ihn als Souverain nicht entgelten lassen, was er als Reichsfürst zu tun verpflichtet war. Diese Sophistik richtet sich schon, wenn man nur an die Unterstützung denkt, die er der französischen Armee zuteil werden liess, und sehr eingehend wies sie Ammon, der preussische Vertreter zu Köln, in einem Briefe an Ferdinand zurück. Er kommt zu dem Schlusse, „es werde unmöglich sein, dass man jemals diese Länder als neutral betrachten könne“²⁾.

Cumberland zog Zastrow, der in reger Unternehmungslust, auf das Neutralitätsprinzip wenig achtend, Klöster und Magazine gründlich untersucht hatte³⁾, schon Anfang Juni über Bielefeld an sich. Kurze Zeit später marschierten die Franzosen durch den nordöstlichen Teil des Bistums Paderborn und gingen bei Höxter über die Weser. Nachdem sie sich am 26. Juli durch die Schlacht bei Hastenbeck den Weg nach Braunschweig und Hannover freigemacht hatten, stand auch das am weitesten nach Osten liegende kurkölnische Gebiet, das Bistum Hildesheim, ihrem Einzug offen. Sofort verlangten sie auch hier Lebensmittel und Fuhren für die nach Norden ziehende Armee⁴⁾. Bis jetzt hatte verhältnismässig

1) Becker, Const., Die Erlebnisse der kurkölnischen Truppen im Verb. der Reichsarmee während des 7jähr. Krieges. Annal. d. hist. Ver. f. d. Nied. Heft 91, S. 63 ff.

2) Am 2. April 1760 aus Münster; siehe Westphalen, Ph. von, Geschichte der Feldzüge des Herzogs Ferdinand von Braunschweig. Berlin 1859–72. Bd. IV, S. 265 f.

3) Danz.-Beitr. Bd. III, S. 98 f. — Reden, Feldzüge der alliierten Armee 1757–62; nach dessen Tagebuch herausgegeb. durch v. d. Osten. Hamburg 1806, Bd. I, S. 38.

4) Die Spren. Zeitg. meldete am 6. Sept. 1757 aus Hildesheim unter dem 26. Aug.: Die Durchmärsche der französischen Truppen hielten an:

am wenigsten von kurkölnischen Landen das Bistum Osnabrück¹⁾ und das Herzogtum Westfalen (Westfälisches Erzstift) durch die Franzosen gelitten.

Clemens August war über das Glück der französischen Waffen hochofrennt. Mit rauschenden Festlichkeiten beging er den Sieg seiner Freunde bei Hastenbeck; dann reiste er ihrem Heere, das nicht mehr Marschall d'Estrées, sondern der räuberische Herzog von Richelieu führte, nach. Am 6. August traf der Kurfürst in Paderborn ein²⁾ und begab sich nach 14tägigem Aufenthalt nach Hannover. Von hier aus machte er sich das recht eigentümlich anmutende Vergnügen, Briefe und Erlasse an Bekannte und Behörden abzusenden³⁾, während er es ängstlich mied, mit der in seinen Landen herrschenden Not in allzu nahe Berührung zu kommen⁴⁾. Viel angenehmer war ihm ein „déjeuner de porcelaine“ und ein „portefeuille magnifique“ im Werte von 5—6000 Livres, Geschenke, die ihm Madame de Pompadour zum Dank für „das grosse Interesse, das der Kurfürst an den Erfolgen“ der französischen Armee nehme, hatte zugehen lassen.

Die augenblickliche Lage auf dem westlichen Kriegsschauplatz benutzten die Kurfürsten von Köln und der Pfalz, um den westfälischen Kreistag auf den 18. August nach Köln zusammenzuberufen⁵⁾. Trotz des Protestes, den der preussische Gesandte Ammon am 22. August dagegen einlegte⁶⁾, nahmen die versammelten westfälischen Stände Stellung zu dem Reichstagsbeschlusse vom 17. Januar, durch den der Reichskrieg gegen Friedrich d. Gr. beschlossen worden war. Sie bewilligten nachträglich als Beitrag

die französische Generalintendantur verlangte 1200 Fuhren, um 12000 Sack Mehl von Einbeck nach Hannover zu schaffen.

1) „Quoique nous soions entourés de diverses Armées aucunes Troupes n'a encore mis le pied dans nôtre Evêché.“ Gaz. de Col. vom 24. Mai 1757; Osnabrück, 19. Mai. — „Noch hat kein Feind unsere Grentzen entweyhet“, man fordert aber von allen Seiten „Korn und Fourage“. Spen. Zeitg. vom 7. Juni; Osnabrück, 28. Mai.

2) Gaz. vom 26. Aug.; Paderborn, 20. Aug.

3) Luynes, Duc de, Mémoires sur la cour de Louis XV. Paris 1864. Bd. XVI, S. 164.

4) Huppertz a. a. O. S. 99.

5) Becker, Diss. a. a. O. S. 58. — Gaz. vom 26. Aug. Köln, 26. Aug.

6) Teutsche Kriegskanzley (T.-Krgk.). Frankf. und Leipzig 1757, Bd. III, S. 834. — Oertel, Chr., Reichs-Tags-Diarium. Regensburg 1759, Bd. III, S. 572.

zu der vom Reiche beschlossenen *armatura ad triplum*¹⁾ für Münster 1026, für Paderborn 387 Mann²⁾. Dem Protest Ammons setzten sie am 19. November einen Repprotest entgegen, in dem erklärt wurde, nach dem bekannten Reichsbeschluss sei eine Convocation des westfälischen Kreises mit Ausschluss von Brandenburg nichts Rechtswidriges³⁾. In ähnlicher Weise verteidigte der kurkölnische Gesandte in Regensburg, Karg von Bebenburg, der sich auch über den „völkerrechtswidrigen Einfall“ in Münster und Paderborn beschwerte⁴⁾, das Vorgehen am 13. Dezember mit den Worten: „Die zu verfügen gewesene Beratschlagung habe das Kondirektorium selbst in einer eigenen Angelegenheit betroffen“⁵⁾. Trotzdem legten Ammon am 20. Januar 1758 und Plotho, der preussische Vertreter in Regensburg, am 3. Februar gegen die erneute Berufung des westfälischen Kreises auf den 10. Januar nach Köln wiederum Protest ein⁶⁾. In Regensburg selbst war es in den Wintermonaten im übrigen ziemlich ruhig. Auch in dem Achtsverfahren gegen Friedrich d. Gr. spielte Kurköln keine hervortretende Rolle; mit Pfalz und Bayern handelte es „wieder in hausunionsmässigem Einverständnis“⁷⁾ und damit in kaiserfreundlichem Sinne.

II. Wirtschaftliche Kriegsleistungen der westfälischen Besetzungen des Kölner Kurfürsten (1758).

Mit den völlig neuen Verhältnissen, die der neue Oberkommandierende der Alliierten, Herzog Ferdinand zu Braunschweig-Lüneburg, auf dem westlichen Kriegsschauplatz schuf, wurde die

1) Becker, Annalen, Heft 92, S. 71.

2) Da die Bistümer mehr Truppen, ins Feld gestellt hatten, als diese Zahlen zur Pflicht machten, sah Ammon darin einen Beweis, wie feindselig Clemens August gesinnt sei, und wie sehr er alles Anrecht auf Neutralität verwirkt habe. Westfalen a. a. O. Bd. IV, S. 265. — Becker, Diss. a. a. O. S. 58.

3) T.-Krgk. 1757 Bd. III, S. 965 f.

4) Brabant a. a. O. S. 356.

5) Oertel a. a. O. Bd. III, S. 591.

6) T.-Krgk. 1758, Bd. I, S. 17. — Oertel a. a. O. Bd. III, S. 617. — Helden-, Staats- und Lebensgeschichte Friedrichs des Anderen. Frankf. und Leipz. 1756–63, Bd. V, S. 714.

7) Bitterauf, Th., Die kurbayrische Politik im 7jähr. Kriege, München 1901 S. 104.

Lage der kurkölnischen Gebiete eine ganz andere. Schon Ende 1757 hatte Richelieu empfunden, dass er jetzt einem gefährlicheren Gegner gegenüberstand. Die Operationen des neuen Jahres sollte er nicht mehr leiten. Anfang Februar wurde er durch Marschall Clermont ersetzt. Um diese Zeit begann Ferdinand seinen Feldzug. Sein Plan war mit Unterstützung des Prinzen Heinrich, der von Halberstadt auf Hildesheim vorrücken sollte, die Franzosen durch einen Angriff auf ihre linke Flanke bei Bremen und Verden über die Aller und Weser soweit wie möglich nach Westen zu werfen¹⁾.

Was er sich vorgenommen hatte, glückte ihm. Unaufhaltsam rückte er nach Südwesten und näherte sich den Ländern des Kölner Kurfürsten. Vor ihm betrat jedoch Prinz Heinrich, dem Wunsche des Königs wie Ferdinands entsprechend, kurkölnisches Gebiet²⁾. Schon Mitte Februar hatte er durch ein Korps unter Henckel von Donnersmark die östlichen zu Hildesheim gehörenden Ämter Wiedelah und Schladen heimsuchen und auch Geiseln von dort wegführen lassen³⁾. Einige von ihnen wurden mit der Aufforderung nach Hildesheim geschickt, in 8 Tagen eine Kontribution von 200 000 Rtlr. und in 3 Wochen 100 000 Rationen beizubringen⁴⁾, andernfalls würden die übrigen nach Magdeburg geschafft und gegen das Land „mit Plünderung, Feuer und Schwert verfahren“. Am 19. Februar veröffentlichte Prinz Heinrich einen Erlass an die Regierung zu Hildesheim, in dem es

1) Tempelhoff, G. F. von, Geschichte des 7jähr. Krieges (Fortsetzung der Geschichte des General Lloyd). Berlin 1787. Bd. II, S. 14 f. — Osten-Reden a. a. O. Bd. I, S. 105 f. — Schäfer a. a. O. Bd. II, S. 37 f. — Renouard, C., Geschichte des Krieges in Hannover, Hessen und Westfalen. Kassel 1863—64, Bd. I, S. 434. — Gross. Gstb. a. a. O. Bd. VII, S. 132 f.

2) Schmitt, R., Prinz Heinrich im 7jähr. Kriege. Greifswald 1885 bis 1897 Bd. I, S. 50 f.

3) T.-Krgk. 1759, Bd. III, S. 51 ff. Die Darstellung der Bedrückungen kurkölnischer Gebiete durch die Alliierten im Jahre 1758 im folgenden stützt sich meist auf das Memorial der kurkölnischen Gesandtschaft zu Regensburg, das diese auf Grund amtlicher Erkundigungen am 24. Juli 1759 dem Reichstage vorlegte. Zur Diktatur kam es am 13. Aug. 1759 und ist abgedruckt in der T.-Krgk. 1759 Bd. III, S. 9—292, sowie gekürzt in Fabers „Europäische Staatskanzley“ Neue Folge (Continuation) 4. Teil, S. 304—433; 5. Teil, S. 103—130.

4) Gaz. vom 3. März 1758; Hildesheim, 24. Febr

hiess¹⁾: „Des Churfürsten von Cölln Lbd. dero Landes Herr stehen mit denen Feinden des Hauses Preussen in gar zu genauer Verbündniß und unterstützen dieselben nach allen Kräften und allem Vermögen: Es ist also nach denen Kriegsgesetzen allem Recht und Billigkeit gemäss, dass, da das hiesige Fürstenthum, insbesondere die arme Stadt Halberstadt von denen Feinden ausfouragiret und durch die ihr auferlegte Kontribution sehr hart mitgenommen worden²⁾, Se. Königl. Hoheit per Repressalien dasjenige aus denen ihnen am convenablesten liegenden Provinzen der Alliirten mit denen Feinden ihres Hauses wieder einzuziehen suchen“ Hildesheim leitete sofort mit den Preussen Verhandlungen ein. Am 1. März vereinbarte Syndikus Tils mit dem Kriegs- und Domänenkammerdirektor Dietrich, in etwa 6 Wochen 125 000 Rthl. zu zahlen, und die Armee „von diesem Stifte, solange als solche darinn stehet, frey und ohnentgeltlich nach Kriegsgebrauch, und soweit die Unterthanen solches mit ihrer Conservation zu prästieren im Stande“, zu verpflegen. Dafür sollten Ausschreitungen vermieden und bei pünktlicher Bezahlung die Geiseln freigelassen werden³⁾. Am 3. März wurde die Stadt Hildesheim besetzt⁴⁾. Einige Tage später (8.) liess Heinrich die

1) T.-Krgk. 1759, Bd. III, S. 53 f.

2) Was die Hannoversch-Braunschweigischen Länder vom Monat Juli 1757 bis zum März 1758 durch die Franzosen unter Richelieu gelitten hatten (Tempelhoff a. a. O. Bd. II, S. 11 f.), zeigt die durch den Gesandten in Regensburg am 30. Okt. 1758 eingereichte Beschwerde. In ihr ist der Schaden auf 4 935 325 Rthl. 12 Gr. 4 Pfg. berechnet. Beteiligt sind daran:

Fürstentum Calenberg	mit	2 276 819	Rthl.	5	Grosch.	7	Pfg.
„ Grubenhagen	„	217 720	„	9	„	2	„
„ Lüneburg	„	2 007 218	„	10	„	3	„
Grafschaft Hoya	„	420 764	„	25	„	6	„
„ Diepholz	„	11 802	„	33	„	2	„

T.-Krgk. 1758 Bd. III, S. 646 f. — Faber a. a. O. Neue Folge 3. Teil, S. 295. — Gaz. vom 5. Jan. 1759; Hannover, 28. Dez. 1758.

Mitchell, der englische Gesandte in Berlin, schrieb am 1. Febr. 1758 an Holdernessee, den englischen Staatssekretär, „. . . the real intention of the French is to spread ruin and desolation over Germany“. Mitchel, Memoirs and papers of Sir M. London 1850 Bd. I, S. 388.

3) T.-Krgk. 1759 Bd. III, S. 55 f. — Gross. Gst. a. a. O. Bd. VII, S. 142.

4) Tempelhoff a. a. O. Bd. II, S. 17 f. — Gaz. vom 7. März 1758; Supl. Hildesheim, 3. März.

kurfürstlichen Kassen mit Beschlag belegen. Dem Hofkammerrendanten Oppenheimer verbot man, sich weiterhin um Einnahmen und Ausgaben des Stifts zu kümmern und vor allem, irgend etwas nach Bonn zu senden. 34000 Rtlr. an rückständiger Pacht und Gefällen verlangte man sofort ausbezahlt zu erhalten, andernfalls würden Kammerpräsident Gottlob Frhr. von Hörde und der Drost Jobst Edmund von Brabeck nach Halberstadt geführt. Durch Verhandlungen wurde erreicht, dass die Preussen sich am 20. März mit 24000 Rtlr. zufrieden erklärten und versprachen, im Falle der Zahlung während des weiteren Verlaufs des Krieges die Einkünfte des Kurfürsten unangetastet zu lassen¹⁾.

Trotzdem währte es nicht lange, so begann sich eine immer stärker drückende Not im Bistum geltend zu machen. Besonders schädigend war der Mangel jeder genauen Bestimmung über den Umfang der zu leistenden Verpflegung. Täglich wurden 10600 Portionen — jede bestand aus einem 2 Pfund schweren Brot — 5175 Pfund Fleisch und 3000 Rationen gefordert; ausserdem für jeden Gemeinen 2, für jeden Unteroffizier 4 Groschen und für die Offiziere 2—10 Rtlr. Auch für die in Wolfenbüttel und Goslar stehenden Truppen war zu sorgen, und ein neues Korps von Halberstadt war angekündigt²⁾. Die Bevölkerung sträubte sich gegen diese unerhörten Leistungen. Die Preussen sahen auch wohl ihre übertriebenen Forderungen ein und mässigten sie. Mitte März einigte³⁾ man sich auf 4875 Portionen und 1484 Rationen für 6 Bataillone und 3 Eskadronen im Hildesheimischen; ausserdem waren 96 Rationen nach Goslar zu liefern. Von der Verpflegung der in Wolfenbüttel stehenden Truppen wurde man befreit.

1) T.-Krgk. 1759, Bd. III, S. 59 f., 173, 209 f.

2) T.-Krgk. 1759, Bd. III, S. 64 f.

3) T.-Krgk. 1759, Bd. III, S. 70.

Die Portion bestand aus 2½ Pfund Brot, ½ Pfd. Fleisch, 2 Quart Bier, sowie Zugemüse wie Erbsen, Linsen, Kohl, Rüben usw.

Die Ration setzte sich zusammen für die Infanterie aus:

¼ (Hildesh.) Mass Gerste, 2½ Metzen Gerste oder 3 Metzen Hafer (Berliner Mass), 8 Pfd. Heu und 6 Metzen Häcksel; für die Kavallerie aus: ¼ (Braunsch.) Mass Gerste, 3 Metzen Gerste oder 4 Metzen Hafer (Berl. Mass), 10 Pfd. Heu und 6 Metzen Häcksel.

Am 28. März 1758 schreibt die Gaz. im Supl. unter Hildesheim, 21. März: „Les Prussiens traitent actuellement cet Evêché avec beaucoup plus de douceur, qu'ils n'ont fait dans les premiers jours de leur

Während dieser Vorgänge im Bistum Hildesheim war Ferdinand von Verden aus in schnellem Marsche die Weser hinaufgezogen und hatte nach der am 14. März erfolgten Einnahme von Minden am 19. März sein Hauptquartier zu Melle, fast in der Mitte zwischen Minden und Osnabrück aufgeschlagen. Noch an demselben Tage sandte er nach Osnabrück, „um dort im voraus für Brod und Fourage sorgen zu lassen; sowohl das Capitel als die Regierung bot gern und willig dazu die Hände“¹⁾. Verlangt wurden 83000 Portionen und 31000 Rationen gegen bare Bezahlung sowie 1000 bespannte Wagen. Obgleich die Aufträge nach der Ansicht der kurkölnischen Gesandten Bebenburg „vielleicht in Rücksicht der dem Hauss Braunschweig-Lüneburg darinnen“²⁾ durch den Osnabrückischen Friedens-Schluss festgestellter alternativer Succession“ noch „leidentlich“ zu nennen waren, machte sich doch recht bald auch hier die Kriegsnot bemerkbar³⁾. Zwar „hatte die Stadt Osnabrück und ihre Regierung seit dem 20sten März alles mögliche gethan, der Armee Lieferungen zu verschaffen, und diese Betriebsamkeit in unserer Verpflegung hatte es auch dem Herzoge nur möglich gemacht“, so schreibt dessen Generaladjutant Reden, „bis an die Lippe vorzudringen, was ausser dem gar nicht zu wagen gewesen wäre“. Allein Osnabrück, wo Ferdinand ein Magazin anlegte, befand sich in „einer durchaus armen und zudem vom Feinde sehr ausfouragierten Gegend“, so dass sogar geringe Kontributionen die Be-

entrée Malgré notre situation est toujours des plus douloureuses“. Mitchell a. a. O. Bd. I, S. 405.

1) Osten-Reden a. a. O. Bd. I, S. 133.

Dieses Entgegenkommen wird leichter verständlich, wenn man an die eigenartigen Bestimmungen denkt, die bei Abschluss des Westfälischen Friedens über die Besetzung des Bistums Osnabrück getroffen worden waren. Demnach führte abwechselnd ein Oberhirt katholischen und protestantischen Bekenntnisses hier den Krummstab, und zwar mussten die protestantischen Bischöfe aus dem Hause Braunschweig-Lüneburg, aus dem ja auch Ferdinand stammte, genommen werden. Alsdann leitete der Erzbischof von Köln die Seelsorge der Katholiken. Nachfolger von Clemens August wurde Anfang 1764 der halbjährige Sohn Georgs III., Friedrich, Herzog von York. Stüve, C., Geschichte des Hochstifts Osnabrück, Jena 1882, Bd. III S. 317 f. Über die Leiden Osnabrücks im 7jähr. Krieg vgl. von demselben: Geschichte der Stadt Osnabrück 1826, Bd. III, S. 306 ff.

2) Im Bistum Osnabrück.

3) T.-Krgk. 1759, Bd. III, S. 71 f.

völkerung sehr hart trafen¹⁾. Die Lage des Heeres hätte indessen Ferdinand nicht gestattet, selbst Freundesland weniger in Anspruch zu nehmen.

Viel empfindlicher jedoch als Hildesheim und Osnabrück mussten die Bistümer Paderborn und Münster die Macht der Feinde ihres Herrn verspüren²⁾.

In Paderborn wird die Bevölkerung selbst teilweise die Strenge, mit der vorgegangen wurde, verschuldet haben. Anstatt sich dem Recht des Stärkeren zu beugen, leistete sie manchmal Widerstand. So kam am 25. März es beim Einzug des Obersten W. v. Freytag in der Stadt zu Ausschreitungen. Ferdinand befahl daraufhin abgesehen von der geforderten Angabe des Frucht-vorrats die Auslieferung der Gewehre und untersagte jeden Briefwechsel mit den Franzosen. Freytag, der seinerseits auch sehr rücksichtslos „ohne höhere Ordre“³⁾ aufgetreten sein muss, duldeten, dass in der umfangreichsten Weise, durch einzelne Streifkorps Kontributionen eingezogen wurden. Trotz einer Verordnung Ferdinands vom 24. März 1758, in der er Religionsfreiheit, Sicherheit und Schutz für Personen und Eigentum zusicherte, litten die Einwohner ungemein. Besonders schonungslos hauste man wie im Jahre 1757 bei der Geistlichkeit in Klöstern und Stiftern. Doch am 28. März schon verbot Freytag — wahrscheinlich weil er sah, dass die Übergriffe sich erschreckend mehrten — die Einziehung der Kontributionen durch einzelne Korps, verlangte aber gleichzeitig zur neuen Bekleidung seiner hannoverschen Jäger 17000 Rtlr.⁴⁾, wobei er darauf hinwies, Frankfurt habe als neutrale Stadt das französische Freikorps Fischer neu kleiden müssen. Als die Paderborner bei Ferdinand darüber Beschwerde führten, erklärte dieser die Forderung für nichtig. Gewonnen war darum doch nichts, denn am 1. April

1) Osten-Reden a. a. O. Bd. I, S. 136, 139 f.

2) „Les Prussiens exigent des contributions immenses des Evêchés de Hildesheim et d'Osnabrugg et cet Evêché doit s'attendre à subir le même sort“ Gaz vom 24. März 1758; Paderborn 18. März.

3) Greve, J. B., Der 7jähr. Krieg und seine Drangsale im Hochstift Paderborn. Nach Malbergs Tagebuche. Erschienen in Blätter zur näheren Kunde Westfalens 1872, Nr. 7, S. 82.

4) Das Domkapitel sollte 6000, Kloster Abdinghof 6000 und die Jesuiten 5000 Rtlr. beitragen.

forderte Freytag von dem Bistum „für die langst den Lippe Fluss bis Hamm, Soest und Erwitte kantonnierende 6 Bat. und 19 Esk.“ die Lieferung von täglich 9200 Portionen und 5120 Rationen, sowie das alliierte Feldkriegskommissariat am 5. April 50 000 Scheffel Roggen und 200 000 Rationen¹⁾ Fourage für das münstersche Magazin²⁾. Noch nicht genug damit, beanspruchte der Ingenieuroberst J. P. Isenbart am 12. April für den Festungsbau in Lippstadt, das für die Verbindung der jetzt bei Münster stehenden Alliierten nach Osten und Süden gleich wichtig war, wöchentlich 100 Arbeiter, 6 Zimmerleute, 6 Ordonnanzwagen mit je 4 Pferden, 20 angeschirrte Zugpferde, 30 Schiebkarren, 20 „Schlagen“, 10 000 Pallisaden, 1000 Faschinen, 5000 Pfähle, 100 Eichbäume, 250 Stück trockene Dielen, 80 Stück Bohlen und 10 000 Fuss Latten³⁾. Lebhaftige Einsprüche der Regierung veranlassten Ferdinand am 14. April seinen Generaladjutanten Reden mit dem Auftrag um Erleichterungen nach Paderborn zu senden, „damit die Zufuhr des Getraydes nicht gehemmet und schwer gemacht würde“⁴⁾. Daraufhin brauchten nur 60 Arbeiter, 2 Ordonnanzwagen, 20 angeschirrte Zugpferde, 5000 Pallisaden, 600 Faschinen und 3000 Pfähle geliefert zu werden⁵⁾.

Die Heimsuchung des Hochstifts Münster war, so begann der kurkölnische Gesandte in seinem Bericht von diesem Bistum zu reden, „noch weit schreckbarer“⁶⁾. Am 26. März betraten die ersten Alliierten Münster selbst, und nach einigen Tagen befand sich der weitaus grösste Teil von Ferdinands Heer im Bistum.

1) Jede Ration sollte aus $\frac{1}{4}$ Scheffel Hafer (Berl. Mass), 10 Pfd. gebundenem Heu und 5 Pfd. Stroh bestehen.

2—4) T.-Krgk. 1759, Bd. III, S. 23—26; 79—91.

5) Hinsichtlich der Anforderungen an das Bistum konnte hier wie an den übrigen Stellen des Aufsatzes mit Rücksicht auf das Thema, den Raum und auch wohl die mir zugänglichen Quellen nur das Wichtigste angeführt werden. Die Einzelheiten dürften der Lokalforschung als dankbares Gebiet zu überlassen sein. Für Paderborn hat sie in umfassender Weise in Fortsetzung seiner Dissertation a. a. O. A. Stoffers in der Zeitschrift für vaterländische Geschichte und Altertumskunde, Münster 1912, Bd. 70, Abt. 2, S. 68—184 dargelegt. Allerdings will mir scheinen, als ob das hier verwertete, umfangreiche Material — zumal das handschriftliche — nicht immer so bemeistert ist, dass sich die wünschenswerte klare Übersicht ergibt. Vgl. vorl. Aufsatz S. 67, Anm. 4.

6) T.-Krgk. 1759, Bd. III, S. 29 f.

Es galt eben den fluchtartigen Rückzug der Franzosen zum Rheine nicht zum Stillstand kommen zu lassen.

Ferdinand hatte mit der münsterschen Regierung eine Konvention geschlossen, die in ihren Grundzügen darauf hinauslief, Einrichtungen von Kirche, Staat und Gesellschaft zu achten, sowie Freiheit von Personen und Eigentum zu gewährleisten, falls die Kräfte des Bistums gegen Bezahlung den Alliierten zur Verfügung ständen¹⁾. Verlangt wurden täglich 60 000 Portionen und 24 000 Rationen; Es lässt sich mit Huppertz wohl kaum darin eine milde Gesinnung der alliierten Heeresleitung sehen. Das Gegenteil war die Ansicht Bebenburgs, der davon spricht, beim Abschluss des Vertrags habe sich „die feindselige Behandlung gegen Ihro Churfürstliche Durchlaucht zu Cöllen genugsam veroffenbaret“²⁾. Ferdinand war unstreitig über die wahre Gesinnung des Kölner Kurfürsten Clemens August ebenso gut unterrichtet wie Prinz Heinrich. Obgleich jener die Forderungen in eine weniger schroffe Form kleidete, so steckten die Härten für jeden, der tiefer sah, doch darin. Was den Leuten an Freiheit noch verblieb, war alles andere als eine Folge von Versöhnlichkeit und persönlichem Mitgefühl. Weshalb sollten auch die Alliierten nicht mit wohlüberlegter Berechnung um das bitten, was sie mit Macht jederzeit nehmen konnten? Aber auch diese damit zusammenhängenden Vorteile gingen der Bevölkerung und Regierung teils durch ihre eigne Ungefälligkeit, teils in der Verkettung der Umstände durch Übergriffe und die drängenden Bedürfnisse des Heeres verloren. Ein treffendes Stimmungsbild für diese Verhältnisse gibt Reden in seinem Tagebuch³⁾. Es heisst dort: „ . . . als wir uns in den ersten Tagen des Aprils in dem Bisthum Münster mehr zusammenzogen, das erst wenige Tage ja Stunden vor uns von dem Feinde geräumt war, fanden wir in der Regierung jetzt wohl mehr Personen wider als für unser Interesse gestimmt. Bereits am 28sten März war dieselbe avertiert, Vorrichtungen für die Armee zu treffen; aber man betrieb hier alles mit einer solchen Nachlässigkeit, dass ein Tag nach dem

1) Huppertz a. a. O. S. 104 f. — Den von Ferdinand bei seinem Einzug in Münster veröffentlichten Erlass brachte die Gaz. am 18. April 1758; Supl. Münster, 12. April.

2) T.-Krgk. 1759, Bd. III, S. 30.

3) Osten-Reden a. a. O. Bd. I, S. 140.

anderen verstrich, ohne auch nur etwas beschickt zu haben. Dies hatte denn die sehr natürlichen Folgen, dass vorzüglich auf dem platten Lande mancherlei Unordnungen einrissen, dass man fouragierte, wo man etwas fand und den Bauern das wenige, was sie zu ihrer eigenen Subsistenz bedurften, mit aufzehrte⁴.

So kamen allenthalben Plünderungen und Überfälle vor. Abt Bernard von Marienfeld schätzte den Schaden, den sein Kloster um diese Zeit erlitt, am 4. April auf 7903 Rthr. Ähnlich erging es den Klöstern¹⁾ Rengering und Vinenberg sowie dem zu Osnabrück gehörenden Orte Schepsdorf²⁾. Der Pfarrer Joh. Heinr. Sprenger zu Lette wandte sich unmittelbar an den Kurfürsten mit der Klage, er sei in zwei aufeinander folgenden Nächten von Husaren überfallen und ausgeplündert worden. Das Tabernakel habe man sogar nicht geschont und die Hostien umhergestreut³⁾.

Natürlich darf man alle derartigen Ausschreitungen der Heeresleitung nicht zur Last legen wollen, indes zeigen sie doch, wie es mit der Freiheit und Sicherheit bestellt war.

Von Beschwerden blieb infolgedessen Ferdinand nicht verschont; und er linderte auch die Not, wo es sich mit dem ungestörten Fortgang seiner Pläne vereinen liess. So wurde auf seinen Befehl die Exekution aufgehoben, die am 8. April in Münster über den Vizepräsidenten der münsterschen Hofkammer H. K. v. Hauxleden und den Domkantor Gosw. Ant. Spiegel zu Diesenburg verhängt worden war, weil weder die geforderten Lebensmittel noch das Entsprechende an Geld im Betrage von 211 989 Rthr. 24 Grosch. 9¹/₃ Pfg. beschafft worden war. Erst als auch jetzt noch keine Änderung eintrat, wurden die Genannten wiederum und ferner Geheimrat Adrian Wilh. von Nagel zu Ittlingen mit Exekution belegt und den Bewohnern, die in grosser Zahl auch zu Wegearbeiten und Ans besserungen sowie Verstärkungen der Stadtbefestigung herangezogen wurden, ihre Vorräte bis auf einen zweimonatlichen Bedarf weggenommen⁴⁾.

1) T.-Krgk. 1759, Bd. III, S. 29 f., 98 f., 162 f. — Die Klöster bilden heute Teile des Dorfes Milte nordwestl. von Warendorf.

2) An der Ems südwestl. von Lingen.

3) T.-Krgk. 1759, Bd. III, S. 157. — Ähnliches ereignete sich im Bistum Paderborn im Jahre 1760. Vgl. vorl. Arb. S. 110.

4) T.-Krgk. 1759, Bd. III, S. 110 f. — Osten-Reden a. a. O. Bd. I, S. 142, 145. — Huppertz a. a. O. S. 108 f.

In diesen ersten Monaten des Jahres 1758 kam verhältnismässig am glimpflichsten infolge seiner Lage noch der westfälische Teil des Erzstifts davon.

Das Herzogtum Westfalen hatte am 31. März 500 vier-spännige Wagen zum Lebensmitteltransport von Soest nach Hamm zu stellen. In kluger Weise begannen die Stände sogar mit der Lieferung von 12000 Scheffel Roggen, 12000 Scheffel Hafer (Berl. Mass) und 5000 Zentner Heu, deren Beschaffung man freiwillig angeboten hatte, und die man in 3 Terminen zu besorgen versprach. Dessen ungeachtet forderte Isenbart am 13. April für den Festungsbau in Lippstadt dasselbe, was er von Paderborn beansprucht hatte. Dem Vest Recklinghausen wurden in 2 Terminen 15000 Scheffel Hafer, 5000 Scheffel Roggen und 7000 Zentner Heu abverlangt¹⁾.

Friedrich der Grosse war mit dieser Behandlung der kurkölnischen Gebiete durchaus einverstanden. Jetzt war die Zeit gekommen, wo Clemens August „die Zeche bezahlen“²⁾ musste. Am 1. April 1758 sandte der König an Ferdinand einen Brief mit der Bitte, in die Gebiete der Kurfürsten von der Pfalz und Köln, die „im ganzen Verlaufe des gegenwärtigen Krieges eine unvernünftige und sehr übel angebrachte Leidenschaftlichkeit“ gezeigt hätten, Husaren und Dragoner abzuschicken, „um in diesen Ländern zu plündern und so diese Fürsten ein wenig für das üble Betragen zu züchtigen“³⁾. Drei Tage später empfahl er nochmals aufs angelegentlichste seine Wünsche. Wenn Ferdinand in das Bergische, Westfälische und Münstersche sowie die andern Länder der Kurfürsten von der Pfalz und Köln komme, müssten sie unbedingt für die Undankbarkeit der Fürsten durch starke Kontributionen und eine gute Anzahl Rekruten büssen⁴⁾.

Entsprechende umfassende Massnahmen Ferdinands liessen nicht lange auf sich warten. Sie stellten alles bis jetzt Erlittene

1) T.-Krgk. 1759, Bd. III, S. 44, 149, 151, 155.

2) Becker, Diss. a. a. O. S. 29.

3) Politische Correspondenz Friedrichs d. Gr. Berlin 1879 f. Bd. XVI. Friedrich am 1. April 1758 an Ferd. Nr. 9880.

4) Friedr. am 4. April 1758 an Ferd. Pol. Corr. Bd. XVI, Nr. 9893. — Tempelhoff a. a. O. Bd. II, S. 385. — Knesebeck E. v. d., Ferdinand, Herz. von Braunschweig und Lüneburg, während des 7jähr. Krieges. Hannover 1857—58, Bd. I, S. 68.

in den Schatten. Waren sie auch in erster Linie durch den allgemeinen Kriegsbranch veranlasst, in Feindesland das eigne Heer auf Kosten der Bevölkerung zu unterhalten und das Land nach Möglichkeit wirtschaftlich zu schädigen, so wird doch die dringende Aufforderung Friedrichs nicht ohne Wirkung gewesen sein. Am 6. Mai erliess Ferdinand für den Bereich der von ihm besetzten Bistümer Osnabrück, Paderborn und Münster Kontributionsforderungen, die in ihrer Höhe fast unerhört zu nennen sind¹⁾. Für das Herzogtum (Westfälisches Erzstift) erfolgten sie am 12. Juni²⁾. Sie hatten folgenden Umfang:

Art der Lieferung	Osnabrück	Paderborn	Münster	Westfalen
Portionen	562 800	586 300	2 230 100	1 115 100
Rationen	241 200	251 200	955 800	477 900
Centner Lagerstroh	21 900	22 900	86 900	43 500
Drillsäcke	838	874	3 326	1 663
Leinensäcke	1 675	1 745	6 638	3 319

Da diese Mengen unmöglich in der gewünschten Zeit geliefert werden konnten, gaben die Alliierten zugleich die entsprechende Summe in Geld an, wobei sie die Portion zu 2, die Ration zu 24, den Zentner Stroh zu 20, einen Drillsack zu 24 und einen Leinensack zu 18 Mariengroschen berechneten. Die Beträge mussten in 3 Terminen mit je $\frac{1}{3}$ der Gesamtsumme erlegt werden. Folgende Tabelle gibt eine Übersicht³⁾.

	Osnabrück	Paderborn ⁴⁾	Münster	Westfalen
	Rtlr. Mgr.	Rtlr. Mgr.	Rtlr. Mgr.	Rtlr. Mgr.
Gesamtsumme	205 629 18	214 216 10	814 908 20	407 484 30
$\frac{1}{3}$ der „	68 543 6	71 405 15 $\frac{1}{3}$	271 636 6 $\frac{2}{3}$	135 828 10
1. Termin	3. Juni	9. Juni	31. Mai	26. Juni
2. „	24. „	1. Juli	21. Juni	24. Juli
3. „	12. Juli	22. „	12. Juli	21. August

1—2) T.-Krgk. 1759, Bd. III, S. 73 f., 92 f., 122 f., 152 f. — Huppertz a. a. O., S. 110.

3) Addiert man die Gesamtsummen von Osnabrück, Paderborn und Münster, so erhält man die Summe (1 234 753 Rtlr.), die Ennen Bd. II, S. 328 als Einnahme der Alliierten aus den westfälischen Besitzungen des Kurfürsten angibt.

4) Stoffers führt in der Zeitschrift f. vat. Gesch. u. Altkd. Bd 70,

„Wie ein Aufschrei der Empörung“ ging es durch die betroffenen Gegenden. Beschwerden, Klage- und Bittschriften sandte man an alle, die irgendwie einen Einfluss auf den Gang der Dinge ausüben vermochten, sei es nun der Landesherr, Ferdinand von Braunschweig, der König von England oder eine Mittelsperson¹⁾. Ferdinand war unerbittlich. Er bestand auf seinen Ansprüchen. Man fügte sich also ins Unvermeidliche. Aber kein Territorium lieferte auch nur annähernd pünktlich die ausgeschriebenen Geldsummen. Naturallieferungen sah man schon nicht mehr gern und wurden kaum mehr angenommen. Die natürliche Folge war Beschlagnahme der Landeskassen und Exekutionen bei den reichsten und vornehmsten Einwohnern, wenn nicht gar deren Gefangennahme. So wurden z. B. in Paderborn Domdechant Wilh. Jos. Frhr. von und zu Weichs, vom weltlichen Adel Frhr. von Westfalen und als Bürgerlicher der Bürgermeister von Paderborn mit Exekution belegt. Zahlreiche Personen wurden als Geiseln weggeführt. Dem Regierungspräsidenten Domprobst Joh. Friedr. Bernh. Graf von Schaesberg gelang es, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Den Schaden dieser Exekutionen berechneten die Paderborner auf 156 000 Rthr., also mehr als das Doppelte der ersten Rate²⁾.

Auf diese Weise wurde aus den Ländern weit mehr als die vorhin angeführten Summen gezogen. So hatte der Wert der Leistungen bzw. Erpressungen im Bistum Osnabrück, das, wie gesagt, am ehesten auf Schonung hätte rechnen dürfen, An-

S. 74 ebenfalls die genannten Summen für Paderborn an, weist aber nicht auf ihren Zusammenhang mit den auf S. 73 stehenden Portionen usw. hin. Der dritte Teil von der Gesamtsumme ist nicht ganz genau, wie man leicht nachprüfen kann. Die Termine zur Hinterlegung des Geldes sind jedenfalls unzutreffend. Die Alliierten werden doch nicht Anfang und Ende 1759 (15. II. — 15. IV. — 15. IX.) verlangen, was sie im Sommer 1758 ausschreiben. Aus der in vorliegendem Aufsatz mitgeteilten Tabelle ergibt sich, dass bei Westfalen die Termine im Sommer 1758 je 4 Wochen, bei den übrigen 3 Wochen auseinanderlagen. S. 74, Zeile 20 gibt Stoffers auffallend in ganz anderem Zusammenhange den Drittel der Gesamtsumme tatsächlich als im Sommer 1758 geliefert an. Vgl. vorl. Arbeit S. 90, Anm. 5.

1) Huppertz a. a. O. S. 111.

2) T.-Krgk. 1759, Bd. III, S. 28 f.

fang August insgesamt eine Höhe von über 231 000 Rtlr. erreicht¹⁾ Dabeit stand die 2. und 3. Rate noch aus. Im Bistum Münster betrugen die Ausgaben zu gleicher Zeit insgesamt 951 701 Rtlr. 21 Schilling $10\frac{2}{3}$ Pfg.²⁾, nämlich an Naturalien 680 065 Rtlr. 11 Schill. $4\frac{2}{3}$ Pfg., in bar 271 636 Rtlr. 10 Schill. 6 Pfg. Hier war³⁾ ebenfalls die zweite und dritte Rate noch nicht bezahlt.

Der Kurfürst stand diesen Kriegsschrecken wehrlos gegenüber. Kann ihm dies auch kaum jemand zum Vorwurf machen, so doch die Art, wie er den schwer leidenden Einwohnern gegenübertrat. Leicht erkennt man, dass die Teilnahme, die er für seine Gebiete hegte und die Schritte, die er für die Linderung der Not unternahm, in erster Linie der Sorge um die Abnahme seiner Einkünfte entsprang. „Alle Kassen gehen niemanden als uns allein an“. Diese Worte wagte der Kurfürst den Ständen noch zu schreiben, als die Alliierten bereits unbestrittene Herren seiner Bistümer waren. Er war empört, wenn seine Regierungen im Drange der Not Massnahmen ohne sein Vorwissen trafen⁴⁾.

Frei von den Feinden und noch nicht im Bereiche ihrer Macht war bis Mitte Mai nur noch das rheinische Erzstift. Deshalb war aber des Kurfürsten und der Bevölkerung Lage hier um nichts besser. Die ganze Masse der Franzosen, die bisher auf das Gebiet von der Aller bis zum Rheine verteilt gewesen war, hatte sich seit Ende März auf das linke Rheinufer hinüberzuziehen begonnen und stand nun dort, über 60 000 Mann stark, von der holländischen Grenze bis Bonn⁵⁾. Schon am 4. März hatten die Franzosen den erzstiftischen Landständen einen Auftrag zur Lieferung von 670 000 Fourage-Portionen zugehen lassen. Diese beschwerten sich beim Kurfürsten und beantragten seine Verwendung für die Untertanen sowie seine Fürsprache bei den französischen Befehlshabern zur Verhinderung der häufig vorkommenden Gewalttätigkeiten⁶⁾. Als nichtsdestoweniger die frau-

1—2) T.-Krgk. 1759 Bd. III, S. 77, 145, 215. — Oertel a. a. O. Bd. III, S. 799. — Huppertz a. a. O. S. 118, Anm. 2; S. 120.

3) In einem Schreiben des kurköln. Grosskanzlers Raesfeld an den Gesandten von Rheen in Paris vom 16. Aug. 1758 wird der in Münster angerichtete Schaden ebenfalls mit 951 701 Rtlr. angegeben. Fasc. 222².

4) Huppertz a. a. O. S. 111, 113.

5) Gross. Gstb. a. a. O. Bd. VII, S. 151 f.

6) Landtagsprotokolle des Kölner Erzstifts vom Jahre 1758 (L.-Pr.).

zösische Generalintendantur in Neuss Mitte April vom Erzstift die Lieferung von Fourage und Holz für 19 Infanterieregimenter verlangt und im Weigerungsfalle mit Zwangsmassregeln drohte, überreichten sie Klemens August nochmals eine Bittschrift. Vor allem drängten die Stände darauf, es möchte sowohl ins französische Hauptquartier wie an den französischen Hof ein Gesandter geschickt werden. Am 20. April erfuhren sie, dass der Kurfürst ihrer Bitte zuvorgekommen war. Er hatte den Hofrat von Kempis ins französische Lager und den Hofrat Adam Theodor von Rheen nach Paris gehen lassen¹⁾.

III. Die erste Tätigkeit des kurkölnischen Gesandten von Rheen am Pariser Hofe. — Verstimmung in Bonn und Hineigung zu Österreich.

Mit fast unwiderstehlicher Gewalt schoben sich die Alliierten in die Gebiete des Kurfürsten und nahmen ihm den grössten Teil seiner Einkünfte; nicht weniger bedrohlich traten die Franzosen auf, da sie alle Kräfte der kurkölnischen Untertanen für ihre Heere beanspruchten, mithin ebenfalls zur Plage für Fürst und Volk wurden. Und doch konnte man nur von Frankreich, an das man sich ja gekettet hatte, Rettung aus der Not erhoffen. Vor allem galt dies für den Kurfürsten. Woher sollte er das Geld zur Bestreitung seines umfangreichen Hofhaltes nehmen, wenn seine Freunde sein Land wie seine Feinde aussaugten, wenn sie lässig Krieg führten und so der Feind im Lande blieb, wenn gar dazu noch die Subsidien aus Paris auf sich warten liessen?²⁾ All das veranlasste den Kurfürsten zur Absendung der Hofräte Kempis und Rheen, bevor die Landstände den oben angeführten Wunsch geäussert hatten.

1) L.-Pr. 1758.

2) Nach den Angaben des sogenannten „Livre rouge“ soll Clemens August im Jahre 1757 von Frankreich die beträchtliche Summe von 937 500 Livres bezogen haben; also weit mehr, als ihm vertraglich zukam. Auszug aus dem Registre des depenses de la cour connu sous le nom de livre rouge Paris 1793 in „Neues Göttingisches historisches Magazin“ von Meiners u. Spittler, Hannover 1794, Bd. III, S. 336 f.

Hofrat Adam Theodor von Rheen¹⁾ ging im Frühjahr 1758 nach Paris. Seine Berichte nach Bonn geben uns manche bemerkenswerten Aufschlüsse über die Beziehungen Kurkölns zu Frankreich während des Krieges²⁾. Am 16. April kam der Bevollmächtigte in Frankreichs Hauptstadt an. Seine Aufgabe war, wie seine Instruktion zeigt³⁾, ebenso umfangreich wie schwierig. Gleich im zweiten Punkt — der erste schreibt ihm vor, sich über die Absichten des französischen Hofes auf dem Laufenden zu halten — wird ihm zur Pflicht gemacht, auf die pünktliche Bezahlung der Subsiedienbeträge zu drängen, jedoch wegen der Münzsorten und der Umwechslung vorsichtig zu sein. Die weiteren fünf Punkte handeln von den Beziehungen der französischen Armee zu Kurköln: es müsse eine Bezahlung der durch die Bistümer Münster, Paderborn und Osnabrück geleisteten Dienste in bar beantragt und erreicht werden; auf hannoverschem und braunschweigischem Gebiet könne sich das französische Heer schadlos halten. Zum Schluss wird dem Gesandten befohlen, „bei nächstkünftigem Friedensschluss“ auf Indemnisationen für den Kurfürsten hinzuwirken; über die „höchstihro auf ein und andere Örter deren Churbrandenburgischen und Hannoverschen Landen habende gerechteste Pretension“ würde ihm „bei ruigeren Zeiten die ausführliche Nachricht zugehen“. Ein beigefügtes Schreiben trägt Rheen noch auf, die Unfähigkeit des Kurfürsten zu betonen, weiterhin seine Reichstruppen zu unterhalten, wie es schon nach Wien gemeldet sei, sowie „für etwaige mittel und, wodurch besagte fernere Unterhaltung füglich geschehen könnte“, tätig zu sein. Über die Schwierigkeit sich dieser Hauptaufträge zu entledigen, schrieb Rheen, als er kaum acht Tage in Paris war⁴⁾, man habe ihm bedeutet: der Mangel an Bargeld mache seine Sendung nicht nur „difficile“, sondern sogar „odieuse“.

Um die volle Bedeutung dieser Worte zu ermessen, ist es angebracht, in einigen Strichen zu zeigen, dass Kurköln sich an

1) Er unterschreibt nach französischem Geschmack seine Berichte „de Réen.“ vergl. vorlieg. Aufsatz S. 44, Anm. 2.

2) Vergl. vorl. Aufsatz S. 1 ff.

3) Instruktion Rheens vom 8. April 1758. K.-K. a. a. O. Fasc. 222¹.

4) Rheen am 22. April nach Bonn. Die Worte teilt er als Äusserung der französischen Financiers Paris du Montmartel und seines Bruders Duvernay mit. Fasc. 222¹.

einen Staat gebunden hatte, der mit Riesenschritten seinem wirtschaftlichen Untergang entgegeneilte. Es kann sich an dieser Stelle allerdings nicht darum handeln, ein genaues Bild der französischen Zustände zu geben. Es soll nur angedeutet werden, wie der kurkölnische Gesandte die Verhältnisse, die er vorfand, auffasste und dem Bonner Hofe schilderte.

Ausschlaggebender Faktor der französischen Politik war damals nicht mehr wie unter dem „Roi Soleil“ der König und sein Ministerium. Den König Ludwig XV. kennzeichnet Rheen mit den Worten¹⁾: „wollte Gott, dass dieser liebeichste Fürst das höchst ärgerliche Leib und Seel verderbende Luder-Leben²⁾ gänzlich verlassen könnte. Ohne dieses und die Jagdt zu Pferd ist er melancholisch und fällt ihm die Zeit lang. Er ist (!) und trinkt stark. Die Champagnerweine und Liqueure schmecken ihm am besten“. Dass eine solche Persönlichkeit — wie bekannt — unter den vollständigen Einfluss der Madame de Pompadour, seiner Maitresse, geraten konnte, ist verständlich. Sie war die Seele der hohen Politik und „dem wienerisch Hof mit Leib und Seel wegen kostbaren von der Kaiserin empfangenen Juwelen (welche auch ihr öfters schreibt) zugetan“³⁾. Täglich besuchten die Minister sie, „um Sie von allen wichtigen Vorfällen genau zu benachrichtigen“⁴⁾. Rheen nennt sie meist „die bewusste herrschende Frau“ oder „la dame en question“.

Über die am Hofe herrschende Günstlingswirtschaft von Unehrlichkeit und Habsucht meldet er: „Sr. Majestät werden erschrecklich bedrogen und bestohlen“ von Kommissaren, Entrepreneuren und Lieferanten am Hofe und bei der Armee⁵⁾. Wie

1) Rheen am 31. Mai 1759 nach Bonn; Fasc. 222³.

2) Der Ausdruck findet seine besondere Erklärung im ersten Teile des Briefes. Er kann wegbleiben, da er hier in seinen Einzelheiten über sinnliche Ausschweifungen des Königs zwecklos ist.

3) Rheen am 25. Dez. 1758 nach Bonn; Fasc. 222².

4) „ „ 17. Jan. 1759 „ „ „ 222³.

Am 1. Febr. 1759 schreibt Rheen von der Pompadour: „Sie ligt anjetzo krank an die rote Masern, welche oft nach sich ziehen die Rinderblattern. Diese Unpässlichkeit ist ein grosses Geheimnis und wird ausgegeben für einen neuen Schnupfen,“ weil sie sonst vom Hofe weg in ihr Haus müsse. Fasc. 222³.

5) Rheen am 21. Jan. 1759 nach Bonn; Fasc. 222³.

in unbeschreiblicher Verschwendung die Fonds und Zuflüsse der Schatzkammer auf eine „nicht zu sagen dörfende weise distrahiert“¹⁾ wurden, verriet er am 15. Februar 1759²⁾. Demnach beliefen sich die Ausgaben des Staates für

Hofstaat und Plaisirs	auf 300 Mill. Livres
Subsidien (eingeschränkte Zahlungen) „	82 „ „
Pensionen	200 „ „
Minister und Enissäre	6 „ „

Im Jahre 1758 seien 1200 Millionen Livres ausgegeben worden. Was hatten diesen Summen gegenüber neue Einnahmen von etwa 80 Millionen Livres zu sagen, die Rheen erwähnte³⁾, um dem Kurfürsten Hoffnung auf Zahlungen zu machen. Bei dieser Misswirtschaft durfte Rheen mit Recht melden: „Es geht hier doll und verwirret zu“⁴⁾, und „das hiesige Ministerium weiss endlich nicht mehr, wo Ihnen der Kopf steht. Guter Rat wird recht teuer wegen Abgang des Credits bei so fatalen als verwirrten Umständen“⁵⁾. Das Schreiben schliesst: „Diese Herren seind und bleiben nichtsdestoweniger sehr stolz, wollen durch ihre vermeintliche gute haltende Contentenz ihre grosse Verlegenheit dem Publico bergen“⁵⁾.

Die Untertanen empfanden jedoch längst am eigenen Leibe, welche Verhältnisse im Staate herrschten. „Das Volk klagt und seufzt, da es weiss, dass neue Steuern der verschiedensten Art“ in Aussicht stehen⁶⁾. Handel und Gewerbe lagen schwer darnieder. Die unerhörten Lasten, die Hof und Krieg zu tragen zwangen, liessen den Kaufmann an jeder aussichtsreichen Tätigkeit verzweifeln. Der König verlangte „viel Geld“, ohne dass das Volk „durch den Handel, sein Gewerbe und seine gewöhnliche Arbeit es beschaffen konnte“⁷⁾. So kam es, dass „aus Mangel an Handel und Kredit die Aktien täglich mehr und mehr“ fielen. Die grossen Banken waren für die Anleihen des Königs

- 1) Rheen am 4. Juli 1758 nach Bonn; Fasc. 222¹.
- 2) „ „ 15. Febr. 1759 „ „ „ 222³.
- 3) „ „ 14. Aug. 1758 „ „ „ 222¹.
- 4) „ „ 14. Dez. 1759 „ „ „ 222⁴.
- 5) „ „ 30. Sept. 1759 „ „ „ 222³.
- 6) „ „ 4. Juli 1758 „ „ „ 222¹.
- 7) „ „ 20. Febr. 1760 „ „ „ 222
- 7) „ „ 9. März 1760 „ „ „ 222

geschlossen¹⁾. Da zudem Ludwig XV. alle Staatskassen ihre Zahlungen einstellen liess, waren die natürlichen Folgen, „entsetzlichste Unordnung, Bankrotts und Betrügereien“²⁾.

Nach Frieden sehnte sich ganz Frankreich; es war „die Stimme des Volkes, die leidenschaftlich den Frieden“ wünschte³⁾. Wie nötig er für das schwer um seine Existenz ringende Land war, sagte Rheen Ende 1759 mit den Worten: würden nicht einwandfreie Rettungsmittel angewandt und würde nicht durch eine glückliche Kriegführung im nächsten Jahre ein guter Friede erzielt, „so gehet gewis zugrunde diese monarchey in gegenwärtigem Krieg“⁴⁾.

Ob nun wohl der Friede Frankreich vor dem Untergange gerettet hätte? Nagte nicht ein schlimmerer Feind, von der Philosophie der Aufklärung genährt, am Mark des Volkes; bestand nicht überall eine unbeschreibliche Glaubens-, Zucht- und Sittenlosigkeit in sämtlichen Ständen? Nur die ärmsten unter den Gedrückten suchten teilweise vorläufig noch in ihrem Glauben Halt, bis auch sie namenlose Wut und Erbitterung über ihr endloses Elend zum ärgsten trieb.

Als der Erzbischof von Paris, Christoph von Beaumont auf den Wunsch des Königs durch ein Rundschreiben vom 29. Mai 1760 öffentliche Gebete anordnete⁵⁾, um für die französischen Waffen den Sieg zu erleben, schrieb Rheen darüber nach Bonn⁶⁾: „Aber ach! Man sieht nur die Bürger, die armen Handwerker und die Bauern in Menge zu den Tempeln des Herrn des Himmels und der Erde eilen, um sich in Demut vor der göttlichen Majestät verborgen im heiligen Altarssakrament niederzuwerfen, und um sein Erbarmen und seinen Segen anzuflehen; denn die Mehrzahl

1) Rheen am 17. Juni 1758 nach Bonn; Fasc. 222¹.

2) „ „ 14. Okt. 1759 „ „ „ 222⁴.

3) „ „ 28. Okt. 1759 „ „ „ 222⁴.

In dem Briefe schrieb der Gesandte: „Le roi vient de suspendre tous les paiements des lettres de Change et des rescriptions des Colonies. Les caisses des annuités des capitaux et intérêts, celle de l'intérêt des billets de la lotterie roiale et celle des fermiers généraux sont fermées.“

4) Rheen am 9. März 1760 nach Bonn; Fasc. 222⁵.

5) „ „ 21. Nov. 1759 „ „ „ 222⁴.

6) T. Krgk. 1760, Bd. II, S. 16 f.

7) Rheen am 5. Juni 1760 nach Bonn; Fasc. 222⁵.

der gemächlich von ihren Renten Lebenden denken nur daran, ihr Leben in einem Tausel von weltlichen Vergnügungen und Freuden aller Art zuzubringen und zu beenden. Diese denken nur oberflächlich an Gott, wenn der Tod kommt und sie weg- rafft. Er ruft sie oft ab, ohne dass der göttliche Heiland, dem zu dienen sie vergessen haben, ihnen die Gnade gewährt, voll- ständig zur Selbsterkenntnis zu kommen und in dem Augenblick zu beichten, da er sie vor seinen Richterstuhl ruft“. Dass all diese Zustände ein Ende mit Schrecken vorbereiteten, hatte Rheen schon nach zweimonatlichem Aufenthalt in Paris erkannt. Er sagt damals: „Fürwahr, weilen dahier besonders bey gross und reich Leuthen fast keine spuhr dess wahren catholisch glaubens mehr anzutreffen ist, so ist zu befürchten, dass Gott habe seinen fluch ausgegossen auf dieses zum untergang und Verderben sich neigendes Königreich“¹⁾.

Das waren die Verhältnisse des Reiches, auf das Klemens August seine ganze Hoffnung gesetzt hatte.

Den kurkölnischen Gesandten hatte der Vertreter Bayerns am französischen Hofe²⁾, Max. Emmanuel Graf van Eyck, bei Hofe eingeführt. Dabei überreichte Rheen dem französischen Minister des Auswärtigen, Abbé Bernis, sein Beglaubigungsschreiben für den König. Ihm und seiner Familie wurde der Gesandte am 25. April vorgestellt. Bei dieser Gelegenheit gelang es diesem, mit Bernis über die üble Lage des „zahlreichen“ Bonner Hofes zu sprechen. Der französische Minister, der seit der Schlacht bei Rossbach unablässig bemüht war, Frankreich der Teilnahme des für das Land gefährlichen Krieges zu entziehen, machte wahr- scheinlich aus dem Gedankenkreise seiner eifrigen Friedensbestre- bungen heraus³⁾ jenem damit Hoffnung: „dass man in der Folge

1) Rheen am 24. Juni 1758 nach Bonn; Fasc. 222¹.

1) Bitterauf Th., a. a. O. S. 19, 26, 28, 36.

2) In seinen Memoiren (*Mémoires et lettres du Cardinal Bernis*. Paris 1878. Bd. II, S. 44) schreibt Bernis, nachdem er die ungünstige Lage auf den Kriegsschauplätzen Ende 1757 und die der Finanzen berührt hat: *dans cet état il y aurait de la folie à continuer une guerre ruineuse.*“ Am 6. Jan. 1758 schreibt er dem frz. Gesandten Stainville nach Wien: *„Mon avis serait donc de faire la paix et de commencer par une trêve sur terre et sur mer“* (II, 161). Diese Friedensbestrebungen nahm er im April 1758 beim Vordringen Ferdinands von neuem auf.

Sr. kurfürstlichen Durchlauch Entschädigungen und Kompensationen für die entstandenen Nachteile und Schäden sowie für die Nebenkosten verschaffen könne“. Man sei ja mit dem Kurfürsten zufrieden und nur ungehalten über gewisse Kavaliers — es waren vornehmlich westfälische gemeint — die mit Hannover und Brandenburg konspirierten¹⁾. Über diese ersten Berichte war Klemens August wenig erbaut. Er wünschte nicht, dass sein Gesandter weiterhin van Eyck in Anspruch nahm, und wies ihn an, dem bisherigen französischen Gesandten in Bonn, Monteuil, der damals in Paris war²⁾, recht höflich zu begegnen. Auch gefiel es ihm nicht, wie Rheen den Bonner Hof geschildert hatte; es hatte einen zu ärmlichen Eindruck gemacht. Vor allem aber seien die Namen der verdächtigten Kavaliers bzw. Landstände zu erkunden und mitzuteilen³⁾. Der französische Kriegsminister Belleisle jedoch, an den sich Rheen deshalb wandte, weigerte sich, dies zu tun⁴⁾.

Endlich am 9. Mai konnte Rheen nach Bonn eine Nachricht gehen lassen, die für seinen Hof an Wichtigkeit alles andere in den Schatten stellte. Ein Kurier, so lautete die Mitteilung, sei abgeschickt, um dem Kurfürsten durch den französischen Inten-

Am 22. April berichtet Rheen nach Bonn: „L'arrivée de Monsieur l'Abbé le Maire intrigue tous les ministres Etrangers, qui le supposent venu pour proposer à sa cour une Trêve acceptable avec les Hannoveriens. temps docebit.“ Fasc. 222¹. — Schaefer a. a. O. Bd II¹, S. 21, 211.

1) Rheen am 26. April 1758 nach Bonn; Fasc. 222¹.

2) Monteuil war am 27. Jan. 1758 nach Paris gereist (Gaz. v. 27. Jan. Köln, 27. Jan.). Als Ersatz wollte man von dort aus im Sommer einen gewissen Graf von Corsac schicken, den der Kurfürst aber ablehnen liess (Raesfeld am 17. Juni an Rheen; Fasc. 222¹). Darauf wurde am 25. Juni Baron de Breteuil zum Nachfolger Monteuids, der nach Warschau an den polnisch-sächsischen Hof ging, ernannt (Rheen am 21. u. 26. Juni nach Bonn; Fasc. 222¹). Er kam am 23. August in Bonn an (Gaz vom 29. Aug. Bonn, 27. Aug.).

3) Raesfeld am 4. Mai 1758 an Rheen; Fasc. 222¹.

4) Rheen am 17. Mai 1758 nach Bonn; Fasc. 222¹. — Mit Belleisle sprach Rheen auch über den Wunsch seines Herrn, es möchte das frz. Lazarett und das Pesthaus nicht dem Antrag des stadtkölnischen Rats entsprechend aus der Stadt ins Erzstift verlegt werden (Raesf. am 4. Mai an Rheen). Belleisle neigte aber der Ansicht der Stadt Köln z. A., überliess jedoch die Entscheidung darüber dem frz. Marschall Broglie (Rheen am 17. Mai nach Bonn). Vermutlich ist der Antrag des Kölner Stadtrats nicht durchgedrungen.

danten de Gayot 800 000 Livres¹⁾ auszahlen zu lassen. Zugleich bemerkte Rheen, er habe Madame la Maréchale de Mirepoix²⁾, die Freundin der Pompadour, der er bereits mehrfach seine Aufwartung gemacht hatte, gebeten, sich bei dieser für ihn zu verwenden³⁾. Gross war indes das Erstaunen in Bonn, als der Intendant, für den Rheen einen Zahlungsbefehl von 800 000 L. erwirken sollte⁴⁾, unter keinen Umständen mehr als 100 000 L. hergeben wollte. Man musste sich endlich damit begnügen. Dem Gesandten hatte man in Paris auf seine Vorstellung erwidert, man würde „successive“ die Millionen abtragen⁵⁾. Dem Kurfürsten war damit wenig gedient, da seine Einnahmen infolge des Vormarsches der Alliierten langsam zu versiegen begannen. Rheen schilderte eingehend in einem Bericht an den Kriegsminister Belleisle die Lage der kurfürstlichen Lande und teilte ihm die ungeheuren Forderungen Ferdinands vom 6. Mai bzw. 12. Juni mit⁶⁾. In Bonn empfahl er ein kurfürstliches Handschreiben an Georg II., in dem mit dem Hinweis, es ständen keine kurfürstlichen Truppen gegen Hannover zu Felde⁷⁾, Schonung von Land und Leuten beantragt würde⁸⁾. Der Kurfürst befolgte den Rat, erhielt jedoch als Antwort nur „dunkle, zweideutig und boshafte, wiewohl glimpfliche Vorwürfe“⁹⁾. Nach der Lage der Dinge

1) Möglicherweise sind diese 800 000 Livres der von Huppertz a. a. O. S. 100 Anm. 2 erwähnte Tresor von 800 000 L.

2) Sie war die Gattin des Ende Okt. 1757 verstorbenen Marschalls Mirepoix (Duc de Luynes, *Mémoires sur la cour de Louis XV.* Paris 1864 Bd. XVI, S. 194). Luynes sagt in Bd. XVI, S. 302: „Il est dit que Mme de Mirepoix avoit beaucoup contribué à la fortune rapide de son mari. Toutes ces graces elle les doit à Mme de Pompadour, avec qui elle s' étoit liée de l'amitié la plus intime.“

3) Rheen nach Bonn am 9. Mai 1758; Fasc. 222¹.

4) Raesfeld am 15. Mai 1758 an Rheen; Fasc. 222¹. — Die Auszahlung erfolgte Ende Mai. Es war also um die Zeit, da de Gagot durch Duvernay ersetzt wurde. Waddington, a. a. O. Bd. II, S. 64 f.

5) Rheen am 27. Mai 1758 nach Bonn; Fasc. 222¹. Wenn hier von Millionen gesprochen wird, so sind gewiss auch die der franz. Armee geleisteten Dienste und Lieferungen gemeint.

6) Rheen am 19. Juni nach Bonn; Fasc. 222¹. — Vergl. vorl. Arb S. 67.

7) Auch ein Beweis für die S. 44 ff. in vorl. Arbeit verfochtene Ansicht.

8) Rheen am 25. Mai 1758 nach Bonn; Fasc. 222¹.

9) Diese Kritik übte Rheen an der ihm von Raesfeld mitgeteilten

hätte er kaum eine andere erwarten können. Eben erst hatte der glänzende Vormarsch Ferdinands bis auf das linke Rheinufer durch den Sieg bei Krefeld seinen Höhepunkt erreicht. Friedrich der Grosse feierte in einer begeisterten Ode¹⁾ den glücklichen Verlauf der Ereignisse und riet, wie bekannt, in grimmigem Scherz, den Franzosen die Anfangsbuchstaben des Westfälischen Friedens auf den Rücken einzubrennen²⁾. Doch nicht nur die Antwort des englischen Königs, auch die französischen Finanzen zeigten die Wirkungen dieses Sieges. Hatte Rheen noch am 17. Juni gehofft, dass „der erloschene Kredit des Königs“ durch siegreiche Schlachten wieder belebt werde³⁾, so musste er jetzt melden, die Niederlage würde die vom Kurfürsten ersehten Zahlungen noch mehr hinausschieben⁴⁾. Der üble Eindruck dieser Nachricht in Bonn wurde noch verstärkt durch die beginnende rücksichtslose Ausbeutung der kurfürstlichen Gebiete seitens der Franzosen. Es begann sich am Kurkölnener Hofe ein Stimmungswechsel geltend zu machen, der durch die Verleihung des „Privilège du papier timbré“⁵⁾, das Klemens August auf Verwendung des französischen Gesandten zu Wien, Stainville, vom Kaiser Ende Juli verliehen worden war, eher gefördert als gehemmt wurde. Das Privileg selbst war von recht zweifelhaftem Werte. Während der Kurfürst sich in Paris darüber beklagte, dass man die Lieferungen seiner Untertanen mit sog. „reçus“, wertlosen Empfangsbescheinigungen, bezahlte⁶⁾, wollte er jetzt durch ähnliche Massnahmen seine gesunkenen Einkünfte aufbessern. Die beginnende wirkliche Hinneigung des Kurfürsten zu Österreich erregte bei der französischen Diplomatie, deren Politik mit Rücksicht auf die Verhältnisse zum Reich trotz des Bündnisses in

Antwort des Königs Georg II. aus Kensington vom 27. Juni 1758. Rheen am 23. Juli 1758 nach Bonn; Fasc. 222¹⁾.

1) Oeuvres de Frédéric le Grand. Berlin 1846 f. Bd. XII, S. 8 f.

2) Knesebeck a. a. O. Bd. I, S. 63.

3) Rheen am 17. Juni 1758 nach Bonn; Fasc. 222¹⁾.

4) „ „ 28. „ 1758 „ „ „ 222¹⁾.

5) Rheen gibt den Ausdruck im Deutschen mit „Privileg des Stempel-Papiers“ wieder. Er berichtet über die Angelegenheit am 28. u. 29. Juni und meldet am 2. Aug. die Verleihung. Fasc. 222¹⁾.

6) Zahlreiche Briefe Raesfeld an Rheen im Monat August 1758. Fasc. 222²⁾.

einem fortwährenden Gegensatz zu der Österreichs stand¹⁾, grösstes Unbehagen und bei dem kurkölnischen Gesandten unwillige Verwunderung. Dieser hatte noch am 19. September von Paris aus, wo sich damals der Ministerwechsel Bernis Choiseul vorbereitete, folgenden beachtenswerten Brief nach Bonn gesandt²⁾. Er lautete:

„Es ist mir zur Förderung des wirklichen Vorteils für Ew. kurfürstliche Durchlaucht äusserst erwünscht, wenn erwähnter Kardinal [Bernis] immer den Beratungen mit Sr. Majestät beiwohnt und mit dem Herzog von Choiseul, alias Marquis de Stainville, arbeitet; denn wenn er alles genannten Herzog machen lässt, befürchte ich, Monseigneur, man möchte beim Friedensschluss die Behandlung Ew. kurfürstlichen Durchlaucht, so einrichten, wie es dem Wiener Hof gefallen wird, sie vorzuschreiben und weniger vorteilhaft festzusetzen. Kaiser und Kaiserin gedenken nichts zu tun, was den Einfluss der Kurfürsten und geistlichen Fürsten vergrössern und sie mächtiger machen könnte, als sie schon sind, folglich die Lage Ew. kurfürstlichen Durchlaucht verbessern könnte, indem man den Kurfürsten von Hannover und Brandenburg (ausser der Bezahlung dessen, was seine Untertanen den Truppen der beiden Fürsten und ihren Verbündeten in natura und in Geld haben liefern müssen) zur Entschädigung und Genugtuung für die erlittenen Verluste, Schäden und Nachteile irgend ein ertragreiches Lehen oder Besitztum wegnähme, zumal dem Kurfürsten von Brandenburg einige der schönen Balleien, die dem Deutschorden durch seine Vorgänger entrissen und geraubt worden sind, und deren Zurtückerstattung ich bei Gelegenheit für den Deutschorden beantragen werde, obsehon man nicht gern davon sprechen hört³⁾. Man wird sehen, wie der Kaiser für sich und seine Nachkommen Lehen des kurfürstlichen Hauses Brandenburg sichert, sobald man den König von Preussen vernichtet hat. Es wird indessen noch viel Blut vergossen werden müssen, bevor man

1) Stühr a. a. O. Bd. II, S. 289.

2) Rheen am 19. Sept. 1758 nach Bonn. Fasc. 222².

3) Es handelte sich um Gebiete Preussens, Livlands. Kurlands und Semigalliens, auf die der Kurfürst Clemens August in seiner Eigenschaft als Deutschordensmeister Anspruch erhob. Sein Gesandter in Regensburg brachte Mitte Juli 1760 einen dahin lautenden Antrag beim Reichstag ein. Faber a. a. O. Neue Folge 2. Teil S. 73; 5. Teil S. 219.

dieses Ziel erreichen kann. Auch werden die französischen Heere zu diesem Zwecke im nächsten Feldzuge gut operieren müssen“.

Scharf stellt Rheen in diesen Zeilen den Standpunkt Österreichs und Frankreichs wegen Gebietserweiterungen der geistlichen Kurfürsten gegenüber. Er will offenbar damit zeigen, dass Kurköln unbedingt an die Seite Frankreichs gehöre, unterlässt es aber nicht, seinen Argwohn gegen den österreichisch gesinnten Choiseul und seinen wachsenden Einfluss zu äussern. Und nun wollte sein Herr sogar ganz zur Partei Österreichs übergehen! In Paris deutete man Rheen an, „überrascht zu sein, dass Sr. kurfürstlichen Durchlaucht sich zu dem Schritt verstanden habe, die Verwendung der Dienste des Wiener Hofes neben den Ibrigen zu suchen“¹⁾. Dieser bemühte sich eifrig, Verstimmungen in Paris zu beseitigen, muss aber anscheinend von Bonn aus nicht so unterrichtet worden sein, um mit Erfolg arbeiten zu können. Schon Ende April 1758 hatte er den Kurfürsten um grösseres Vertrauen gebeten, weil ihm nichts von dem zum Reichskontingent gesandten Rekrutentransport²⁾ mitgeteilt worden sei³⁾. Diesmal wissen die Berichte Rheens nichts von Verhandlungen, die damals im Herbst 1758 zwischen Kurköln und Österreich über eine Militärkonvention schwebten. In ihnen wird ein wichtiger Anlass für die Hinneigung des Kurfürsten zu Österreich zu suchen sein.

Aus zwei Klemens August unterstehenden Bistümern, Osnabrück und Hildesheim, waren zum Reichsheere keine Truppen gesandt worden. Der Kaiser drängte nun damals jenen nicht auf Einhaltung dieser reichsrechtlichen Verpflichtungen. Er suchte ihn vielmehr zu veranlassen, die Aufstellung der Truppen für die säumigen westfälischen Stände selbst in die Hand zu nehmen und die Kosten, wie dies die Reichsverfassung zulies, jenen einfach aufzuerlegen. Weiterhin war es ein sehnlicher Wunsch des Kaisers, das kurkölnische Kontingent über die matrielmässige Stärke hinaus verstärkt zu sehen⁴⁾. Über beide Punkte fanden nun bis Ende 1758 zwischen dem Grosskanzler Raesfeld und dem Vertreter des Kaisers zu Frankfurt, Graf von Pergen — an ihn

1) Rheen am 19. Okt. 1758 nach Bonn; Fasc. 222².

2) Becker a. a. O. Annalen, Heft 91, S. 76.

3) Rheen am 26. April 1758 nach Bonn; Fasc. 222¹.

4) Schreiben vom 22. Aug. 1758; Fasc. 199.

hatte man von Wien aus jenen gewiesen – Verhandlungen statt, die sich schwierig gestalteten. Man schickte sich gegenseitig Vertragsentwürfe zu, ohne sich einigen zu können. So ging ein am 4. Oktober von Pergen gesandter Entwurf am 10. Oktober geändert nach Frankfurt zurück¹⁾. Demnach war Klemens Aufstellung von 1433³/₄ Mann Infanterie in 1 Regiment zu 3 Bataillonen und 285 Mann Kavallerie in 2 Eskadronen für die säumigen westfälischen Stände bereit. Dafür sollten diese aber „durch hinlängliche Exekutionsmittel“ das Geld für 3 Monate im voraus beibringen. Im zweiten Teile des Entwurfs verpflichtete sich der Kurfürst, seine Truppen auf 4800 Mann zu Fuss und 1200 Mann zu Pferd zu erhöhen, wenn der Kaiser zwei Drittel der Unkosten trage. Doch auch diese Bereitwilligkeit hatte ein „Aber“. Überall und so auch hier, wo es für den Kurfürsten galt, Verpflichtungen einzugehen, finden sich einschränkende Wendungen wie: „soweit sich die Möglichkeit dazu vorfinden wird“.

Ennen²⁾ und Huppertz³⁾ berichten beide über diese Verhandlungen. Jener ist indes im Irrtum, wenn er annimmt, der Kurfürst habe „sein Kontingent“ nicht zur Reichsarmee geschickt⁴⁾, betrachtet aber mit Recht, wie sich zeigen wird, eine Verpflichtung zur Stellung von Truppen und damit die Militärkonvention als bestehend an. Dies bestreitet nun Huppertz mit den Worten: „um schliesslich von beiden Seiten aufgegeben zu werden“, zumal sie „im Widerspruch zu seinen geäusserten friedfertigen Absichten“ gestanden habe. Ohne diese Friedfertigkeit im geringsten be-

1) Fasc. 199.

2) Clem. August „weigerte sich sein Kontingent zur Reichsarmee zu stellen. Mit 4800 Mann war er noch im Rückstande und der Kaiser wollte ihm alle Ansprüche an die kleinen Fürsten des westfälischen Kreises, die noch 1500 Fusssoldaten und 200 Reiter an die Reichsarmee zu liefern hatten, abtreten, wenn er ungesäumt seiner Reichspflicht nachkommen werde.“ Ennen a. a. O. Bd. II, S. 334.

3) „Bereits am 10. Okt. 1788 (!) kam es zu einem förmlichen Entwurf einer Militärkonvention, in welcher der Kurfürst 4800 Infanteristen und 1200 Reiter stellte, wenn der Kaiser zwei Drittel der Kosten übernahm Im November aber wurde diese Konvention schon wieder abgeändert, um schliesslich von beiden Seiten aufgegeben zu werden.“ Huppertz a. a. O. S. 105 Anm. 4.

4) Becker a. a. O. Annalen Heft 91, S. 63 ff.

zweifeln zu wollen¹⁾, wird man doch mit Ennen²⁾ an dem vollzogenen Abschluss einer Militärkonvention festhalten müssen. Noch im August 1759 erkundigte sich Graf Pergen in ungehaltenem Tone, wie es mit der Stellung der Kontingente für die saumseligen westfälischen Stände sei, da „sich annoch keine Wirkung zeigt“³⁾. Und 3 Monate später schreibt derselbe: Der Kaiser wolle in Beherzigung der Unterredung — es hatte eine solche zwischen Raesfeld und Pergen in Spa stattgefunden — nicht „Ihro Churfürstliche Durchlaucht mit dem wirklichen Vollzug sothaner Convention beschwehren“, doch müssten die Kontingente der westfälischen Stände „executive“ beigebracht werden⁴⁾.

Welcher Art die beherzigenswerten Worte Raesfelds gewesen waren, lässt sich leicht erraten. Die traurige Lage des Kurfürsten und seiner Lande erlaubte es nicht, den Verbindlichkeiten nachzukommen. Doch, und damit kommt man der Erklärung für die bei der Kriegsscheu des Kurfürsten auffälligen Verträge näher, hatte dieser denn überhaupt die Absicht, ja die Möglichkeit seinem Versprechen nachzukommen? Es kann dies mit Recht stark in Frage gestellt werden. Bei der Übernahme der Verpflichtung waren die Militärverhältnisse und die allgemeine Lage Kurkölns so, dass sie unmöglich eine Gewähr für entsprechende Durchführung boten. Nicht um die Stellung von Truppen, sondern um die Erlangung von Geld war es Klemens August zu tun. Eben deshalb forderte er in dem erwähnten Vertragsentwurf Geld für drei Monate im voraus und fügte seinen Verpflichtungen immer

1) Wenn der Kurfürst dem münsterschen Landtag auf seine Bitte, die münst. Miliz wieder von Bonn nach Münster gehen zu lassen, am 1. April 1758 erwiderte, er habe nie die Absicht gehabt, seine Truppen zu den königl.-franz. stossen zu lassen, vielmehr seien sie für seine Residenz nötig, so ist dem m. Er. unbedingt Glauben zu schenken (vergl. auch vorl. Arb. S. 44ff.) und darin keine Ausrede zu sehen, die „den wahren Zweck“ dieser Truppenentfernung verhüllen sollte (Huppertz a. a. O. S. 105 Anm. 3). Damals war es um die Zahl kurköln. Truppen in Bonn schlecht bestellt. Man denke an den Rekrutentransport zur Reichsarmee (Vorl. Arb. S. 80). Es handelt sich also nicht um eine aufkeimende Kriegslust.

2) Ennens Mitteilung Bd. II, S. 334 stützt sich auf Arch. du min. des aff. étrang. zu Paris. Col. reg. 96.

3) Pergen am 1. Aug. 1759 aus Spa nach Bonn; Fasc. 199.

4) Pergen am 14. Okt. 1759 aus Frankf. nach Bonn; Fasc. 199.

einen abschwächenden Zusatz hinzu. Wenn er sein Ziel nicht erreichte, so lag das vor allem an der vorsichtigen österreichischen Diplomatie, die sich in richtiger Einschätzung des Bonner Hofes niemals zu Geldzahlungen herbeigelassen hätte, ohne eine sichere Gewähr für entsprechende Gegenleistungen in Händen zu haben.

Rheen, der kurkölnische Gesandte in Paris, war von diesen Beziehungen zu Österreich seinen Briefen nach nicht unterrichtet. Trotzdem bemühte er sich, wie erwähnt, das rätselhafte Verhalten seines Herrn zu entschuldigen. Auch Frankreich, das wohl tiefer als Rheen sah, glaubte dem Kurfürsten Beweise seines Wohlwollens geben zu müssen und fand, da dieser in Wien eben nichts erreicht hatte, bald wieder Gegenliebe. Als Klemens August Mitte Oktober Ludwig XV. bat, seine Untertanen durch Quartierlasten nicht in Verzweiflung, zur Auswanderung und zum Hungertod zu treiben, liess dieser in Bonn ein Handschreiben überreichen, in dem die Erfüllung aller Wünsche und die entsprechende Instruktion des Oberkommandierenden Contades versprochen wurde. Der französische Gesandte Breteuil unterstützte in Bonn dieses königliche Eingreifen lebhaft und war vor allem bemüht, unter Betonung des religiösen Moments Versuche der englisch-preussischen Partei, die günstige Gelegenheit zur Gewinnung des Kurfürsten zu nutzen, zu vereiteln¹⁾. Als nun nach Constades am 8. Dezember in Brühl unter Schmeicheleien und Versprechungen seine Aufwartung machte und Klemens August ein wirksames Zugeständnis an seine Eitelkeit gemacht wurde²⁾, waren die letzten Wölkchen einer Verstimmung verschwunden. Ferdinand, der in Bonn die Neutralität anbot, falls man den Franzosen den Aufenthalt im Kurstaat während des Winters verweigere, wurde abgewiesen. Was indes von der Sinnesänderung der Franzosen zu halten war,

1) Ennen a. a. O. Bd. II, S. 333f. Die Möglichkeit eines Erfolges der engl.-preuss. Partei ist nicht zu stark zu unterstreichen. Diese nie ganz aussetzenden Bemühungen der Gegner werden damals höchstens nachhaltiger als sonst gewesen sein. Ein „völliger Übertritt“ (Siehe Ennen) lag aber ganz ausser dem Bereiche der Möglichkeit – man denke an die Militärkonvention. Praktisch wäre der Anschluss an England-Preussen nur ein ohnmächtiger, wirkungsloser Protest gegen die Vergewaltigung der kurf. Lande gewesen.

2) Dem Kurfürsten wurden die militärischen Ehren eines Prinzen von königlichem Geblüt erwiesen. Ennen a. a. O. Bd. II, S. 336.

lässt ein Brief des Kriegsministers Belleisle an Contades vom 7. Dezember erkennen¹⁾. Es war die Antwort auf ein Schreiben des französischen Generalissimus, man könne während des Winters in den besetzten Gebieten von Lüttich, der Pfalz und Köln dem Bürger kein Bett gönnen, bevor die Soldaten untergebracht seien. Belleisle entgegnete, man habe den richtigen Ton angeschlagen. Dieser sei im Umgang mit den Deutschen nötig, und Constades werde gut tun, „sich dessen im Verkehr mit den Regierungen des Kölner Kurfürsten und noch mehr des Pfälzers zu bedienen“²⁾.

IV. Kurköln von Mitte 1758 bis Ende 1759.

Wie schon erwähnt, war das rheinische Erzstift bis um die Mitte des Jahres 1758 noch nicht vom Feinde betreten worden³⁾. Als Ferdinand von Braunschweig gegen Ende Mai seine Vorbereitungen beendet hatte, änderte sich auch auf dem linken Rheinufer manches. Bei Emmerich ging er über den Strom, fasste mit den Spitzen seiner Truppen am 1. Juni dort festen Fuss und drängte die Franzosen, die keinen Widerstand leisteten, immer mehr nach Süden. Überall trieben die Alliierten nach Kriegsbrauch Kontributionen ein, von denen besonders hart das im Norden des rheinischen Erzstifts liegende Städtchen Uerdingen betroffen wurde.

Da nach Angabe der Alliierten von Bürgern dieses Orts auf die Soldaten geschossen worden war, verlangte General Wangenheim am 16. Juni die Ablieferung sämtlicher Gewehre, in 12 Stunden 2000 Pistolen in bar und für den folgenden Tag 6 Uhr 15 000 Rationen Heu und Hafer; andernfalls würden Plünderung und Brandschatzung folgen. Die Ratsmitglieder wurden als Geiseln weggeführt und mussten dem preussischen Hofrat Voss zu Duisburg, der dem Ort 1000 Pistolen nebst 10 000 Rtlr. anstatt der 15 000 Rationen vorschoss, den Betrag garantieren⁴⁾.

1) Schaefer a. a. O. Bd. II¹, S. 181.

2) E. v. d. Kneesebeck, Zur Charakteristik der ersten Hälfte des 7jähr. Krieges im nordwestlichen Deutschland. Archiv des hist. Vereins für Niedersachsen. Jahrg. 1845. S. 334. 3) Vergl. vorl. Arbeit S. 69f.

4) T.-Krgk.; 1759, Bd. III, S. 284f. — Der kurk. Grosskanzler Raes-

Clemens August befand sich in der grössten Aufregung. Sie stieg noch, als Ferdinand am 23. Juni bei Krefeld über die Franzosen siegte. Streifkorps zeigten sich schon in der Umgebung von Bonn¹⁾. Der Kurfürst bat in seiner Angst und Sorge den Kurfürsten von Trier, ihn mit seiner Garnison²⁾ in die Festung Ehrenbreitstein aufzunehmen³⁾; so wenig vertraute er mehr der Kriegskunst der Franzosen. Er liess sich jedoch von seinen Vertrauten und dem französischen Befehlshaber Clermont beruhigen³⁾. Diesem war nach der Niederlage die strenge Weisung Belleisles zugegangen, sich auf keinen Fall weiter auf Köln zu zurückziehen, da die Preisgabe der pfälzischen und kurkölnischen Gebiete die Bestürzung aller mit Frankreich verbündeten Reichsfürsten auf das Höchste treiben werde⁴⁾. Mit Befriedigung erfüllte es so auch Clemens August, als es dem Nachfolger Clermonts, Contades, gelang, Ferdinand vom linken Rheinufer wegzumanövrieren, weniger durch seine überlegene Kriegführung als infolge der Bedrohung des Rückzuges Ferdinands durch Soubise, der von Hessen aus vordrang und in rücksichtsloser Weise das Land fouragierte und brandschatzte⁵⁾. Ferdinand, der, wie wir wissen, zwar auch die Lande seiner Gegner zu starken Leistungen heranzog — so berechnete das rheinische Erzstift den durch den Aufenthalt der Alliierten im Sommer 1758 verursachten Schaden auf über 400 000 Reichstaler⁶⁾ — war über ein solches Vorgehen empört. Um eine Änderung herbeizuführen, richtete er am 9. August einen Brief an Clemens August, in dem er diesem erklärte, er

feld teilte die Behandlung Uerdingens am 23. Juni unmittelbar dem frz. Kriegsminister Belleisle mit. Fasc. 222¹⁾.

1) Ennen a. a. O. Bd. II, S. 331.

2) Was dem Kurfürsten an eigenen Truppen zur Verfügung stand, kam für den Widerstand nicht in Betracht. Es sollten zwar nach den Landtagsprotokollen die zu Hause Gebliebenen 600 Mann betragen, diese waren auch durch die münstersche Miliz, die der Kurfürst beim Anmarsche Ferdinands hatte nach Bonn kommen lassen, verstärkt worden; trotzdem waren es insgesamt kaum mehr als 1000 Mann, die wiederum höchstens nur zu zwei Drittel marschbereit waren. Huppertz a. a. O. S. 102, 105. Gaz. vom 4. April 1758; Köln, 4. April.

3) Ennen a. a. O. Bd. II, S. 331. 4) Stuhr a. a. O. Bd. II, S. 102.

5) Schäfer a. a. O. Bd. II 1, S. 169.

6) T.-Krgk., 1759; Bd. III, S. 282. — Faber a. a. O. Neueste Folge 4. Teil S. 412, 432. — Oertel a. a. O. Bd. III, S. 799.

müsse die Behandlung der kurfürstlichen Lande von dem Auftreten Soubises in Hessen abhängig machen¹⁾. Rheen, der kurkölnische Gesandte in Paris, wurde angewiesen, die Sache dort zur Sprache zu bringen. Er erhielt indes von den französischen Ministern Bernis und Belleisle zur Antwort, die Franzosen könnten auf das Recht des Krieges nicht verzichten, doch bitte man den Kurfürsten fest zu bleiben²⁾. Diese Entgegnung wäre für Clemens August noch erträglich gewesen, wenn wenigstens der die Lippe aufwärts vorstossende Marschall Contades seine Gebiete glimpflich behandelt hätte. Doch weit davon entfernt, machte er es ebenso wie Soubise. Sofort wies Raesfeld den Gesandten in Paris an, Schritte zu tun; er schrieb, der Kurfürst sei bestürzt über das französische Beitreiben von Lebensmitteln aller Art³⁾. Rheen erhielt auf die dem Kriegsminister überreichten Mémoires, in denen über die Gewalttätigkeiten der französischen Armee geklagt und um Geld gebeten wurde⁴⁾, von diesem die Antwort: „Wir haben kein Geld; sobald wir welches haben, werde ich Sorge tragen, Sr. kurf. Durchl. zu Köln vor den andern Bundesgenossen des Königs solches überweisen zu lassen.“ Mit dieser scheinbar nur den zweiten Punkt berührenden Erwiderung hatte der französische Minister auch den ersten, vielleicht wider Willen zu ehrlich, beantwortet. Mehr als je begann der Krieg den Krieg zu ernähren. Doch nicht nur dies. Durch planmässige Verwüstung der von ihnen durchzogenen Gegenden glaubten die Franzosen, den Krieg rascher seinem Ende zuzuführen. Zwischen Rhein und Weser sollte nach einem Befehle

1) Knesebeck, Archiv; a. a. O. S. 330.

2) Raesf. am 24. Aug. 1758 an Rheen. Fasc. 222². — Rheen am 29. Aug. 1758 an Raesf. Fasc. 222². Rheen bezeichnet in seinem Brief das Gebiet des Kurf. als „Etat neutre de l'Empire.“ — Am 2. Sept. teilt Rheen mit, auch Kurpfalz habe von Ferdinand einen Brief erhalten. Fasc. 222².

3) Raesfeld teilt Rheen bei dieser Gelegenheit mit, die Geldabgaben an die hannoverschen Truppen betrügen 71 000 Rtlr., die Naturalleistungen 40 000 Rtlr., der Wert der vom Jahre vorher an die Hannoveraner erfolgten Leistungen 45 000 Rtlr., an die Franzosen 800 000 Rtlr. Dazu kämen der Unterhalt des Hochstiftischen Regiments mit 60 000 Rtlr. und die Landpensionen mit 29 000 Rtlr. Die fehlende genauere Angabe, für welche Gebiete diese Summen gelten — von Paderborn ist nur beiläufig die Rede — beeinträchtigt den Wert dieser Angaben. Fasc. 222².

4) Eins ist vom 28. Aug., ein anderes vom 5. Sept. datiert Fasc. 222².

Belleÿsles alles vernichtet werden, was nicht aufgebraucht werden könne¹⁾. Dabei blieb es trotz aller von Clemens August geführten Klagen. „Sie werden, so lautete die erneute Weisung Belleÿsles an Contades am 28. September, alles, was Sie nicht aufbrauchen, vernichten, um ganz Westfalen von Lippstadt und Münster bis zum Rheine einerseits und von der Lippe und Paderborn bis nach Kassel andererseits zu einer Wüste zu machen“²⁾. Bei der kaum nennenswerten Beachtung, die Ferdinand somit seinen Forderungen entgegengebracht sah, konnte er unmöglich auf die kurfürstlichen Gebiete mehr Rücksicht nehmen, als es ihm die unbedingt nötige Rücksicht auf die Bewohner und die Vorsorge auf die Verpflegung seines Heeres geboten. Er hatte sich entschlossen, den vordringenden Franzosen gegenüber, wenn eben möglich, Westfalen zu behaupten, und die Stellung bei Koesfeld Dülmen nur vorübergehend, über Münster nach Osten ausweichend, aufzugeben.

Überall trieb er auf Bezahlung der im Frühjahr ausgeschriebenen Kontributionen³⁾. Mit Not wurden im August 1758 die ersten Raten beglichen. Viele Verzögerungen, gleichgültig ob aus Unvermögen oder Widersetzlichkeit, wurden durch Exekutionen geahndet⁴⁾. Dazu lud man den Bistümern noch Leistungen der mannigfachsten Art auf. So musste Osnabrück Ende August täglich 150 Fuhren zum Transport von Lebensmitteln aus dem dort befindlichen Magazin nach Münster und zur Armee stellen⁵⁾. Das Herzogtum Westfalen erhielt am 20. August eine Aufforderung, 70 Stück Eichenbäume, 300 Stück Eichenbohlen, 3000 Faschinen, 5000 Pallisaden, 9000 Faschinenpfähle und 16 Fuder grüne Weiden

1) Knesebeck, Archiv a. a. O. S. 335.

2) Knesebeck, Archiv a. a. O. S. 336. Über die Behandlung der Einwohner schreibt Marquis de Chevert, einer der rücksichtslosesten frz. Untergenerale, am 31. Okt. 1758 an Contades — es handelt sich um die Einwohner von Soest — „Je n'ai épargné ni menaces de coups de Batôn, ni celle de la Démolition des maisons“. Knesebeck, Archiv a. a. O. S. 332.

3) Vergl. vorl. Arbeit. S. 67.

4) Huppertz a. a. O. S. 120. — T.-Krgk. 1759, Bd. III, S. 194, 215, 226, 230, 261.

5) T.-Krgk. 1759; Bd. III, S. 216. Man schätzte die Gesamtzahl der von diesem Stift bis dahin geleisteten Fuhren auf 4300. T.-Krgk. 1759; Bd. III, S. 176.

nach Lippstadt zu liefern¹⁾. Dazu kamen für die Ämter Erwitte, Oestinghausen, Geseke und Rüthen am 5. September 6000 Berliner Scheffel Roggen und 50000 Rationen¹⁾.

Bedeutend schärfer litten wieder Paderborn und Münster.

Von jenem forderten die Alliierten am 9. September in 8 Tagen 80000 Rationen für Lippstadt. 5 Tage später begann der Durchmarsch der Truppen des Generals Oberg, den Ferdinand gegen den Hannover bedrohenden Soubise gesandt hatte. Sofort wurden 9000 Stück Brote à 8 Pfd., 3000 Kav. und 1000 Inf.-Rationen, 24 Fuder Holz, 1500 Bund Lagerstroh und für die Folge täglich 8000 Portionen und 3—6000 Rationen sowie 10 Klafter Holz verlangt.

Kaum war Oberg abgezogen, da drängte die Intendantur der Alliierten auf Beschaffung der vorhin erwähnten 80000 Rationen. Klagen und Bitten halfen wenig. Erleichterungen fanden kaum statt. Eben hatte man bis zur Mitte des folgenden Monats einen Teil abgetragen, da lief vom Erbprinzen von Braunschweig eine neue Forderung für den 18. Oktober ein: 30000 Bund Stroh à 8 Pfd., 16000 Rationen und 80 Klafter Holz; 2 Tage später von General Hardenberg aus Lippstadt 500 Fuder Holz und 100 mit Schüppen, Hacken und Spaten ausgerüstete Leute. Die am 21. Oktober zur Überführung des Bielefeldschen Magazins nach Lippstadt befohlene Stellung von täglich 100 Fuhren wurde auf zweimal in der Woche je 60 ermässigt. Der kleine Vorteil ging indes wieder verloren, als am 24. Oktober 1000 Klafter Holz gefordert sowie befohlen wurde, 10000 Brote, die Oberg in Paderborn gelassen hatte, in 48 Stunden nach Lippstadt zu schaffen²⁾.

Nicht besser erging es Münster. Als Mitte August Ferdinand seine Truppen bei Koesfeld konzentrierte, verlangte er am 17. August von den Ämtern: Wolbeck 50000, Werne 20000, Lassenberg 20000 sowie Dübren 20000 Rationen und schon am folgenden Tage innerhalb 5 Tagen vom gesamten Bistum 500000 Rationen und ebenso viele Portionen.

An dieser Stelle möge etwas zu der sich hier sehr leicht aufdrängenden Frage gesagt werden, wozu Ferdinand die fort-

1) T.-Krgk. 1759; Bd. III, S. 154, 287.

2) T.-Krgk. 1759; Bd. III, S. 179 f., 186, 221 f., 227, 237 f., 244 f. Näheres bei Stoffers a. a. O. in d. Ztschr. f. vat. Gesch. u. Alt. Bd. 70, 2. Abt. S. 75 f.

während geforderten Lebensmittel, die in ihrem Umfange doch weit über die Stärke seines Heeres hinausgingen, verwertete. In recht eingehender Weise klärt er selbst uns in einem Briefe vom 23. Dezember 1762 an Lord Halifax zu London auf¹⁾. Demnach war Ferdinand nicht nur von Friedrich II. sondern auch von Georg II. seit Anfang des Jahres 1758 aufgefordert worden, in den besetzten Provinzen und Bistümern Kontributionen zu erheben. Das Geld kam aber nur knapp ein, und man merkte damals schon, „dass man sich an die Lebensmittel und Bodenerzeugnisse dieser Provinzen halten müsse, welche an Korn und Fourage mehr Überfluss als an barem Geld besitzen“. So mussten denn die Länder die Winterquartiere tragen, Festungsmaterial beschaffen und mehrere 1000 Rekruten stellen. Da die Lieferungen zu reichlich waren, nötigte man die Bevölkerung die gesparten Rationen und Portionen zurückzunehmen. Die Gelderträge der Gebiete, die jährlich mehrere 100 000 Taler betrugen, flossen in die sogenannte Kontributionskasse, in die so während der Jahre 1759–1762 an 2 Millionen Taler kamen. Davon verteilte Ferdinand Gratifikationen, befestigte wichtige Plätze, warb ein Korps von 6000 Mann und unterhielt es.

Ausser den vorhin erwähnten Lebensmitteln musste Münster am 18. August 300 Spannfuhren und einige Tage später täglich 150 Fuhren beschaffen. Für jede fehlende wurden 50 Rtlr. Strafe erhoben. Ferner waren zur Ausbesserung der Strassen nach Koesfeld und Dülmen 20 000 Faschinen und eine Menge Arbeitskräfte bereitzustellen. In Münster wurden aus dem Zeughaus zahlreiche Kanonen und viele Zentner Pulver, Blei und Kugeln — den Wert berechnete man bis zum 18. September auf 16 000 Rtlr. — weggenommen. Auf die Einsprüche liess Ferdinand erwidern, es würde alles zurückerstattet²⁾.

Am wenigsten wurde in der zweiten Hälfte des Jahres 1758 anscheinend das Bistum Hildesheim belästigt. Abgesehen von fortwährenden Fuhrdiensten — die Zahl der gestellten Wagen schätzte man für die Zeit vom Juli bis November auf etwa 2000 — blieb es bis zum Anbruch des Winters leidlich verschont³⁾.

1) Knesebeck a. a. O. Bd. II, S. 565 f.

2) Huppertz a. a. O. S. 121. T.-Krgk. 1759; Bd. III, S. 247, 250 f., 270 f.

3) T.-Krgk. 1759; Bd. III, S. 174 f.

Schmerzlicher als all dies Elend seiner Landeskinder traf den Kurfürsten die Mitte Oktober erfolgte gänzliche Sperrung seiner Einkünfte in den von Ferdinand besetzten Gebieten¹⁾. Man hatte zwar schon im April, bevor die grossen Kontributionen ausgeschrieben worden waren, die kurfürstlichen Gefälle beschlagnahmen wollen und auch bei Gelegenheit, wenn die Bistümer mit ihren Leistungen gar zu saumselig waren, die kurfürstlichen Kassen geleert; indessen hatte man im Interesse der Lieferungen — sie zu bezahlen, wurden von den Ständen auch die kurf. Gelder herangezogen — immer wieder davon abgesehen, Clemens August auch diese Einnahmequellen zu schliessen²⁾. Wenn man diese Massnahme jetzt traf, geschah es weniger in der Überzeugung, dass der Kurfürst zuviel wegnahm — er kann unmöglich viel erhalten haben — als vielmehr in der Absicht, selbst das Wenige im Lande zu halten und so alle Kräfte der Gebiete für die Winterquartiere zu sammeln.

Zur selben Zeit, da Ferdinand seine Truppen auf die kurkölnischen Länder zum Winteraufenthalt verteilte, liess seine Intendantur — es war am 8. November — Deputierte nach Münster zur Entgegennahme von Armeeforderungen rufen³⁾. Im ganzen wurden von den besetzten kurkölnischen Gebieten vom 1. Dezember 1758 bis Ende Mai 1759 täglich 106128 Portionen und 62483 Rationen verlangt⁴⁾. Die Bistümer waren einzeln in folgender Weise herangezogen worden.

		Rationen	Portionen
Münster	mit	19 525	33 165
Osnabrück	„	7 810	13 266
Paderborn nebst Rittberg	„	7 810	13 266
Herzogtum Westfalen	„	15 620	26 532
Hildesheim	„	11 715	19 899

Alles, was nicht in natura geliefert wurde, musste in Geld bezahlt werden. Zahlungstermine waren: 15. Dezember 1758, 15. Februar und 15. April 1759⁵⁾. Da nach einem Überschlagn

1) T.-Krgk. 1759; Bd. III, S. 195, 212, 217f., 246, 266f.

2) Osten-Reden a. a. O. Bd. I, S. 143. — Huppertz a. a. O. S. 112.

3) T.-Krgk. 1759; Bd. III, S. 207, 288f.

4) Die Portion sollte bestehen aus 2 Pfund Brot, $\frac{1}{2}$ Pfund Fleisch nebst Gemüse und 1 Mass Bier; die Ration aus 8 Pfund Hafer, 10 Pfund Heu und 6 Pfund Stroh.

5) Stoffers gibt in seiner Abhandlung (Ztschr. a. a. O. S. 76) statt

der durch die Winterquartiere entstehenden Unkosten die Ration mit 17 Mariengroschen und die Portion mit $\frac{1}{24}$ Rtlr. berechnet wurde¹⁾, und die Länder diese Mengen von Lebensmitteln ebenso wenig liefern konnten, wie die Alliierten auf der Beschaffung in natura bestanden²⁾, so beliefen sich die Ansprüche an die Gebiete für die 6 Wintermonate (Dezember bis Mai) in Geld umgerechnet

	Rationen	Portionen
für Münster	auf 1 659 625 Rtlr.	248 737 $\frac{1}{2}$ Rtlr.
„ Osnabrück	„ 663 850	„ 99 495 „
„ Paderborn nebst Rittberg	„ 663 850	„ 99 495 „
„ das Herzogtum Westfalen	„ 1 327 700	„ 198 990 „
„ Hildesheim	„ 995 775	„ 149 242 $\frac{1}{2}$ „

Zu schildern, unter welcher unsäglicher Mühe Teile dieser Summen von der Bevölkerung beigebracht oder durch Exekutionen mit ihrem ganzen Gefolge von Not und Elend während des Winters eingetrieben wurden, darf der besonderen Lokalforschung überlassen bleiben³⁾. Hier mögen zwei Stimmungsbilder genügen: das eine aus dem bisher am schwersten betroffenen Bistum Münster, das andere aus dem bisher verhältnismässig am wenigsten heimgesuchten Bistum Hildesheim.

Die Gazette de Cologne schrieb am 22. Dezember 1758⁴⁾:
Münster, 17. Dezember. „Zu der Zeit, da wir etwas in Ruhe

des 15. Dez. 1758 den 15. Jan. 1759 an. Die Vermutung eines Irrtums liegt nahe, da die andern von ihm angegebenen Termine mit den auf S. 74 genannten übereinstimmen. Vergl. auch vorl. Arbeit S. 67, Anm. 4.

1) Ferdinand zog Geldzahlungen sogar vor, wie denn überhaupt die Ausschreibung dieser Lebensmittel in der Regel auf Zahlungen hinauslief, also eine verkappte Steuer war. Den Unterhalt des Heeres musste die Bevölkerung noch dazu tragen. Vergl. vorl. Arbeit S. 88.

Stoffers gibt in sein. Abh. (Zeitschr. a. a. O. S. 76) als Preis für die nicht gelieferte Ration und Portion 6 und $2\frac{1}{2}$ Rtlr. an. Das würde dem ebenfalls dort mitgeteilten Geldanschlag eines Termins in Höhe von 291 236 Rtlr. nicht entsprechen, sondern ergäbe für die 6 Monate zu je 30 Tagen 14 404 500 Rtlr. ($\frac{1}{3} = 1\ 801\ 500$ Rtlr.). Die Preise können auch nicht, um die Lebensmittellieferung zu erzwingen, nur scheinbar so hoch angesetzt worden sein, denn Ferdinand wollte und konnte gar nicht die Naturalien in dem Umfange fordern. 2) T.-Krgk 1759; Bd. III, S. 292.

3) Vergl. Huppertz a. a. O. für Münster und Stoffers a. a. O. für Paderborn.

4) Eine gleiche Schilderung: Gaz. de Col vom 26. Jan. 1759; Münster, 20. Jan.

gelassen zu werden uns schmeichelten, sehen wir uns aus Mangel an Fourage am Vorabend des gänzlichen Ruins. Unsere Regierung befindet sich in einer unglaublichen Verlegenheit. Die von uns angenommenen Entrepreneure¹⁾ haben ihren Kontrakt nicht halten können wegen des grossen Mangels und des beklagenswerten Zustandes, in dem sich ganz Westfalen durch die ungeheueren während des vergangenen Jahres gelieferten Fouragemassen befindet.“

Ähnlich lautet der Bericht am 16. Januar 1759 aus

Hildesheim, 7. Januar: „Dies kleine Bistum, umgeben von hannoverschem Gebiet, verspürt das ganze Gewicht eines Krieges, an dem es nie den geringsten Anteil genommen hat. Trotz des Unvermögens seiner Einwohner, die auferlegten Summen zu beschaffen, drängt man sie fort und fort und verweigert die Annahme von Wechseln. Man will bares Geld. Woher nehmen? Unserer Erschöpfung ungeachtet müssen wir nichts destoweniger für den 15. dieses Monats 81000 bare Taler, den Rest vom 1. Termin, bei Strafe militärischer Exekution aufbringen. Doch man begnügt sich nicht mit diesem erschöpfenden Aderlass. Es handelt sich noch um einen zweiten und dritten Termin von mehreren 100000 Talern. Wann es möglich sein wird, sie zu beschaffen, vermögen wir nicht abzusehen, und so bleibt uns nur die traurige Aussicht übrig, eines Tages von der Exekution betroffen zu werden, deren Vorstellung uns schon im voraus zugrunde richtet.“

Von der bei diesen Umständen äusserst gereizten Stimmung des Volkes kann man sich demgemäss ein Bild machen. Ferdinand suchte deshalb auch durch Vorsichtsmassregeln revolutionären Ausschreitungen vorzubeugen. So liess er am 22. Dezember 1758 bekannt machen, er müsse „missfälligst wahrnehmen, dass in denen jetzo in Besitz habenden Hochstiften und Landen und vornehmlich in Münster und Paderborn [den] gemachten Verordnungen und Reglements nicht nachgelebt und dasjenige, was zu ohnumgänglich nöthiger Sustentation der Armee gefordert ist, nichtourniret und bezahlt werde“. Er warne vor Aufrührern, die behaupteten, „dass nicht allein ehestens eine völlige Veränderung derer Umstände in hiesigen Landen sich ereignen und deren Befreyung erfolgen würde,

1) Es waren dies Händler, meist Juden, die einen Vertrag mit der Regierung abgeschlossen hatten, durch den sie sich zur Lieferung von Lebensmitteln verpflichteten.

sondern auch, dass innerhalb kurzer Zeit eine grosse Anzahl junger Mannschaft zu Recruten mit ausgenommen und die Hälfte davon zu Completirung und Augmentation der combinirten Armen gebraucht, die andere Halbscheid aber unter die Kriegs-Völker Sr. Königl. Majestät in Preussen geschickt werden würde¹⁾. Mit der Androhung „harter Abndung“ gegen die Ausbreiter „dergleichen Erdichtungen“ schliesst der Erlass. Wie ernst die Lage war, erkennt man an dem am 29. Dezember ausgegebenen Befehl, der Bevölkerung der Bistümer Münster, Paderborn und Osnabrück die Gewehre wegzunehmen²⁾.

Zum Glück für die Bevölkerung war Herzog Ferdinand nicht genötigt, einen allgemeinen Aufruhr bewaffnet niederzuwerfen.

So brach denn das Jahr 1759 an. Die pekuniäre Lage des Kurfürsten war schlechter denn je³⁾. Vergebens bemühte er sich in Wien und bei venetianischen Kaufleuten eine grössere Anleihe aufzunehmen⁴⁾. Die Beträge, die er aus Paris und seinen Gebieten erhielt, waren zu gering, um den Hofhalt, in dessen verschwenderische Festlichkeiten⁵⁾ nur zu Anfang des Jahres der erfolgreiche Vormarsch Ferdinands störend eingegriffen hatte⁶⁾, zu bestreiten. Wenn aus Paris das Geld reichlicher als im Jahre 1758 kam, so war dies neben der Fürsprache des österreichischen Gesandten Starhemberg, den man von Wien aus entsprechend unterrichtet hatte, eine Folge der eigentümlichen Stellung des Versailler

1) Herz. Ferdinand wollte offenbar betonen, dass die jungen Leute nicht „mit Gewalt“ genommen würden, denn Rekruten sind sehr zahlreich in den kurkölnischen Gebieten ausgehoben worden. Schreib. Ferd. vom 24. Jan. u. 23. Dez. 1762. Knesebeck a. a. O. Bd II, S. 565.

2) T.-Krgk. 1758; Bd. III, S. 866. — Gaz. de Col. vom 19. Jan. 1759 Hannover, 10. Jan.

3) Im Jahre 1758 hatte er angeblich von Frankreich im ganzen 562 500 Livres erhalten. Spittlers Neues hist. Magazin, Bd. III, S. 337. Vergl. vorl. Arb. S. 70. 4) Ennen a. a. O. Bd. II, S. 336.

5) Gaz. de Col. vom 27. Febr., Supl. Bonn 27. Febr.; vom 30. März, Bonn 29. März; vom 31. Juli, Spa, 27. Juli; vom 9. Nov. Supl. Bonn 7. Nov.; vom 13. Nov., Köln 12. Nov.; vom 21. Aug., Bonn 20. Aug. Der Bericht vom 20. Aug. enthält die Ernennung des Generalmajors Baron v. Nagel, des Führers des kurf. Reichskontingents, zum Generalleutnant anlässlich der Geburtstagsfeier des Kurfürsten (16. Aug.).

6) Clemens August glaubte, Ferdinand beabsichtige einen Handstreich auf Köln und wollte deshalb nach Spa, Tönnisstein oder Frankfurt fliehen. Ennen a. a. O. Bd. II, S. 338.

Kabinetts zum Bonner Hofe. Rheen meldete nämlich Ende Dezember 1758¹⁾, in Paris beabsichtige man die Subsidiengelder für Wien, Petersburg, Stockholm und Kopenhagen zu beschneiden und die an Bayern, Württemberg und die Pfalz, deren Truppen man entlassen werde, zu unterdrücken, nur die an Kurköln sollten weiter gezahlt werden²⁾. Diese Begünstigung war wahrscheinlich auf die erst Anfang Dezember neu gefestigte Freundschaft zurückzuführen³⁾. Raesfeld hatte Rheen schon am 17. Dezember, ohne vorher durch diesen von einer in Aussicht stehenden Geldsendung benachrichtigt zu sein, angewiesen, das vom französischen Hof zu erwartende Geld unmittelbar dem Kurfürsten zu übermitteln⁴⁾. Dennoch wollte es Rheen nicht gelingen, „durch die bewusste Frau eine dergleichen Zahlung zu erpressen“. Die französischen Minister, ungehalten über das Eingreifen der Pompadour und des österreichischen Gesandten Starhemberg, wussten die Zahlung bis Anfang Februar hinauszuschieben. Ihr folgte am 19. April eine weitere⁵⁾ gerade zu der Zeit, da auch für Rheen in Paris die Gefangennahme der Kurkölnner bei Meiningen und Wasungen das wichtigste Ereignis war und von ihm mit Starhemberg eifrig besprochen wurde⁶⁾.

Noch etwas anderes zog damals im Erzbistum Köln die Auf-

1) Rheen am 25. u. 28. Dez. 1758 nach Bonn. Fasc. 222².

2) Schaefer a. a. O. Bd. II, 1; S. 265. Die gänzliche Unterdrückung der Subsidiengelder bei den drei genannten Staaten fand tatsächlich nicht statt. Die Bevorzugung Kölns macht es aber begreiflich, weshalb „sich von den drei wittelsbachischen Fürsten Clem. Aug. von Cöln am ersten über die Reduktion der frz. Hülfsfelder beruhigte.“ Bitterauf a. a. O. S. 131.

3) Vergl. vorl. Arbeit S. 83.

4) Es ist leicht möglich, dass bei der Umwerbung des Kurf. Ende 1758 eine pünktlichere Bezahlung der Subsidiengelder versprochen wurde. So wären der Brief Raesfelds vom 17. Dez. und der Umstand verständlich, dass der Grosskanzler auf einen Vorschlag Rheens nicht eingeht, die vertragsmässige Forderung von je 300 000 Flor. für die Jahre 1757–59 auf die Jahre 1761–63 zu verschieben. Fasc. 222². Vergl. vorl. Arb. S. 1 ff.

5) Rheen am 17., 21., 25. Jan., 1., 7., 21. Febr.; 8. März u. 19. April nach Bonn. Fasc. 222³. Die Zahlung vom 1. Febr. — es waren 62 500 Livres — liess Rheen durch den Kölner Banquier Meinerzhagen dem Kurfürsten, die vom 19. April dem Finanzdirektor Falkenberg überweisen.

6) Becker in den Annalen d. h. Ver. f. d. N. Heft 91, S. 82 ff.

merksamkeit der beteiligten Kreise auf sich. In Berlin und London war man bis Anfang 1758 von allen Vorgängen in den nieder-rheinischen Gebieten durch die in Köln wohnenden Gesandten Ammon und Cressener unterrichtet worden. So wusste Friedrich der Grosse durch Ammon ganz genau, dass im April 1758 aus den westfälischen Bistümern nach Regensburg Geld in die Reichs-operationskriegskasse geflossen war. Er schrieb deshalb an Ferdinand, man möge verhindern, dass in Zukunft so „das Geld zum Fenster hinausgeworfen würde“¹⁾. Ein solche Spionage war natürlich den Gegnern des Königs unangenehm, und die Verhältnisse wurden für die beiden Gesandten, auf die der in Köln kommandierende französische General Torey ein wachsames Auge hatte, immer schwieriger. Bereits im August 1758 erlaubte daher Friedrich der Grosse Ammon, er könne „zur grösseren Sicherheit“ von Düsseldorf aus ihm und Ferdinand „alles, was sich in den dortigen Gegenden zutrage“, mitteilen²⁾. Er blieb indes noch. Wahrscheinlich muss nun Anfang 1759 auf Befehl des Kurfürsten an seine Gebiete, das für den Reichskrieg bestimmte Geld ihm zu verabfolgen³⁾, solches nach Bonn gekommen sein; kurz, Ferdinand hatte hierüber wie über Truppensammlungen⁴⁾ des Kurfürsten durch Ammon Nachricht erhalten und glaubte, Clemens August habe Grund, etwas zu verbergen⁵⁾. Jedenfalls werden Unzuträglichkeiten, die sich aus diesen und ähnlichen Vorfällen entwickelten, mitgewirkt haben, dass der französische Kriegsminister am 7. März 1759 Torey den Befehl erteilte — Clemens August war durch den von Choiseul⁶⁾ benachrichtigten Breteuil,

1) Friedr. am 17. Mai 1758 an Ferd. Pol. Corr. Bd. XVII, Nr. 9997.

2) Friedr. am 2. Aug. an seine Minister Podewils u. Finkenstein. Pol. Corr. Bd. XVII, Nr. 10182.

3) Raesfeld teilte am 31. Dez. 1758 Rheen diese Verfügung mit und setzte hinzu, in den Stiftern müsse man sich in Frankreich dafür bedanken. Fasc. 222².

4) Es waren das die Truppen, die Clem. Aug. als Ersatz für die Verluste seiner im Felde stehenden Regimenter sammelte.

5) Ferdinand am 12. Febr. 1759 an seinen Sekretär Westphalen. Westphalen a. a. O. Bd. III, S. 160.

6) Er befand sich seit Ende Oktober 1758 an der Spitze des franz. Ministeriums. Von seinem Vorgänger Bernis meldete Rheen am 15. Dez. 1758, er sei durch einen „lettre de cachet“ verbannt worden, weil er der „bewussten Frau“ missfallen habe. Fasc. 222².

den französischen Gesandten in Bonn, verständigt worden — Ammon und Cressener aus Köln auszuweisen. Trotz ihres Einspruchs verlangte Torey, sie sollten am 16. März abreisen. Da sie der Aufforderung nicht nachkamen, erfolgte zwangsweise die Ausweisung, der sie sich unter Protest beim städtischen Magistrat fügten. Ammon nahm später seinen Sitz in Münster. Plotho, der preussische Vertreter in Regensburg, legte am 19. April am Reichstag gegen diese Behandlung des Gesandten Verwahrung ein¹⁾.

Von einer Tätigkeit des kurkölnischen Gesandten zu Paris in dieser Angelegenheit vernimmt man nichts; wohl aber nahm Clemens August ihn in Anspruch, als es sich Anfang Juli um eine Sache handelte, die mehr das Haus Wittelsbach als Kurköln anging.

Die Vertretung von Pfalz-Zweibrücken-Birkenfeld am Reichstag musste neu vergeben werden. Nun war der in Zweibrücken herrschende Christian IV. im Jahre 1758 in aller Stille zum katholischen Glauben übergetreten. Es war dies weniger Herzensbedürfnis als Erbschaftspolitik, da er bei dem Tode des kinderlosen Karl Theodor von der Pfalz, der katholisch war, als nächster Erbberechtigter in Frage kam²⁾. Als Rheen nun Anfang Juli 1759 meldete, der Herzog von Pfalz-Zweibrücken wolle seine Vertretung am Reichstag nicht dem katholischen Baron de Karg (v. Bebenburg), sondern trotz seines Übertritts einem Lutheraner, genannt werde ein Baron de Teuffel³⁾, übertragen, bekam er den Auftrag, mit dem kurpfälzischen und dem österreichischen Gesandten in Paris Gegenschritte zu tun. Choiseul stand der Sache ziemlich teilnahmslos gegenüber⁴⁾. Ihm schien der protestantische Vertreter ein Vorteil zu sein, denn er wirke unter seinen meist ja auf Friedrichs Seite stehenden Glaubensgenossen werbend, während ein katholischer insofern „überflüssig“ wäre, als „die Mehrheit par la bonne cause entschieden sei“. Zudem könne die Anstellung

1) T.-Krgk. 1759, Bd. II, S. 153, 161, 166. Faber a. a. O. Neue Folge 4. Teil S. 272–290.

2) J. G. Lehmann, Geschichte des Herzogtums Zweibrücken; München 1867. S. 494.

3) Es ist höchstwahrscheinlich der Vertreter des auf österreichischer Seite stehenden Mecklenburg, Baron Teuffel von Birkensee, gemeint. Brabant a. a. O. B I, S. 18, 77.

4) Faber a. a. O. Neue Folge. 4. Teil S. 238f.

eines Katholiken die Protestanten verstimmen. Alle Mühe, Choiseul von dieser Ansicht abzubringen, hatte wenig Erfolg. Er liess sich nur zu dem Versprechen bewegen: es solle Sorge getragen werden, dass die Stimme für die Dauer des Krieges nicht besetzt werde¹⁾.

Auf dem Kriegsschauplatz im Westen war im Frühjahr das Kriegsglück Ferdinand v. Braunschweig untreu geworden. Nach seinem Zug nach Thüringen hatte er den Marsch gegen Frankfurt gerichtet und bei Bergen durch den Marschall Broglio eine Schlappe erlitten, die ihn zum Rückzug veranlasste²⁾. Dabei gelang es den Franzosen, Ferdinand vom Main und von der Lahn aus — am Niederrhein bei Düsseldorf stand Armentières — aus allen kurkölnischen Gebieten mit Ausnahme von Hildesheim zu verdrängen. Das wohlbefestigte Lippstadt, das wichtige Münster, das Hauptmagazin Osnabrück, selbst Minden fiel ihnen in die Hände.

Clemens August hielt nun den Augenblick für gekommen, die hannoverschen und braunschweigischen Länder für die hohen Kontributionsforderungen in kölnischem Gebiet, die der kurkölnische Gesandte, längst über die Leiden der Bistümer unterrichtet³⁾, am 4. April 1759 dem französischen Kriegsminister in einem ausführlichen Mémoire darlegte⁴⁾, büssen zu lassen. Da Armentières am Niederrhein sich seiner Bitte, die durch Detachements nach Hessen geschwächten Alliierten anzugreifen, nicht willfährig zeigte⁵⁾, musste Rheen in Paris darauf hinarbeiten. Als er dann seinen Wunsch erfüllt sah, drangen dieselben Klagen wie im Jahre 1758 an sein Ohr. Raub, Plünderung und Gewalttat gehörten zu den tagtäglichen Erscheinungen. Wie im vergangenen Jahre war dies wieder die Folge eines von verantwortlicher Stelle aus teils durch den Zwang der Verhältnisse ergangenen Befehls. Belleisle schrieb am 15. Juli an Marschall Contades, er sei ein Feind „alles dessen, was nach Raub und Plünderung aussehe“, aber es müsse eine Ausnahme gemacht werden⁶⁾. Er sehe nämlich „für die drängendsten Aus-

1) Raesfeld am 23. Juli an Rheen. Fasc. 222³.

Rheen am 5., 12., 29. Juli 1759 nach Bonn. Fasc. 222³.

„ „ 1. August 1759 „ „ „ 222⁴.

2) Renouard a. a. O. Bd. II, S. 94 f. — Schaefer a. a. O. Bd. III, S. 351 f.

3) Raesfeld an Rheen am 25. Dez. 1758. Fasc. 222². 4) Fasc. 222³.

5) Am 13. April wurde Rheen dies mitgeteilt und hinzugefügt, Armentières habe erklärt, er müsse die Weisungen seines Hofes befolgen. Fasc. 222³. 6) Knesbeck a. a. O. Archiv S. 338.

gaben und die Instandsetzung der Truppen“ nirgendwo eine Quelle als in den Mitteln, die die feindlichen Gebieten darböten; von dort „würden, abgesehen von Geld, Unterhaltungsmittel jeglicher Art wie Heu, Stroh, Hafer für den Winter, Getreide, Vieh, Pferde selbst Menschen zum Ersatz für die fremden Truppen bezogen werden müssen“¹⁾. Selbstverständlich konnten sich die Franzosen dessen, was sie in Hessen demnach notgedrungen taten, auch auf dem Marsche durch kurkölnisches Gebiet nicht enthalten. Rheen führte darüber in Paris entrüstete Klagen, erhielt aber von Belleisle die dreiste und rücksichtslose Antwort: er müsse sich über die üble Gesinnung der westfälischen Bevölkerung beschweren²⁾. Auch Choiseul äusserte sich dem Gesandten gegenüber in ähnlicher Weise. Trotzdem dieser ganz richtig erwiderte, für diese unliebsame Erscheinung seien weder der Kurfürst noch die Einwohner verantwortlich zu machen, vielmehr sei sie bei dem Übermass des erduldeten Kriegselends begreiflich³⁾, musste er bei einer erneut von ihm geführten Beschwerde die Bemerkung hinnehmen, an eine Entschädigung für seinen Herren könne nicht gedacht werden, wenn die Einwohner sich weiterhin weigerten, die französische Armee zu unterstützen⁴⁾. So war man denn, ganz von dem Wohlwollen der Franzosen abhängig, gezwungen zu schweigen.

Wie man sieht, machten die Franzosen kaum einen Unterschied zwischen Freundes- und Feindesland. Und dass selbst die von Clemens August bei jeder Gelegenheit in Paris beantragten Repressalien in feindlichem Gebiet⁵⁾ ein zweischneidiges Schwert waren, so lange die Alliierten nicht alle Gebiete der mit Frankreich-

1) Belleisle am 23. Juli 1759 an Contades. -- Knesebeck a. a. O. Archiv S. 340. 2) Rheen am 15. Juli 1759 nach Bonn. Fasc. 222³.

3) Rheen am 26. Juli 1759 nach Bonn. Fasc. 222³.

4) „ „ 26. u. 30. Aug. 1759 nach Bonn. Fasc. 222³.

Die französische Intendantur war ungehalten, dass die Bevölkerung aus den von den Alliierten hinterlassenen Magazinen Lebensmittel weggenommen und Vorräte in ihren Kellern verborgen hätte.

5) Am Tage der Schlacht bei Minden (1. Aug. 1759) hatte Rheen noch davon an Belleisle geschrieben und die Hoffnung durchblicken lassen, sein Herr werde dann nicht leer ausgehen. In dem Briefe wird auch der Austausch eines Barons v. Spiegel und des Sekretärs Ficker -- beide wohl aus Paderborn -- gegen zwei Hannoveraner, v. Schwichelt und v. Steinberg erwähnt. In seiner Antwort vom 6. Aug. versprach Belleisle alles, „wenn die Umstände es erlauben.“ Fasc. 222⁴.

Österreich verbündeten deutschen Kleinfürsten geräumt hatten, zeigte sich nach dem Siege Ferdinands bei Minden Ende des Jahres 1759. Damals beabsichtigten nämlich die Franzosen in den von ihnen besetzten feindlichen Ländern¹⁾ die Waldungen zu versteigern und umzuhauen, dem Vernehmen nach zum Entgelt für die Behandlung der sächsischen Gebiete durch die Preussen. Daraufhin erliess Ferdinand die Bekanntmachung, er werde sofort das Gleiche in Westfalen tun, wenn man die Absicht durchzuführen wage²⁾. Eiligst befahl der kurkölnische Grosskanzler dem Gesandten in Paris, auf einen Befehl an die französische Heeresleitung hinzuwirken, der deren Vorhaben verhindere; den österreichischen Gesandten habe er schon unterrichtet. Werde kein Erfolg erzielt, so sei der Schaden in Westfalen grösser, „als wenn alle Städte, Dörfer und Häuser abgebrannt werden sollten“³⁾. Es gelang, das Unheil abzuwenden. Belleisle ordnete die Schonung der Waldungen an. Es war, wie Rheen mitteilte, mit den Landständen der betreffenden Gebiete eine Konvention geschlossen worden⁴⁾.

V. Erfolge und Misserfolge Rheens in Paris. — Immer schwierigere Lage Kurkölns und des Kurfürsten. — Sein Tod und Abschied des Gesandten aus Paris (Febr. 1759).

Am 1. August 1759 hatte sich Ferdinand durch den Sieg bei Minden wieder den Zugang zu den südwestlich liegenden kurkölnischen Gebieten erschlossen. Schon einige Tage vorher war

1) Raesfeld erwähnte am 27. Nov. die klevischen und hanauischen Gebiete, Rheen am 16. Dez. ausser diesen: Geldern, Mark und Ravenstein. Fasc. 222⁴. 2) Ferdinand am 18. Nov. 1759. Fasc. 222⁴.

3) Raesfeld am 27. Nov. an Rheen. Fasc. 222⁴.

4) Rheen am 5. und 7. Dez. 1759 nach Bonn. Fasc. 222⁴.

Am 16. Dez. meldete er die Abreise eines Marquis de Hoensbroek aus Paris nach Bonn und fügte hinzu: „Durch seine Wirksamkeit im Auftrage der Herzogtümer von Kleve und Preussisch-Geldern sowie der Grafschaften Mark und Ravenstein hat er zur Vermeidung der Repressalien beigetragen, mit denen der Prinz Ferdinand von Braunschweig die Waldungen des Herzogtums Westfalen bedroht hatte.“

es ihm gelungen, Osnabrück zu überrumpeln und sich aufs neue in den Besitz der fast unversehrten Magazine zu setzen ¹⁾. Münster, „dessen Besitz wegen der in den Bistümern zu nehmenden Winterquartieren durchaus notwendig war“ ²⁾, wurde erst nach langem, hartnäckigem Widerstand der im Belagerungs- und Verteidigungskampf von Festungen geübten Franzosen, wobei die Stadt selbst schwer litt ³⁾, am 20. November zurückerobert. Der durch Armentières versuchte Entsatz schlug völlig fehl ⁴⁾. In bergreiflicher Erregung befahl der Kurfürst seinem Gesandten zu Paris, sich zu erkundigen, ob die Entschuldigung des französischen Feldherrn, er habe der Übermacht weichen müssen, zutreffe; andernfalls solle er sofort Beschwerde führen ⁵⁾.

An den Tatsachen selbst änderte dies allerdings nichts. Voll Verzweiflung musste der Kurfürst sehen, wie die Alliierten in seinen Gebieten von neuem die Winterquartiere (1759—1760) bezogen. Die von diesen ausgeschriebenene Kontributionsforderungen — sie galten vom 1. Februar 1760 ab auf 6 Monate — hatten eine ähnliche Höhe wie die des Winters 1758—1759. Für das weit und breit verwüstete, ausgesogene Land bedeuteten sie jedoch eine mehr als doppelt so starke Belastung. Zum Vergleich seien die Unkostenberechnungen, die die Alliierten und die Kurköln aufstellten, nebeneinander angeführt ⁶⁾.

	Alliierten		Kurköln
Münster	1 502 432 Rthl.	2 400 000 Rthl.	
Osnabrück	642 350	550 000	„
Paderborn	634 523	800 000	„
Westfalen	1 294 680	2 000 000	„
Hildesheim	1 024 425	649 000	„

1) Kneesebeck a. a. O. Bd. I, S. 423. — Osten-Reden a. a. O. Bd. II, S. 55f. — Renouard Bd. II, S. 205. 2) Osten-Reden a. a. O. Bd. II, S. 89.

3) Huppertz a. a. O. S. 197f. — Am 9. Sept. beklagte sich der Kurfürst über das Vorgehen der Alliierten bei der Belagerung in Wien mit den Worten, es zeigten „geflissentlichste Brandstiftungen . . . durch eingeworfene Bomben, Karkassen und Feuerkugeln . . . viel mehr auf die Vernichtung derer Häuser als derer Vestungswerkern dabei geäußerter Absicht.“ — T. Krgk. a. a. O. 1760. Bd. II, S. 354.

4) Osten-Reden a. a. O. Bd. II, S. 82, 96f. — Schaefer a. a. O. Bd. II 1, S. 383f. — Huppertz a. a. O. S. 209, 236.

5) Raesfeld am 29. Dez. 1759 an Rheen. Fasc. 222⁴.

6) Die Berechnung der Alliierten führt Westphalen a. a. O. Bd. IV,

Zum drittenmale während des gegenwärtigen Krieges mussten die Bewohner alle Leiden der Winterquartiere auf sich nehmen. Und nicht zum geringsten empfand dies sehr bitter der Kölner Kurfürst Clemens August. Doch nicht allein die Einkünfte aus seinen Gebieten schmolzen so wiederum ineinander zusammen, auch von Paris kamen keine erfreulichen Nachrichten. Schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1759 wurde es dem kurfürstlichen Gesandten Rheen immer schwerer, Subsidienbeträge zu erhalten¹⁾. Als er Anfang September bat, man möge an die Erledigung der drei letzten Monatsraten denken, wies man ihn ab, denn er berichtete nach Bonn, er dürfe jetzt nicht mehr davon reden, bis die Verhältnisse „une meilleure face“ zeigten²⁾. Trotzdem Anfang Oktober davon noch keine Rede sein konnte, drängte Rheen schon wieder. Er erwiderte Choiseul, der sich ablehnend verhielt, die Subsidien seien noch das Wenigste, wichtiger die Hilfe, die man zu bringen verpflichtet sei, denn der König habe die Staaten vor einem feindlichen Einfall zu bewahren garantiert, und doch befinde sich dort der Kriegsschauplatz. Das Land bringe nichts ein, auch nicht sofort nach dem Friedensschluss. Nirgendwo glücke es seinem Herrn, grössere Anleihen aufzunehmen³⁾. Am 3. September hatte nämlich der Grosskanzler Raesfeld in Wien 2—300 000 Gulden gegen 5 % zu leihen versucht, jedoch am 23. September die Antwort erhalten, man sei dazu nicht imstande, wolle aber den kaiserlichen Minister im Haag beauftragen, in Holland für Kurköln eine Anleihe in die Wege zu leiten⁴⁾. Sicherlich wollte Rheen auf

S. 133 an, die Kurkölns Ennen a. a. O. Bd. II, S. 340 und der kurkölnische Gesandte Rheen in einem Mémoire an Belieisle vom 10. Febr. 1760 (Beilage) Fasc. 222⁵⁾. Die Angaben der beiden letztgenannten stimmen überein bei Münster, Westfalen und Hildesheim, nur fügt Rheen bei diesem hinzu „doit fournir d'abord“. Ferner gibt Rheen noch die Leistungen Paderborns an — Ennen nicht — während er die von Osnabrück, die Ennen mitteilt, weglässt und statt dessen schreibt: „Das Bistum Osnabrück hat seine Auflage noch nicht erhalten. Es wird vielleicht „à cause de son alternative“ glimpflicher behandelt.“ Es ist damit die abwechselnde Besetzung des Bischofsstuhles mit einem katholischen und protestantischen Oberhirten gemeint.

1) Am 26. Juli hatte Rheen eine Zahlung in Bonn angemeldet; Fasc. 222³⁾. 2) Rheen am 13. Sept. 1759 nach Bonn; Fasc. 222⁴⁾.

3) Rheen am 4. Okt. 1759 nach Bonn; Fasc. 222⁴⁾.

4) Raesfeld am 3. Sept. 1759 nach Wien;

Aus Wien „ 23. „ 1759; Fasc. 199.

diese und ähnliche Versuche des Kurfürsten, Geld zu erhalten, anspielen. Obwohl Choiseul in seiner Entgegnung die schlechte finanzielle Lage des Königs betonte, liess er sich bewegen, dem Gesandten zwei Assignationen zur Einlösung bei dem Hofbankier zu übergeben. Geld empfing Rheen deshalb doch nicht, denn der Bankier erklärte, ihm sei kein Zahlungsbefehl zugegangen¹⁾. Abgesehen von diesen Schwierigkeiten bei der Erlangung des vertragsmässig zugesicherten Geldes musste der Kurfürst es auch zusehen, wie der bisher in Frankreich geduldete Absatz von Losen der kurkölnischen Lotterie verboten wurde. Alle Schritte Rheens, das Verbot rückgängig zu machen, waren umsonst²⁾. Man entgegnete ihm, eine Ausnahme von der allgemeinen Regel — dem Herzog von Zweibrücken hatte man die Erlaubnis ebenfalls entzogen — könne nicht gemacht werden. Zum grössten Verdruss in Bonn wurde eine Sinnesänderung in Paris nicht erreicht; dort war man zu sehr darauf angewiesen, alles Geld im Lande zu behalten. Da dem Kurfürsten um diese Zeit weder von Österreich, noch von Frankreich, noch aus seinen Gebieten Geld in genügender Menge zuffloss, er auf der anderen Seite das reiche, vom Kriegsglück begünstigte England sah, mag sehr wohl in Bonn eine Neigung, mit England Verbindung zu suchen, damals stärker als sonst aufgetreten sein. Solche Stimmungen sind jedoch ebenso wie die erwähnte³⁾ Annäherung an Österreich nicht zu überschätzen⁴⁾. Es kann zugegeben werden, dass der Kurfürst eine Fühlungnahme gesucht hat; die Gesandtschaftsberichte Rheens zeigen allerdings keine Spur. Praktisch waren derartige Versuche aber noch aussichtsloser als jene vom Jahre 1758. Wenn Pitt, der englische Premierminister, schon Max. Josef von Bayern, dem Neffen von Clemens August, bei dem sich seit 1758 ebenfalls englandfreundliche Bestrebungen zeigten⁵⁾, erklärte: so lange England existiere,

1) Rheen am 15. u. 30. Nov. 1759 nach Bonn; Fasc. 222⁴.

2) Rheen am 15., 21. Nov. 1759, am 6., 13. Jan. 1760 nach Bonn; Fasc. 222⁴ u. 5. — In einem Schreiben vom 6. Nov. an Choiseul sagte Rheen empfehend: Den Untertanen des Königs seien die meisten hohen Gewinne der Lotterie zugefallen so z. B. an Paris du Montmartel 200 000 Livres. Fasc. 222⁴. Vergl. auch Const. Becker, Die Politik Kurkölns. Diss. a. a. O. S. 19. Anm. 3. 3) Vergl. vorl. Arbeit S. 78ff.

4) Ennen a. a. O. Bd. II, S. 340f.

5) Th. Bitterauf a. a. O. S. 111, 117, 136, 138, 142.

sei dort noch kein Subsidentraktat für ein *dolce far niente* ohne Gegenleistung geschlossen worden¹⁾, so war dies erst recht dem Kölner Kurfürsten gegenüber zu sagen angebracht. Dabei war aber die Lage des Bayern nicht so schlecht, dass er nichts mehr bieten konnte, während die Alliierten vom Kölner alles Land bis auf das rheinische Erzstift schon besaßen, und dies war ganz in der Gewalt der Franzosen.

Mit Beginn des Jahres 1760 war der kurkölnische Gesandte von Paris nach Bonn gereist²⁾. Er hatte die Subsidiengelder, die ihm vom Hofbankier endlich Mitte Januar ausgezahlt worden waren, mitgebracht³⁾. Am 5. Februar 1760 kehrte er wieder auf seinen Posten zurück. Für Choiseul überbrachte er ein Handschreiben seines Herren. Jener antwortete mit einem sehr höflichen Schreiben und einer Anweisung auf 100 000 Livres, zahlbar am 1. März, die auch wirklich am 2. März nach Bonn abgingen⁴⁾. Der Inhalt des von Rhen überreichten Briefes⁵⁾ lässt sich in etwa aus der Tätigkeit des Gesandten schliessen. Mit ungewöhnlichem Eifer drängte er auf die Bezahlung der den französischen Heeren geleisteten Dienste und auf Repressalien in Feindesland. Belleisle erklärte ihm „tout court“, beides sei während dieses Krieges ausgeschlossen. Zudem seien mit Kleve, Mark, Geldern und Hanau Verträge eingegangen worden⁶⁾, und es müsse im Falle eines Vorgehens mit der Möglichkeit einer noch stärker auftretenden „Vexation“ der kurkölnischen Lande gerechnet werden⁷⁾.

1) Bitterauf a. a. O. S. 137.

2) Breteuil, der franz. Gesandte am Bonner Hofe, war am 12. Dez. in Paris eingetroffen. Er kehrte nicht mehr nach Bonn zurück, sondern ging nach Petersburg. An seine Stelle kam ein Neffe des Bischofs von Orleans, Marquis de Bausset. Rhen am 14. Dez. 1759 und 2. Jan. 1760 nach Bonn; Fasc. 222⁴ u. ⁵. — Gaz. de Col. vom 8. Febr. 1760; Paris, 2. Febr.

3) Rhen am 6., 13. Jan. 1760 nach Bonn; Fasc. 222⁵. Dem „Livre rouge“ gemäss hatte Frankreich dem Kurfürsten im Jahre 1759 insgesamt 949 000 Livres ausgehändigt. Spittlers Magazin a. a. O. Bd. III, S. 337.

4) Rhen am 20. Febr. und 2. März nach Bonn. Fasc. 222⁵. Das Geld war an den Finanzdirektor Falkenberg adressiert.

5) Ennen teilt a. a. O. Bd. II, S. 516 (Nr. 64) Teile eines Briefes des Kurf. an Ludwig XV. mit, der, datiert vom 7. Febr. 1760, dieselben Gedanken enthält.

6) Es wäre verfehlt anzunehmen, diese Gebiete seien von den Franzosen schonend behandelt worden.

7) Über die Ablehnung der Repressalien, die Choiseul und Belleisle

Weit tiefer als die mit diesen einleuchtenden Gründen belegte Ablehnung der kurfürstlichen Forderungen traf Clemens August die von Rheen am 13. März 1760 angekündigte Kürzung seiner Subsidienbeträge. Choiseul wollte statt jährlich 750 000 Livres nur mehr 600 000 Livres bezahlen¹⁾. „Mémoires“ an Choiseul und den König waren umsonst²⁾, und den Einwand, Mainz erhalte doch fortwährend Geldsummen, schnitt Belleisle mit dem Bemerken ab: „Man hat Sie getäuscht“³⁾. Die Erregung in Bonn war gross. Sie entlud sich in begreiflicher Weise auf den Gesandten. Er erhielt eine scharfe Rüge wegen „zu sehr erniedrigender Schreibart und der unbefugten Beilegung des Titels Minister“ in dem Mémoire an den König. Der Grosskanzler verlangte, dass nunmehr alle Mémoires zuerst in Bonn zur Durchsicht vorgelegt würden⁴⁾.

mündlich zugesagt hatten, schrieb Rheen am 14. Febr. 1760: „j'ai prévu que sa réponse écrite ne correspondrait point à la réponse verbale, qu'il m'a donné vendredi dernier.“ Rheen am 10., 14., 17. Jan. und 2. März 1760 nach Bonn; Fasc. 222⁵⁾.

1) In den verschiedenen Münzsorten kann der Widerspruch mit den Angaben Rheens vom 7. Dez. 1758 (Vorl. Arbeit S. 41) nicht begründet sein. Am 11. Aug. 1758 setzte Raesf. 1 035 000 Reichstl. = 3 387 272 Liv. 14⁶/₁₁ S., sowie 800 000 Rtlr. = 2 618 181 L. 16⁴/₁₀ S. (Fasc. 222²⁾). Daraus folgt, dass — 1 L. = 20 S. gerechnet — 1 Rtlr. = 65,455 S. oder 3,273 L. war. Da allgemein damals der Gulden (Flor.) $\frac{2}{3}$ Rtlr. galt, kamen auf 1 Gulden 2,182 L. Demnach entsprächen den 300 000 bzw. 210 000 Flor (S. 44 vorl. Arb.) 654 600 bzw. 523 680 L. und nicht 750 000 L. Es bleibt wohl nichts anderes, als eine Erhöhung der Subsidienbeträge während des Jahres 1759 anzunehmen. Merkwürdig ist nun der Nachweis im „Livre rouge“ (Vergl. Vorl. Arb. S. 103), dass noch mehr als 750 000 L. jährlich, z. B. im Jahre 1759, nach Bonn geflossen sind. Höchstwahrscheinlich sollten damit zum Teil die Aufwendungen der kurfürstlichen Untertanen für die franz. Armee, von denen Rheen oft spricht, bezahlt werden.

2) Rheen am 13. März 1760 nach Bonn: Fasc. 222⁵⁾.

3) „ „ 19, 23., 25. März „ „ „ 222⁵⁾.

Auch Baron v. Grossschlag, der Bevollmächtigte von Kurmainz, stellte es in Abrede, und Starhemberg, Österreichs Gesandter, hielt es der Geldnot wegen für unnötig.

4) Raesfeld am 24. März 1760 an Rheen; Fasc. 222⁵⁾ — Schon vor zwei Jahren (im Mai 1758) hatte der Gesandte den Titel Minister vergeblich gewünscht; er sollte sich nur kurfürstlicher Hofrat in kurf. Angelegenheiten nennen. (Raesf. am 14. Mai 1758) Auch eine Wiederholung der Bitte am 27. April 1759, wobei Rheen versprach, keinen Kreuzer Besoldung mehr zu fordern, fruchtete nichts.

Das Vertrauen des Kurfürsten auf seinen Gesandten war stark erschüttert. Weder dessen Erklärung über „le mot simple ministre“¹⁾, noch die Mitteilung, Choiseul habe ihm eine Anweisung auf 100 000 Livres übermitteln lassen²⁾, hielten Raesfeld ab, im Auftrage des Kurfürsten zu Paris Monsieur d'Amillon, Abbé du Gué de Launay³⁾, um Auskunft zu bitten, ob es „nutzbringender und entsprechender sei, die Vertretung am französischen Hof Sieur de Réen oder dem Minister Sr. Hoheit, des Kardinals von Bayern, Comte van Eick, anzuvertrauen“⁴⁾. Der in Bonn wohl eingetroffene Bescheid wird kaum befriedigt haben, denn nach 2 $\frac{1}{2}$ Monaten erkundigte man sich nochmals bei Fernande Montrafiéd, Comtesse de Raymond⁵⁾. Sie entgegnete in ihrem Schreiben: „Der Eifer und die Liebe für seinen Fürsten sind die Richtlinien bei allem, was er im Interesse Sr. kurf. Durchl. unternimmt“⁶⁾.

Das Merkwürdigste bei diesem an sich geringfügigen Zwischenfall liegt in dem Verhalten des Kurfürsten.

Schon im Februar 1759 berichtete Rheen nach Bonn, van Eyck unterhalte unerlaubten Briefverkehr mit Leuten des Bonner Hofes, und im Mai 1760 schrieb er, er wünsche seine Briefe und Depeschen besonders vor „Abbé Minoray“ gehütet. Dieser schreibe stets an van Eyck und berichte ihm alles, was sich Interessantes am Hofe zutrage⁷⁾. Und gerade van Eyck sollte durch Clemens August zu seinem Vertreter gemacht werden! Sollte zwischen beiden nicht ein innerer Zusammenhang zu suchen sein⁸⁾? Darauf kann auch die Tatsache hinweisen, dass Raesfeld auf die Meldung

1) Rheen schrieb am 3. April 1760, „le mot simple ministre“ heiße in deutscher Sprache Sachwalter und Befehlsausrichter, in französischer Chargé d'Affaires. Fasc. 222⁵.

2) In der Mitteilung (27. März) betonte er, er sage niemand, „que V. A. S. E. soit traité plus favorablement que tous les autres princes.“ Am 21. April erhielt er das Geld und sandte es am gleichen Tage nach Bonn an Finanzdirektor Falkenberg.

3) Über die Persönlichkeit liess sich nichts Näheres feststellen.

4) Raesfeld am 2. April 1760 aus Bonn; Fasc. 222⁵.

5) Genaueres liess sich über sie nicht finden.

6) Die Comtesse am 29. Juli 1760 aus Paris. Fasc. 222⁶.

7) Rheen am 11. Febr. 1759 (Fasc. 222³) und am 28. Mai 1760 (Fasc. 222⁵) nach Bonn. — Abbé Franz v. Mineray war Geheimsekretär in Bonn. Kurk. Hofkalender v. J. 1760, S. 50. — Ennen a. a. O. Bd. II, S. 300, 303.

8) Vergl. vorl. Arbeit S. 76.

Rheens, van Eyck sei bei seinem Herrn in Ungnade gefallen — Rheen bezeichnete ihn dabei als „grossier voleur“¹⁾ — dem Gesandten den Befehl zukommen liess, im Falle Eyck vorsichtig zu sein und vor allem keine üble Nachrede zu verbreiten²⁾.

Die Subsidienfrage fand schliesslich auf einem Mittelwege ihre Erledigung, nicht ohne dass „die Verwendung der guten Dienste der grossmächtigen Frauen den genannten Minister [Choiseul] gezwungen haben, seine Absicht zu ändern“. Zwar blieb es bei den 600 000 Livres, doch erklärte Choiseul sich bereit, die monatlich zurückbehaltenen 12 500 Livres am Ende des Jahres zusammen mit 150 000 Livres auszuzahlen. Rheen schloss seinen Bericht mit den Worten: „Bei der besagten Frau³⁾ hab ich mich vorgestern auf die höflichste Art bedankt für ihre gütige bei die erwähnten 2 Minister⁴⁾ geschehene Fürsprach.“ Sie habe sie ihm auch weiterhin zugesichert. Dann sei er zu ihrem Intendanten gegangen und habe ihm die 200 Louisd'or gegeben. Auf diese Weise lasse „sich oft viel Gutes hier ausrichten wider willen und wollen deren königlichen Ministern“⁵⁾.

Man würde dem kurkölnischen Gesandten entschieden Unrecht tun, wollte man zuerst bei ihm die Gründe für die Misserfolge der letzten Zeit suchen. Sie lagen vor allem im inneren Zustand Frankreichs. Seine finanziellen Schwierigkeiten nahmen immer drohendere Formen an, und allgemein zeigte sich eine immer mächtiger au-

1) Rheen am 16. Nov. 1760 nach Bonn; Fasc. 222⁶.

2) Raesf. am 18. Dez. 1760 an Rheen; „ 222⁵.

Dass Clemens August nach der Art Ludwigs XV. neben seinen offiziellen Vertretern wahrscheinlich noch besondere Geheimagenten hatte, zeigt auch folgendes. Am 1. Mai 1760 (Fasc. 222⁵) befahl Raesfeld dem Gesandten, einem gewissen le Fèvre, der unter dem Vorwand, kurf. Kommissar zu sein, Unterschleife „in commerciis“ begehe, das Handwerk zu legen. Anscheinend ging dieser, von Beruf Kaufmann, in Paris zugleich seinen Geschäften nach. Am 15. Mai antwortete Rheen (Fasc. 222⁵), er habe den Mann — le Febure nennt er ihn — zu sich kommen lassen. Dieser besitze zwar kein förmliches Patent als „Commissionnaire“, diesen Titel jedoch in den ihm seit 1752 vom Kurfürsten ausgestellten Reisepässen. Er versichere, keinen Unterschleif, auch nicht in commerciis gemacht zu haben, behaupte dies indes von dem Agenten Girost (Kurf. Hofkalender vom Jahre 1760, S 51) und dessen Vetter Laqueux.

3) Madame de Pompadour.

4) Es sind Belleisle und Choiseul gemeint.

5) Rheen am 17. April 1760 nach Bonn; Fasc. 222⁵.

schwellende Sehnsucht nach Frieden. Der für England günstige Verlauf des amerikanischen Krieges im Jahre 1759, seine Erfolge gegenüber Frankreich bei Quebec, Lago und Quibéron wurden durch die Ereignisse in den ersten Monaten des Jahres 1760 vollends gesichert. Choiseul dachte seit Ende 1759 an den Frieden¹⁾.

Bereits am 13. Dezember berichtete Rheen²⁾, es werde viel von Friedensvorschlägen gesprochen; er halte sie aber für hin-fällig, da Frankreich nicht gesiegt, Österreich Schlesien nicht in Besitz habe und Friedrich dies Land niemals hergeben werde. Trotzdem wurde ihm von Raesfeld bedeutet, aufmerksam zu sein und zu erkunden, ob für Kurköln nichts Nachteiliges dabei im Spiele sei³⁾. Rheen hatte schon, bevor er diesen Brief erhielt, Anlehnung an den österreichischen Gesandten Starhemberg gesucht und ihn gebeten, an die seinem Herrn versprochenen Indemni-sationen in seinen Besprechungen mit den französischen Ministern sowie bei einem Friedensschlusse zu denken. Dieser hatte ihn jedoch abgewiesen, da er solche „odiose Dinge“ nicht zur Sprache bringen könne. Er habe genug damit zu schaffen, den franzö-sischen Hof in guter Laune zu halten, denn Frankreich habe sich wegen Sachsen und Österreich ins Verderben gebracht; zudem sähen die französischen Minister es nicht gern, wenn Höfe mit eigenen Bevollmächtigten sich an fremde Gesandten wendeten⁴⁾.

Es ist bekannt, dass es dem Wiener Kabinett gelang, Frank-reich von der Idee eines allgemeinen Friedens abzubringen, und dass die Versuche Choiseuls, einen Separatfrieden mit England herbeizuführen, fehlschlügen. In Bonn verfolgte man diese im stillen gepflogenen Verhandlungen mit gespanntester Aufmerksam-keit. Unablässig tauschten Raesfeld und Rheen gerade über diese Angelegenheit Briefe aus⁵⁾. Der Kurfürst wünschte die Wahr-nehmung des kurkölnischen Interesses durch die Erzielung von

1) Schaefer a. a. O. Bd. II, 1; S. 349f., 446f.

2) Rheen am 13. Dez. 1759 nach Bonn; Fasc. 222⁴.

3) Raesfeld am 23. Dez. 1759 an Rheen; „ 222⁴.

4) Rheen am 14. Dez. 1759 nach Bonn; Fasc. 222⁴.

5) Raesfeld am 4. März 1760 an Rheen; dieser am 6. Jan., 9. März 1760 an jenen. Fasc. 222⁵. — In dem Briefe vom 6. Jan. hob Rheen hervor, man dürfe sich viel von dem Einfluss Breteuils in Petersburg, der seine Hülfe zugesagt habe, versprechen.

Gebietserweiterungen beim Frieden und durch die Wahl Münsters als Friedenskongressstadt¹⁾. Dort habe der 30jährige Krieg sein Ende gefunden und könnten die Vertreter der Nationen aufs beste verpflegt werden. So zahlreiche Schreiben gingen aus Bonn an Ludwig XV. und seine Minister, dass Rheen am 28. Mai bat, es möchten nicht mehr so viele Briefe wegen eines Friedens nach Bonn gesandt werden, „der nicht stattfinden werde“. Choiseul habe ihm gesagt, der Minister des Bonner Hofes glaube alle Zeitungsnachrichten und sogar oft Dinge, die unsinnig wären; demgemäss werde selbst der Kurfürst beeinflusst²⁾.

Worin die so ersuchten Indemnisationen bestehen sollten, gestand der kurkölnische Gesandte zu Wien, Leykam, in einem Promemoria an den Kaiser vom 21. Mai 1760. Demnach begehrte Clemens August:

„Die Graf- und Herrschaften Mörs, Lingen, Tecklenburg, Stadt Soist mit ihrer Börde, sodann die Ihrer Durchlaucht zu Lehen gehende auch versetzte etliche des Herzogtums Cleve Städte und Dörfer.“ So werde der Empörer geschwächt, und es sei sicher, dass „die von denen die Übermacht missbrauchenden Ständen gesetzmässig abnehmende Länder in keine besseren und sicheren Hände zugeteilt und bewahrt werden“ könnten³⁾.

In Wien erwiderte man Leykam, sein Herr möge sich mit seinen Wünschen an den Reichstag wenden⁴⁾. Demgegenüber bemerkte Rheen, sich auf eine Zuschrift aus Regensburg stützend⁵⁾, es komme alles auf Wien, Versailles und Petersburg⁶⁾ an. Die

1) Raesfeld am 24. April, 17. Mai 1760 an Rheen; dieser am 7. Mai 1760 nach Bonn. Fasc. 222⁵⁾. — Clemens August war nicht der einzige, der die Vorteile einer solchen Tagung zu würdigen wusste. Holland war für Breda, Frankreich für Nancy und Österreich für Augsburg. Dieses gefalle, so schrieb Rheen am 25. Aug., Wien am besten wegen seiner Lage, „de la parité de la religion“, die dort herrsche, und der beabsichtigten Wahl des Erzherzogs zum König von Rom. Fasc. 222⁶⁾. Bitterauf a. a. O. S. 171.

2) Rheen am 28. Mai 1760 nach Bonn. Am 25. Mai hatte er von einer zwischen Belleisle und Choiseul bestehenden Eifersucht gemeldet. Dieser sei „sehr hitzig, ehr- und ruhmsüchtig“ und sehe ungern Schreiben des Kurfürsten an Belleisle „wegen des Friedensgeschäftes“. Er bitte deshalb, solche nur noch an den König und Choiseul zu senden. Fasc. 222⁵⁾.

3) Fasc. 211. 4) Raesfeld am 28. Juli 1760 an Rheen; Fasc. 222⁵⁾.

5) Rheen am 10. Aug. 1760 nach Bonn; Fasc. 222⁶⁾.

6) Am 20. Juli 1760 meldete Rheen nach Bonn, er habe sich noch-

Reichsgarantie sei „ohnehin eine bloss und schwache Formalität, welche ihre Wirkung nach dem geschlossenen Frieden erst erreichen“ könnte¹⁾. Alles, was Rheen in Versailles erzielte, war die Zusage Choiseuls, für Münster als Friedenskongressstadt einzutreten, es müsse jedoch vom Feinde frei sein²⁾. So entgegenkommend diese Antwort wenigstens in einem Punkte zu sein schien, sie war praktisch wertlos. Die Bistümer befanden sich im unbestrittenen Besitz der Alliierten. Die Einnahmen des Kurfürsten waren bis auf ein Minimum hinabgesunken. Zwar hatten ihm im vergangenen Herbst Vertraute seiner Umgebung³⁾ aus Münster, von dem er, unbekümmert um die unglaublich schlechte wirtschaftliche Lage der Stadt, 200 000 Rtlr. gefordert hatte⁴⁾, Geld überbracht; auch war Anfang 1760 nochmals eine Sendung erfolgt⁵⁾. Doch was besagten diese gewiss nicht grossen Summen!

mals an Breteuil in Petersburg gewandt und ihn gebeten, bei der Kaiserin für die Wünsche des Kurfürsten tätig zu sein. Fasc. 222⁵⁾.

1) Rheen am 25. Aug. 1760 nach Bonn; Fasc. 222⁶⁾.

2) „ „ 14. „ 1760 „ „ 222⁶⁾. — Am 19. Juni 1760 erwähnte Rheen auch den „pretendu comte de St. Germain“, der damals in den Kreisen der hohen Diplomatie sein Unwesen trieb (Schaefer a. a. O. Bd. II, 1, S. 486f.). Dieser verstehe es vorzüglich, so schrieb Rheen, sich bei Frauen einzuschmeicheln, die Leute zu betrügen und sich den Anschein zu geben, als wisse er „arcanas“. Er sei augenblicklich auf der Reise von London durch Holland, Ostfriesland nach Berlin. „Le roi de Prusse pourra de cet homme apprendre bien des choses, mais rien du secret, qui se traite dans le cabinet des ministres de Sa Majesté d'avec ses alliés. Fasc. 222⁵⁾.

3) Es waren dies die beiden Nagel: zu Ittlingen und zu Loburg. Huppertz a. a. O. S. 190, 209, 211. — Nach einer Reiseunkostentabelle befand sich Nagel-Loburg, der frühere Kommandeur des kurkölnischen Reichskontingents am 25. Aug. 1759 zu Bonn, am 26. zu Neuss und Wesel, am 1. Sept. zu Düsseldorf, am 5. zu Wesel, am 6. zu Koesfeld, am 13. zu Wesel, am 21. zu Neuss und Köln, am 24. zu Bonn. Er hat somit den Vormarsch des französischen Generals Armentières gegen Münster benutzt, um in die Stadt zu kommen. Fasc. 184.

4) Huppertz a. a. O. S. 220f.

5) Am 28 März 1760 schrieb Ferdinand an Ammon in Münster, er wünsche unterrichtet zu werden „sur l'évidence de la remise des 120 mille Ecus que la Régence de Münster a fait à l'Electeur de Cologne“. Ammon erwiderte am 2. April, die münstersche Regierung stelle die Übersendung von Geld nicht in Abrede, doch „la somme n'étoit pas si grande“. Westphalen a. a. O. Bd. IV, S. 265f.

Gehälter wurden zu Bonn nicht mehr gezahlt, und meist mit schlechter Münze die dringendsten Forderungen befriedigt¹⁾. Mit bitterer Resignation fügte man sich in Bonn jetzt bald den Schicksalsschlägen, nahm gern das Geld, das noch aus Paris kam²⁾, klagte auch ab und zu, wenn man sich gar zu sehr vernachlässigt oder gekränkt sah³⁾ und liess im übrigen den Dingen ihren Lauf. Mit Mühe gelang es Rheen, den wahrscheinlich aus Unwillen verweigerten Empfang des neuen französischen Gesandten am Bonner Hofe, Bausset, Ende Juli durchzusetzen. Schon sollte er von Choiseul zurückberufen werden, als Rheen mahnte, eine solche Massnahme der Missstimmung müsse unbedingt vermieden werden, da man „vonnöten habe, Ihn [Choiseul] als einen Abgott wohl zu feiern“. Der Kurfürst wisse doch, „wie sehr es in seinem Interesse liege, diesen allmächtigen Minister vor allem nach jeder Richtung hin in günstiger Stimmung zu erhalten und sorgfältig alles zu vermeiden, was ihn im geringsten verstimmen und unzufrieden machen könne“⁴⁾. Die ernste, den Tatsachen entsprechende Mahnung wirkte; der Kurfürst empfing den Gesandten. Welch bittere Stimmungen er in seinem Innern dabei unterdrückt haben wird, mag ein kurzer Hinweis auf die Lage seiner Bistümer um diese Zeit zeigen.

Ferdinand von Braunschweig verstand es im Kriegsjahr 1760 abgesehen von kleinen Schwankungen im Kriegsglück die Linie

1) Ennen a. a. O. Bd. II, S. 350.

2) Rheen waren für den letzten Juli 1760 100 000 L. zugesagt. Choiseul gab ihm aber schon am 1. Juli eine Zahlungsanweisung. Einen Teil der Summe in Gold brachte der neue franz. Gesandte Bausset, der am 6. Juli über Lüttich und Köln nach Bonn reiste, mit. Rheen am 26. Juni und 3. Juli nach Bonn; Fasc. 222⁵.

3) So im August und Sept. als Broglio und Ferdinand sich an der Diemel gegenüberstanden. Jener fouragierte wieder in Hessen und „wir“, so schreibt Osten-Reden a. a. O. II, S. 204, „machten es im Bistume Paderborn nicht besser.“ Raesfeld befahl am 3. Sept. dem Gesandten, sich darüber zu beschweren. Es war diesem sogar ein Bericht des Paderborner Rates zugegangen, der bittere Klage über das schamlose Benehmen der hannoverschen Truppen in der Kirche und dem Pfarrhaus des Dorfes Dösel führte. Selbst die Hostien waren nicht geschont worden. Rheen am 14. Sept. 1760 nach Bonn; Fasc. 222⁵. Vergl. Stoffers in Ztschrft. für vaterl. Gesch. u. Altertumskd. Bd. 70, Abt. 2, S. 81.

4) Rheen am 23. Juli 1760 nach Bonn; Fasc. 222⁵.

der Diemel, eines linken Nebenflusses der Weser, und damit die kurkölnischen Gebiete, die sogar in richtiger Einschätzung ihres Wertes im Frühjahr 1760 der neue Landgraf von Hessen bei den Verhandlungen über einen neuen Subsidienvvertrag mit England als Kontributionsgebiete beansprucht hatte¹⁾, zu behaupten. Selbst ins rheinische Erzstift kamen die Alliierten Ende des Jahres, als Ferdinand unter seinem Neffen, dem Erbprinzen von Braunschweig, zur Ablenkung des von Hessen aus andrängenden Marschalls Broglio einen Vorstoss dorthin machen liess²⁾. Das Ende des Feldzuges sah die Alliierten wieder in den Bistümern ihre Winterquartiere beziehen. Anscheinend sind die gestellten Forderungen für die Truppen so hoch wie im Winter 1758—59 gewesen. Es ist dies aus der Angabe von Huppertz zu schliessen, Münster habe 3514500 Rationen und 5969760 Portionen liefern müssen³⁾. Nimmt man dem Brauch entsprechend als Lieferungszeit 6 Monate zu je 30 Tagen, so macht dies täglich 1758—59 an Rationen 19525, an Portionen 33165. Das Hochstift Paderborn musste zur Winterquartierverpflegung 1081800 Rationen und 1883880 Portionen beschaffen⁴⁾. Ähnliches wird wohl auch für die anderen Stifter gegolten haben. Ob das Land diese Mengen aufbringen konnte, darnach wurde nicht gefragt. Unnachgiebig wurden Naturalien oder das Entsprechende in Geld eingetrieben. Am 4. April 1761 befahl Ferdinand dem Kammerpräsidenten von Massow die Beitreibung der noch in den Stiftern und dem Herzogtum Westfalen ausstehenden Gelder und Naturalien unverzüglich in Angriff zu nehmen. Er gebot: „Wenn die militärische Exekution nicht fruchtet, so müssen die Herren Capitularen und die von der Regierung in eugen Arrest und bey Wasser und

1) „Die Absichten des Hofes von Kassel waren vorzugsweise auf die vier Bistümer und die dem Churfürsten von Cöln gehörigen Gebiete gerichtet. Da man jedoch für die Armee Winterquartiere und für die Truppen Gratifikationen bedurfte und andererseits diese Winterquartiere der Krone eine Ausgabe von mehreren Millionen Talern ersparen, so habe ich die Vorschläge immer zurückgewiesen.“ Ferdinand am 5. Febr. 1760 an Holdernesse. — Knesebeck a. a. O. Bd. II, S. 30.

2) Osten-Reden a. a. O. Bd. II, S. 215 f. — Westphalen Bd. IV, S. 496 f. Renouard, Bd. II, S. 634. — Schaefer a. a. O. Bd. II, 2, S. 136 f.

3) Huppertz a. a. O. S. 267.

4) Stoffers in Zt. f. vat. Gesch. u. Altert. Bd. 70 Abt. 2, S. 82.

Brodt gesetzt werden. Das Stift Osnabrück soll zwar nach des Königs von Engelland erfolgten Deklaration freundschaftlich und nicht als die übrigen Stifter behandelt werden“, doch müsse es die auferlegte Menge an Mehl und Fourage liefern¹⁾. „Die vier Bistümer sind vollständig erschöpft und das Herzogtum befindet sich im bejammernswertesten Zustande“, mit diesen Worten begleitete die Gazette de Cologne am 29. Mai 1761 ihre Meldung aus Regensburg (24.), dort habe der kurkölnische Gesandte dem Reichstag ein Mémoire vorgelegt, das die Notlage des Kurfürsten von Köln und seiner Länder schildere. Ein ähnliches, vor allem allerdings die Stellung Kurkölns zu Frankreich behandelndes Schriftstück fertigte um diese Zeit die kurfürstliche Kanzlei zu Bonn aus²⁾. Es beginnt mit einer Schilderung der Lage Clemens Augusts. Dann wird um Zusendung der 4 Monatsraten, die auf Grund des Vertrages nach der Höhe von 750000 L. noch rückständig seien, sowie um „die monatlich von den Jahressubsidien des Königs zurückgehaltenen 12500 L.“ gebeten. Indem dann das Schreiben an die Zuwendung guter Indemnisationen beim Friedensschlusse erinnert, fährt es fort: „Bezüglich dieses Punktes, der mir viel Sorge macht, bitte ich Sie, Monseigneur, den Herren meiner Kapitel und Regierungen eine ostensible Antwort zugehen zu lassen, weil sie abermals diese Zusicherung von mir fordern“. Zu Beginn des Krieges habe er Geld und Kredit gehabt, jetzt bilde die königliche Unterstützung die einzige Quelle zu seinem Unterhalt. „Vor diesem Kriege“, so heisst's weiter, „war ich nach den Kurfürsten von Sachsen, Brandenburg und Hannover der reichste Reichsfürst. Das in meinen Gebieten permanente Kriegstheater hat mich zuletzt dahin gebracht, dass ich nur noch vom Könige Hülfe erwarten kann“. Mit der Versicherung, das Land werde sich erst nach fünfzig Jahren von seinen Verlusten erholen, schliesst der Brief. Sein Inhalt gibt ein getreues Spiegelbild der Lage des Kurfürsten in der letzten Zeit seines Lebens³⁾.

1) Westphalen a. a. O. Bd. V, S. 269.

2) Der Brief ist weder datiert, noch adressiert, noch unterschrieben. Höchstwahrscheinlich war er an Choiseul gerichtet und sollte von Clemens August unterzeichnet werden, wurde aber im letzten Augenblick, als er in Reinschrift zur Unterschrift und Absendung bereit lag, zurückbehalten. Fasc. 222⁶.

3) Aus Paris hat Clemens August nach dem „Livre rouge“ in Spittlers Magazin Bd III, S. 337 im Jahre 1760 nur 500 000 L. erhalten.

Der finanzielle Zusammenbruch war in unmittelbare Nähe gerückt, und nur eine Summe, die er Ende Januar 1761 in Holland aufnehmen konnte¹⁾, beschwor die nächste Gefahr. Nicht lange mehr sollte der Kurfürst unter den Lebenden weilen.

Auf einer Reise nach München zur Taufe eines Kindes der Kronprinzessin von Polen, seiner Nichte, wurde Clemens August am 6. Februar 1761 abends 5 Uhr in Ehrenbreitstein vom Tode überrascht. Er war tags zuvor nachmittags 4 Uhr dort angekommen und hatte sich mit dem Kurfürsten von Trier zu Tisch gesetzt. Beim Nachtschiff fühlte er sich unwohl. Die Brust war ihm beklommen, und sein Atem ging schwer. Er legte sich zu Bett und verbrachte eine äusserst unruhige Nacht. Sein Zustand wurde am Morgen des 6. noch bedenklicher, und als man ihm erklärte, es sei Gefahr vorhanden, empfing er die hl. Wegzehrung und Letzte Ölung. Gegen Abend verschied er, nachdem er noch die Anwesenden reichlich beschenkt hatte²⁾. Ein langjähriges, organisches Herzleiden hatte seinem Leben ein Ziel gesetzt³⁾.

„Malis suorum ingemiscens occubuit“, sagt die Inschrift unter dem Bildnis des Kurfürsten in dem alten Kapitelhause der Stadt Hildesheim⁴⁾. Der Tod war für Clemens August wohl eine willkommene Erlösung von unsagbar trostlosen Verhältnissen.

Nur kurze Zeit nach dem Tode des Kurfürsten verliess auch der kurkölnische Gesandte zu Paris, Rheen, auf immer seinen Posten. Er war Ende September 1760 noch einmal nach Bonn gereist⁵⁾ und Anfang November wieder nach Paris zurückgekehrt. Gleich nach seiner Rückkehr hatte er den heftig zufahrenden Choiseul mit seinen ungestümen Geldforderungen so gereizt, dass dieser ihm „furieusement“ grollte, zumal er zur Erreichung seiner

1) Ennen a. a. O. Bd. II, S. 351.

2) Gaz. de Cologne vom 13. Febr. 1761; Ehrenbreitstein 8. Febr.

„ „ „ „ 6. „ 1761; Bonn, 5. Febr.

3) Ennen a. a. O. Bd. II, S. 352. - Allg. Dtsche. Biogr. Bd. IV, S. 302ff.

4) Spruch und Bildnis befanden sich dort auf einer Tafel sämtlicher Bischöfe von Hildesheim. Archiv des hist. Vereins für Niedersachsen; Hannover 1845, S. 165.

5) Am 24. Sept. 1760 erklärte Rheen, der Feldzug sei wieder ergebnislos. Morgen werde er persönlich die einkassierten Gelder überbringen. Fasc. 222⁶⁾.

Ziele wiederum die Hälfte dritter Personen in Anspruch genommen hatte¹⁾. Dieser Grimm scheint nicht mehr geschwunden zu sein. Nachdem Rheen noch zweimal Geldsummen im Gesamtbetrage von etwa 150000 L. in der ersten Hälfte des Monats Februar 1761 durch den Bankier Meinertzhagen nach Bonn hatte übermitteln lassen²⁾ — Clemens August wird sich des Geldes nicht mehr haben erfreuen können — verliess er wahrscheinlich Ende Februar 1761 Paris. Die Mitteilung des Rücktritts an den König und Choiseul besagte³⁾, Herr von Rheen bedaure es tief, den Unwillen Choiseuls wachgerufen zu haben. Auch weil dem Gesandten, dessen Gesundheit stark gelitten habe, die weitere Beschäftigung mit der Politik verleidet sei, habe man seine Abberufung beschlossen. Der Gesandte stehe im Begriffe „den Degen und die Feder mit dem geistlichen Gewand und dem Brevier zu vertauschen“. Indem um pünktliche Zusendung der ihm von Ludwig XV. verliehenen Pension, „die gegenwärtig sein einziges Hab und Gut ausmache“, gebeten wurde, endigt das für Rheen keineswegs unrühmliche Schriftstück.

Sollte man über Rheen und seine Tätigkeit am Pariser Hofe im Dienste Clemens August ein Urteil fällen, so dürfte man dem Gesandten wohl eine ziemlich scharfe Beobachtungsgabe und ein nicht geringes diplomatisches Geschick zusprechen. Wenn seine aufreibende Wirksamkeit nicht nach jeder Richtung hin den von seinem Herrn vor allem erwarteten Erfolg hatte, so lag dies nicht

1) Diesmal war es der bayrische Kardinal Johann Theodor gewesen, der sich im Zwist mit seinem Neffen Max. Joseph damals von München nach Paris begeben hatte und sich dort unter dem Namen eines Comte de Franchimont aufhielt; durch ihn hatte Rheen eine unmittelbare Verbindung mit Ludwig XV. gesucht. Rheen am 24. April und 20. Nov. 1760 nach Bonn; Fasc. 222^{5,6}. — Bitterauf a. a. O. S. 165.

2) Rheen am 8. Febr. 1761 nach Bonn; Fasc. 222⁶. — Die Mitteilungen Rheens lassen auf eine Gesamtsumme in der Höhe von 170 740 L. schliessen. Nach dem Auszug in Spittlers Magazin Bd III, S. 337 waren es 150 000 L. — Am 29. Jan. 1761 teilte Rheen den Tod des franz. Kriegsministers Marschall Belleisle mit, von dem er am 12. Mai 1758 in ehrenvollem Vergleich gesagt hatte: „dormant aussi peu que le roi de Prusse et travaillant de sa tête pour le moins que lui.“ Fasc. 222¹.

3) Unter dem 16. Mai 1761 von Bonn an den König und Choiseul bestimmt. Fasc. 222⁶.

so sehr an ihm selbst, als vielmehr an seiner undankbaren und von vornherein wenig aussichtsvollen Aufgabe. Er selbst hat damals, als ihm im Jahre 1760 das kurfürstliche Vertrauen zu schwinden drohte, treffend mit den gegen üble Deuter gerichteten Worten seine Lage gekennzeichnet¹⁾: „tadeln kan jedermänniglich, aber nicht besser tun und dienen. mein Amt ist auf keine weiße zu beneiden bei einem Hofe wo die ministri den Herrn spielen, wo die umstände sehr fatal sind und wo ich nur odiose Klagen wider Freunds- und Feindstruppen vorzustellen und geldsummen mit Ungestümmigkeit zu sollicitieren habe“.

Neue Männer, neue Wege — Schluss.

Nach dem Tode des Kurfürsten gewannen die Verhältnisse in Köln bald ein anderes Aussehen. Kaum einen Monat später — es war am 3. März 1761 — liessen die Franzosen den noch in Bonn stehenden Rest der kurfürstlichen Truppen, soweit sie nicht dem französischen König den Eid der Treue leisten wollten, entwaffnen und wegführen. Nur das kurfürstliche Schloss blieb von Teilen des Leibregiments besetzt; sonst erhielt Bonn französische Besatzung²⁾.

Von den erledigten Bistümern erhielt Köln zuerst am 6. April in Maximilian Friedrich von Königsegg einen neuen Oberhirten. Zum erstenmale seit 177 Jahren war damit der Kölner Kurfürst

1) Rheen am 3. April 1760 nach Bonn; Fasc. 222⁵.

2) Spen. Zeity vom 21. März 1761; Bonn, 6. März. — Huppertz a. a. O. S. S. 276 — Schaefer a. a. O. Bd. II, 2; S. 201. — Waddington Bd. IV, S. 310. — Die Stärke eines Teiles der noch in Bonn im Monat Juni 1760 vorhandenen Truppen geben folgende Standestabellen an (Fasc. 214):

Regiment	Bestand	Marschbereit	Weiber	Kinder
Schorlemer	287	110	—	—
Ludwig Ernst	162	118	37	31
Wenge	167	70	93	117
Bönnighausen	192	124	26	27

Es fehlen in dieser Übersicht ein münstersches Infanterie- und zwei münst. Kav.-Reg., sowie die wenigen erzstiftischen Soldaten. Trotzdem werden es insgesamt kaum mehr als 800 Marschbereite gewesen sein.

nicht aus dem Hause Wittelsbach. Am 16. September des folgenden Jahres wurde Königsegg zur Überraschung Friedrichs II. und Ferdinands auch zum Bischof von Münster gewählt¹⁾, wodurch Säkularisationspläne, die Englands und Preussens Herrscher während des Krieges nie ganz aus dem Auge gelassen hatten²⁾, wieder in weitere Ferne gerückt waren. Zuletzt erhielten Paderborn in Wilhelm Anton von Asseburg am 25. Januar 1763 und Hildesheim in Friedrich Wilhelm von Westphalen am 7. Febr. 1763 neue Oberhirten.

Das Fehlschlagen der Säkularisationspläne hing zusammen mit der gegen Ende des Krieges durch die zweideutige Politik des neuen englischen Ministers Bute beginnenden Entfremdung zwischen Preussen und England. Da Königsegg sich im Gegensatz zu seinem Vorgänger der englischen Politik anschloss, ist sowohl seine Wahl zum Bischof von Münster ohne Rücksichtnahme auf Preussen verständlich, wie auch seine Anfang 1763 an England gerichtete Bitte, es möchten bis zum Friedensschluss hannoversche Truppen in Münster bleiben³⁾.

Die westfälischen Bistümer blieben sämtlich bis zum Schluss des Feldzuges auf dem westlichen Kriegsschauplatz in der Hand Ferdinands. Zwar gewannen die Franzosen im Herbst 1761 einige Erfolge. Ganz barbarisch hausten sie im Bistum Osnabrück und bedrohten von Göttingen und Einbeck aus Braunschweig, Hildesheim und Hannover⁴⁾. Ferdinand befahl schon die Festungswerke von Hannover und Hildesheim zu schleifen, um eine Festsetzung der Franzosen in den Städten zu verhindern⁵⁾. Am Ende des Jahres war er indessen wieder im unbestrittenen Besitz der Gebiete und zwang für den Winter den sich heftig sträubenden Bewohnern wieder die üblichen Kontributionen auf⁶⁾. Noch ein

1) Westphalen a. a. O. Bd. VI, S. 61, 66. — Faber a. a. O. Neue Folge 5. Teil, S. 227f. — Pol. Corr. Bd. XXI, Nr. 13685, 13686.

2) Pol. Corr. XIV, Nr. 8506, 8590; Bd. XX, Nr. 12735, 12834. — Mit. Papers Bd. I, S. 473; Bd. II, S. 33, 35. — Koser a. a. O. Bd. II, 1; S. 59, 88, 167, 169, 243, 334. 3) Pol. Corr. Bd. XXII Nr. 14369, 14387.

4) Danz.-Beiträge Bd. XIV, S. 178. — Schaefer a. a. O. Bd. II, 2, S. 318f. 5) Kneesebeck a. a. O. Bd. II, S. 284.

6) Gaz. de Col. vom 22. Dez. 1761; Hannover, 10. Dez.

„ „ „ „ 29. Jan. 1762; Wien, 20. Jan.

Ferdinand machte auch jetzt wie in den Jahren zuvor der Bevölkerung viel zu schaffen. Kneesebeck a. a. O. Bd. II, S. 306, 309.

Kriegsjahr musste die unglückliche Bevölkerung über sich ergehen lassen. Endlich wurde am 15. November 1762 des kurz bevorstehenden Friedens wegen auf Grund einer Konvention durch eine von Koesfeld über Dortmund, Marburg und Fulda laufende Demarkationslinie den feindlichen Heeren ein bestimmtes Gebiet zugewiesen¹⁾. Schon Ende Dezember — Ferdinand hatte am 23. Dezember seinen Oberbefehl niedergelegt — räumten die meisten der englischen, hannoverschen, braunschweigischen und hessischen Truppen die Bistümer.

Diese befanden sich beim Abschlusse des Hubertusburger Friedens am 15. Februar 1763 im Zustande äusserster Erschöpfung und schrecklichster Verwüstung. Seit den Zeiten des 30jährigen Krieges hatte das Land nicht mehr so viel Elend gesehen.

Obwohl die von den Franzosen und besonders von den Alliierten eingetriebenen Naturalien und Geldsummen allein schon Werte von vielen Millionen Reichstalern ausmachten, so waren die materiellen Verluste der kurkölnischen Gebiete während der 6 Kriegsjahre nicht das Schlimmste. Was besagte das alles im Vergleich zu den weit und breit brach liegenden Fluren, der Lahmlegung von Handel und Gewerbe, der Verwüstung von Dörfern und Städten, den Verlusten an Einwohnern und endlich der ungünstigen Einwirkung auf Sitte und Denkungsart der Bewohner. Auf Jahrzehnte hinaus war das Land geschädigt. Es bedurfte emsigster, ausdauerndster Arbeit, um die Wunden des Krieges zu heilen.

Ob nicht mancher Untertan, wenn auch nur still und schwiegen, all den erlebten Jammer mit der Person des Landesfürsten in Beziehung brachte! Man wusste von Clemens August, er war gutmütig und hatte manchmal eine offene Hand; er war aber auch — das Traurigste für ein Volk in schwerer Zeit — ungemein vergnügungssüchtig, der Schmeichelei leicht zugänglich, unselbständig und kurzsichtig in der Politik, ein willenloser Bundesgenosse Frankreichs und Österreichs. Finanziell an Frankreich gebunden, erscheint bei ihm das in seinem Ursprung bis in den Anfang des 15. Jahrhunderts zurückgehende Unwesen²⁾,

1) Westphalen a. a. O. Bd VI, S. 1055f. — Knesebeck a. a. O. Bd. II, S. 557.

2) v. Bezold, Das Bündnisrecht der deutschen Fürsten. Rektoratsrede, Bonn 1904, S. 13f.

gegen bestimmte Geldsummen gewisse Verpflichtungen fremden Staaten gegenüber zu übernehmen, in eigenartiger, abstossender Wandlung. Ohne für die empfangenen Geldbeträge unmittelbar Dienste zu leisten, öffnete er seine Lande den Franzosen und strich, ohne Unterlass fordernd, Geldsummen ein, die in vielfacher Höhe auf Kosten von Hab und Gut, Glück und Leben seiner Untertanen durch die Franzosen wieder eingetrieben wurden. Die Entschuldigung, Clemens August sei von Frankreich, das sich zum Beschützer aufwarf, hintergangen worden, ist wenig triftig¹⁾. Bot die Vergangenheit nicht Beispiele genug, dass die Beschützung der deutschen Fürsten, welche die Franzosen allenthalben zur Schau trugen, nur ein nichtiger Vorwand war. Die Franzosen hielten es „im Gegentheile für unsinnig auch nur einen einzigen Grenadier zu opfern, um den mit ihnen verbündeten deutschen Fürsten Hülfe zu leisten, selbst wenn die letzteren dies noch so nötig hätten“²⁾. Ebenso wenig wird man betonen dürfen, dass eine andere Haltung des Kurfürsten die Schicksale seiner Lande nicht geändert hätte. Sie wäre indes auf jeden Fall ehrenhafter gewesen. Wenn er nun aber nach Lage der Verhältnisse einer überlegeneren Macht gegenüber Not und Elend von seinen Landeskindern nicht fernhalten konnte, was hatte er zu deren Linderung getan? War er nachsichtig bei der Zahlung der Abgaben gewesen? Hatte er die eigenen Ansprüche und Bedürfnisse gebührend eingeschränkt? War er in erster Linie für seine Untertanen an fremden Höfen eingetreten? Hatte er in landesväterlicher Neigung mit seinen Untertanen derselben Gefahr mutig ins Auge geschaut und dasselbe Los geteilt, wie es Friedrich der Grosse, von allen bewundert, getan hatte? Musste nicht jede dieser Fragen verneint werden? Auch die Kurkölnen hatte ein Band umstrickt, „das der Müßiggang und der Eigennutz in der Hand hielt.“ Vielleicht war es bekannter, als man heute annimmt, dass nur vor dem Widerspruch der Stände³⁾, die die ganze Schwere

1) Hier sei darauf hingewiesen, dass an vielen Stellen vorliegender Arbeit sich aufdrängende Vergleiche mit Ereignissen der grossen Gegenwart absichtlich vermieden worden sind.

2) Ferdinand am 29. Sept. 1759 an Lord Holderness. — Kneesebeck a. a. O. Bd. I, S. 462.

3) C. Becker in den *Annalen d. hist. Ver. f. d. Niederrh.* Heft 92, S. 87f.

des Krieges mit dem Volke trugen, die unablässigen Geldforderungen des Kurfürsten Halt machten.

So wird auch Clemens August dazu beigetragen haben, dass das Ansehen und die Auffassung von der Stellung und Würde des Landesherrn untergraben wurde. Die beiden letzten Kölner Kurfürsten, die für ihr Land besser sorgten, änderten daran kaum etwas. Immer mehr griff der Gedanke um sich, der, in Frankreich am lebhaftesten, damals allgemein in der Luft lag: diese Fürsten zehren vom Volk, sie lieben es nicht und geben ihm wenig. Wie in Frankreich so hat auch im westlichen Deutschland der 7jährige Krieg dazu beigetragen, den Boden zur Aufnahme der revolutionären Gedanken um ein Bedeutendes fruchtbarer zu machen. Und so blickte man auch von hier aus begeistert nach Westen:

„Als sich der erste Glanz der neuen Sonne heranhob,
Als man hörte vom Rechte der Menschen, das allen gemein sei,
Von der begeisternden Freiheit und von der löblichen
Gleichheit“.